

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Ministerpräsident Dr. Markus Söder
Abg. Katharina Schulze
Abg. Thomas Kreuzer
Abg. Florian von Brunn
Abg. Markus Plenk
Abg. Katrin Ebner-Steiner
Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Florian Streibl
Abg. Matthias Fischbach
Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn
Abg. Horst Arnold
Abg. Dr. Wolfgang Heubisch
Abg. Bernhard Seidenath
Abg. Ralf Stadler
Abg. Christina Haubrich
Abg. Roland Magerl
Abg. Ruth Waldmann
Abg. Julika Sandt
Abg. Markus Blume
Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Sebastian Körber
Abg. Franz Bergmüller

Präsidentin Ilse Aigner: Nun rufe ich auf:

**Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten
zur aktuellen Lage hinsichtlich der Corona-Pandemie**

Ich erteile dem Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder das Wort.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bayern insgesamt und damit wir alle stehen vor anstrengenden Wochen – wieder. Leider! Corona ist wieder voll zurück. Die zweite Welle ist da; sie rollt über ganz Europa hinweg. Es gibt ein Wachstum, das rasant, sprunghaft und exponentiell ist. In vielen Regionen in Europa ist es nahezu außer Kontrolle.

Um uns herum, um Deutschland herum, sind nur Risikogebiete: Tschechien, Holland, Frankreich, Belgien, Österreich. Überall, meine sehr verehrten Damen und Herren, höchste Inzidenzwerte von zum Teil 500 auf 100.000 Einwohner.

Egal, ob es liberale, sozialistische, populistische oder konservative Regierungen in ganz Europa sind – alle reagieren auf Corona in gleicher Weise. Fast überall gibt es Notmaßnahmen, fast überall gibt es Lockdowns oder teilweise Lockdowns, Ausgangssperren, das Schließen von Bars, Gastronomie, Schulen und Kitas, das Verbot von Kultur und Sport. Einzelne Orte – wie in Österreich – werden sogar wieder komplett abgesperrt.

Auch in Deutschland haben wir wieder ein sprunghaftes Wachstum. Heute meldet das RKI 7.595 Fälle. Das ist der zweithöchste Stand, den wir je bei Corona hatten. Sind wir ehrlich, weil sich die Verteilung heute anders darstellt: In den meisten Regionen in Deutschland sind die Zahlen deutlich höher als bei der ersten Welle. Das Wachstum droht auch bei uns in Deutschland außer Kontrolle zu geraten. Ich glaube fest daran – und viele warnen auch davor –, dass es eigentlich fünf vor zwölf ist. Wir sind einem Lockdown oder zumindest einem Teillockdown näher, als viele glauben.

Auch in Bayern merken wir, wie schnell es gehen kann. Das zeigt die Situation im Landkreis Berchtesgadener Land. Deswegen lautet mein dringender Appell zu Beginn: Vorsicht und Umsicht sind der beste Ratgeber und Maßstab für die kommenden Wochen.

Ich will keinen Alarmismus betreiben, keine Endzeitstimmung propagieren, aber eben auch keinen naiven Optimismus verbreiten oder das Problem ignorieren. Wir brauchen für die nächsten Wochen und Monate Ernsthaftigkeit und Seriosität in der Debatte. Wir dürfen Corona auch nicht ständig zerreden, nicht klein- oder schönreden, dürfen nicht nach Ausreden oder Schlupflöchern suchen, sondern wir müssen uns auf das Wesentliche konzentrieren – das ist die Bekämpfung und Eindämmung der Pandemie – und dabei die Bevölkerung mitnehmen und sie durch diese schweren Wochen und Monate führen. Ich darf der Bevölkerung in Bayern jedenfalls versprechen: Wir halten unseren Kurs der Vorsicht und Umsicht. Wir nehmen Corona ernst. Wir, auch ich, handeln nach bestem Wissen und Gewissen. Wir werden nicht verzagen. Wir werden Corona nicht ignorieren. Wir werden erneut Corona trotzen. Davon bin ich fest überzeugt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Herausforderung wird nicht kleiner; sie wird, wenn wir ehrlich sind, täglich größer. Alle, die sagten: "Es kommt keine zweite Welle; ich glaube nicht daran", sind leider durch die Zahlen widerlegt worden.

Auch bei uns in Bayern sind die Zahlen steigend: heute 1.304 neue Fälle – nach den Zahlen des LGL – und 6 Todesfälle. Wir sind, was das Wachstum betrifft, insgesamt bei 1,5 %. Wir liegen übrigens, anders als im Frühjahr, nicht einsam an der Spitze, sondern befinden uns im Geleitzug vieler, vieler Bundesländer. Corona ist nicht nur die Sache einer Region, sondern eine Sache überall in Deutschland.

Im Moment ist unser Wachstum – 1,5 % – unter dem Bundesdurchschnitt, das bei 2 % liegt. Das gilt übrigens auch für die 7-Tage-Inzidenz: Bayern liegt laut RKI bei 55 – das

ist Platz 6. Viele sind vor uns. Das ist zum Teil verständlich, wenn es um Stadtstaaten geht; Berlin liegt mit 92,6 an der Spitze.

Wir sehen, dass wir mittlerweile insgesamt 23 Gebiete haben, die bei einer Inzidenz von über 35 liegen. 34 Gebiete liegen über 50, acht über 100. Eines davon liegt über 200. Im Moment sind bereits fast zwei Drittel aller Gebietskörperschaften in einer der Warnstufen. Die Entwicklung ist auch regional geteilt. Der höchste Stand der Inzidenz wurde gestern mit über 64 in Oberbayern ermittelt, der niedrigste Stand – noch – mit um die 24 in Oberfranken.

Meine Damen und Herren, es ist wichtig, nicht nur die Zahl des Tages zu betrachten, sondern auch die Entwicklung der letzten Wochen. Wir verzeichnen im Vergleich zum Stand vor drei Wochen eine Steigerung der Neuinfektionen auch bei uns um über 250 %. Es zieht also an. Es ist noch kein absolut exponentielles Wachstum von gestern auf heute oder von vorgestern auf heute; aber wir sind kurz davor, den Sprungpunkt zu erreichen – in Deutschland insgesamt, aber auch bei uns.

Um zu verstehen, was "exponentiell" heißt, muss man es von linearem Wachstum unterscheiden. Viele glauben nämlich, es wachse jeden Tag Stück für Stück an. Kommen wir aber ins exponentielle Wachstum, ist die Lage fast nicht mehr zu kontrollieren.

Ein Beispiel: Wenn ein Teich in 48 Tagen mit Seerosen komplett zuwächst – wann ist bei exponentiellem Wachstum die Hälfte erreicht? Genau: nach 47 Tagen. Einen Tag, bevor alles voll ist, ist die Hälfte zugewachsen. Das ist der Unterschied von exponentiell zu linear. Exponentiell heißt: viel zu schnell! Deswegen, meine Damen und Herren, ist es wichtig, dass wir die Entwicklungen erkennen und begleiten, dass wir versuchen, sie zu steuern und, wenn es geht, Wellen zu brechen.

Ich sage sehr deutlich: Das Wachstum ist im Moment in Deutschland einfach viel zu früh und viel zu hoch von den Zahlen her.

Viele Experten sagen, es sei ähnlich wie im Frühjahr. Manche sagen, es sei vielleicht sogar schlimmer. Warum? – Weil wir den Winter vor uns haben. Der Winter naht. Wenn wir ehrlich sind: Wir sind ja noch gar nicht im Winter; das ist im Moment noch ein relativ milder Herbst. Die schwierigeren Monate – klimatisch – kommen erst. Alle sind drinnen. Es gibt Zusatzinfektionen. Menschen stecken sich schneller an. Deswegen meine klare Botschaft: Bitte nicht auf die leichte Schulter nehmen!

Aber ist das vielleicht übertrieben? Solche Stimmen sind zu hören; das merkt man ja. Zu Beginn der Pandemie gab es eine fast 100-prozentige Übereinstimmung, auch hier im Landtag übrigens, wie wir damit umgehen sollten. Ich bedanke mich auch heute noch dafür, wie rasch wir alle – die Politik, aber vor allem die Bevölkerung – damals reagiert und damit Corona in einer existenziellen Situation abgewehrt haben.

Jetzt aber gibt es viele, die fragen: Ist das nicht übertrieben? Hat sich das Virus nicht deutlich abgeschwächt? Ist es vielleicht doch nur eine normale Grippe? Wie ist das mit den Krankenhauszahlen? Dort ist doch gar nichts los. Sollten wir nicht lieber abwarten, bis die Krankenhäuser voll sind?

Alle Wissenschaftsgremien in Deutschland – alle, wirklich alle – sagen: Corona ist keine Grippe. Es gibt keine Abschwächung. Corona bleibt gleich. Corona ist auch gleich gefährlich. Corona beinhaltet eine potenzielle Lebensgefahr für Ältere und Risikopatienten, chronisch Kranke und Behinderte. Auch für Jüngere kann dieses Risiko – in geringerer Form – bestehen; auch für sie besteht diese Gefahr.

Wenn wir ehrlich sind, dann können wir heute nicht sagen, welche Langzeitfolgen Corona wirklich hat. Jeden Tag erscheinen neue Studien dazu. Einige Studien besagen, dass Corona auch bei Jüngeren erhebliche dauerhafte Beeinträchtigungen von Leistungsfähigkeit und Konzentration bewirkt. Wir wissen so viel wie noch nie über ein Virus in dieser Zeit – aber noch lange nicht genug, um fahrlässig zu handeln.

Und die Krankenhauszahlen? – In der Tat sind noch Betten frei. Sollten wir nicht lieber wirklich warten und erst reagieren, bis alle Betten belegt sind? Dann wäre doch noch

die Möglichkeit zu steuern. In der Tat, zum Glück sind in Bayern die Krankenhauszahlen noch nicht so hoch. Das liegt übrigens unter anderem daran, dass wir im Frühjahr getroffene Maßnahmen nicht einfach außer Kraft gesetzt haben, dass die Maskenpflicht gilt, dass es einen von dem Gedanken der Sorge getragenen Umgang mit den Menschen in Altenheimen, Pflegeheimen und Krankenhäusern gibt.

Die Wahrheit ist auch: Allein in den vergangenen drei Wochen haben wir bei der Intensivbettenbelegung einen Anstieg um 61 % und bei den Invasivbeatmungen um 65 % verzeichnet. Damit bewegen wir uns immer noch auf einem Niveau, dass das Gesundheitssystem es verkraftet, aber es beginnt sich zu verändern.

Dass es woanders bereits so weit ist, sehen wir in Paris, Madrid, Holland, Tschechien. Verschiedene Länder bitten bereits um Kapazitäten für ihre Krankenhäuser. Es täusche sich bitte niemand: Es kann ganz, ganz schnell gehen. So war es übrigens auch im Frühjahr. Die Corona-Zahlen steigen. Wenn die Infektionszahlen steigen, dann wandert es, und es springt – von den Jüngeren auf die Älteren. Das ist ab einer bestimmten Zahl der Infektionen nicht mehr steuerbar.

Ich sage Ihnen auch: Vergessen wir nie eine wichtige Zahl: Wir brauchen in der Regel mindestens zehn Tage, um zu sehen, wie sich Infektionen auswirken, aber auch, wie Maßnahmen wirken, um etwas zu steuern. Die Zahlen von heute sind die Infektionen von vor zehn Tagen. Ähnlich laufen die Krankenhauszahlen nach.

Deswegen ist es wichtig, dass wir uns mit wissenschaftlichen Fakten als Basis politischer Entscheidungen beschäftigen. Corona wird nicht besser, wenn man meint, es demoskopisch zerreden oder politisch darüber entscheiden zu können. Selbst ein Beschluss des Bayerischen Landtags, dass Corona ab jetzt keinen Platz mehr in Bayern habe, würde noch nichts verändern.

Wir müssen aufhören, es zuzulassen, dass in Deutschland Fake News verbreitet werden, dass Menschen Falsches erzählen und dieses Falsche verbreitet wird. Wir spüren die Skepsis, ja. Aber wir spüren auch, mit welchem Hass und mit welcher Hetze

zum Teil gearbeitet wird – übrigens zunehmend mit antisemitischer und rechtsradikaler Gesinnung.

Ich will Ihnen zwei Beispiele dessen vorlesen – ich habe es schon einmal getan und tue es heute wieder –, was mich zuhauf erreicht, übrigens nicht nur an mich gerichtet, sondern an Sie alle, an uns alle. Erst vor wenigen Tagen ging an uns alle eine Mail ein – Zitat –:

Ihr seid gewählt und könnt nichts, gar nichts. Außer Kinder zu schänden, das Volk, das euch Missgeburten gewählt hat, zu belügen, euren krankhaften, perfiden Machterhaltungstrieb am Volk auszuleben. Ihr sollt fühlen die Schlinge um euren Hals, immer enger und enger werdend. Ihr seid der perverseste Abschaum, der je existiert hat.

Oder – von einem Menschen, der meinte, er könne mir ein Gedicht schreiben –:

Oh, wie ist das schön, Auschwitz und Dachau wiederzusehen! Zyklon B ist euer Freund. Alles in die Dusche rein! Als Letztes ganz geschwind hüpf in die Dusche rein unser tapferes Söderlein.

Das und viele weitere Beispiele zeigen, dass einige versuchen, dies in radikalster Form zu machen. Ich sage Ihnen – für mich persönlich, aber auch für die gesamte Staatsregierung –: Das schreckt mich nicht ab. Das hält mich nicht ab. Wir handeln nach unserer Überzeugung. In diesen Stunden dürfen wir uns von so etwas nicht beeindruckt lassen. Auch in Corona-Krisen ist Haltung angezeigt, und die haben wir in Bayern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall)

Wenn man sich die Karten anschaut, so ist es sehr beeindruckend, dass Deutschland noch so halbwegs gelb ist, während der Rest Europas nahezu komplett rot ist. Und ja, bis heute bewundern uns viele unserer europäischen Partner: Wie hat es Deutschland eigentlich geschafft, dass es so gut durch diese erste Welle gekommen ist? Wir hatten

Glück, weil wir später dran waren, und wir hatten gleichzeitig die Kraft, entschlossen zu reagieren.

Jetzt ist es eigentlich ziemlich ähnlich: Wir sind wieder später dran. Woanders ging es eher los. Das heißt, wir können eigentlich alle sehen: Wir sind später betroffen und hatten und haben noch die Zeit zu reagieren. Aber es stellt sich die Frage: Haben wir noch die Kraft dazu? Sind wir nicht vielleicht zu müde, zu gestresst, zu besorgt, um eine solche Herausforderung erneut zu bestehen?

Corona, sagte einmal die Kanzlerin zu mir, sei eine Art Naturkatastrophe. – Ähnliche Bewährungsproben, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben Generationen vor uns ebenfalls gehabt. Es kommt jetzt aber auf uns an, ob wir in dieser Zeit diese Bewährungsprobe bestehen – übrigens auf jeden, nicht nur auf mich, sondern auf jeden draußen, aber auch hier im Saal. Der eigentliche Charaktertest, von dem wir so oft gesprochen haben, kommt in den nächsten Wochen und Monaten – weil es zeitlich vielleicht länger dauert, weil der Winter vor der Tür steht und weil es die dunkle Jahreszeit einem ohnehin nicht leichter macht. Deshalb glaube ich fest an das Wir, das Miteinander. Wir müssen Vorbild sein, wir müssen Mut geben, wir müssen vorangehen. Wir dürfen uns nicht wegducken, und wir dürfen auch nicht dauernd klagen.

Ich fand gestern einen bemerkenswerten Kommentar der "Süddeutschen Zeitung". Sie kennen ihn sicher, aber ich möchte drei Sätze daraus zitieren, die mich interessiert und bewegt haben. Sie stehen unter der Überschrift "Schluss mit dem Gejammer" von Frau Gammelin. Sie schreibt – ich zitiere –:

Es ist höchste Zeit, dieses polarisierende Gerede zu beenden. [...] Die zur Schau gestellte Corona-Müdigkeit ist unverhältnismäßig. Auch vor 30, 40 oder 70 Jahren waren Menschen gezwungen, persönliche Lebensentwürfe einer neuen Realität anzupassen.

Sie schreibt weiter:

Das Jammern auf hohem Niveau ist eine Energieverschwendung, die sich die Bundesrepublik nicht mehr leisten kann. Alle müssen sich jetzt zusammenreißen – für sich und alle anderen.

Eine bemerkenswerte Stimme, wie ich finde. Also, meine Damen und Herren: Wir müssen die Menschen mitnehmen und ihnen Hoffnung geben, aber gleichzeitig ehrlich auf die Gefahr hinweisen. Corona ist gefährlich, Corona bleibt gefährlich, und es ist unsere Aufgabe, die richtige Mischung zu finden aus dem Warnen vor der Gefahr, dem Vermitteln, was wir tun, aber gleichzeitig ein Stück weit auch Hoffnung zu geben.

Welche Strategie haben wir in Deutschland, aber auch in Bayern? – Es gibt im Grunde genommen nur zwei Möglichkeiten. Es ist ganz einfach: eindämmen oder durchseuchen, das sind die beiden Möglichkeiten. Andere gibt es übrigens nicht. Die Frage ist allerdings nicht nur eine medizinische, sondern für mich auch eine tief ethische. Durchseuchen wirkt auf den ersten Blick leicht. Man kann auch ein anderes Wort dafür verwenden, das besser klingt: durchlaufen lassen, keine Einschränkung machen. Das ist weniger anstrengend, macht keinen Stress; man kommt im ersten Moment besser durch. Aber ist es wirklich besser in der Sache? Für Deutschland gibt es Berechnungen, wonach wir zum Erreichen der sogenannten Herdenimmunität – auch ein furchtbares Wort, wenn ich das sagen darf – ungefähr ein Jahr lang pro Tag über 130.000 Infektionen bräuchten. Dann könnten wir nahe einer Herdenimmunität sein. Das – und das steht fest – würde unzählige Leben fordern.

Die Gesellschaft für Virologie, in der alle namhaften Virologen Deutschlands sind, sagt, dies wäre medizinisch, gesellschaftlich und ökonomisch höchst riskant. Die WHO warnt vor diesem Konzept und sagte: Noch nie in der Geschichte hat dieses Konzept zum Erfolg geführt, und Länder, die es versucht haben oder die Corona ignoriert haben, wie zum Teil die Vereinigten Staaten von Amerika, unser Partner in der Welt, haben zum einen enorme Opfer zu beklagen, aber gleichzeitig extreme wirtschaftliche Schäden. Beides ist übrigens nicht voneinander zu trennen.

Und Schweden? – Die Wahrheit in Schweden ist: Dort haben vor allem die Älteren den Preis für die Strategie der Freiheit gezahlt. Zum Vergleich Stockholm und München – jedenfalls im Rückblick –: München ist um ein Drittel größer als Stockholm, aber Stockholm hatte 16-mal so viele Todesfälle auf 100.000 Einwohner wie München. Deshalb ist es, meine Damen und Herren, eine ganz entscheidende Frage, welchen Weg wir gehen wollen: eindämmen oder durchseuchen? Es ist aber nicht nur eine medizinische Frage, sondern – ich bleibe dabei – eine ethische, die an uns alle zu stellen ist. Ich persönlich bin nicht bereit, für das Freizeitverhalten vieler – so sehr ich das verstehe – das Leben einiger zu riskieren. Ich bin auch nicht bereit, Eltern und Großeltern einfach wegzusperren, nur damit unser Leben den normalen Gang nehmen kann.

Corona ist deshalb keine Frage der Loyalität zum Staat. Es geht hier nicht um Obrigkeitshörigkeit oder Liberalität; es geht um Respekt und Solidarität der Generationen. Ich sage Ihnen eines: Wir sind ein Generationenland. Wir sind ein Sozialstaat, kein Ego-Land. Bisher haben wir das gut gemacht, und ich bitte und wünsche mir, dass das auch in der Zukunft so bleibt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Also eindämmen, dabei wollen wir bleiben. Nun sagen viele – und auch mit Recht –: Das sind aber Einschränkungen; unsere Freiheitsrechte werden beschränkt. Einige sagen, es seien ihre verfassungsmäßigen Grundrechte, die über Gebühr beansprucht und eingeschränkt werden. – Nun, eines muss ich sagen: Ich habe schon Verständnis dafür; denn in der Tat gibt es viele Einschränkungen. Übrigens: Abgesehen von den Grundrechten gibt es auch starke Einschränkungen des alltäglichen Lebens: Urlaub machen, Partys feiern. Ich will das überhaupt nicht unterschätzen; denn das sind Dinge, die uns prägen. Menschen zu umarmen, Nähe zu spüren, zusammen zu sein, Gemeinsamkeit, Geselligkeit – all diese Dinge sind eingeschränkt; von den wirtschaftlichen Folgen übrigens ganz zu schweigen. Deshalb müssen wir uns auch klug überlegen: Was heißt das eigentlich? Welche Rechte werden eingeschränkt und warum, und wie ist die Freiheit auch bei uns im Grundgesetz definiert? Ist es nur die Freiheit

wovon, die Freiheit von einer Verpflichtung, oder ist es die Freiheit wozu, die Freiheit auch zur Verantwortung?

Unser Grundgesetz gibt uns dazu gute Ratschläge und weise Vorschläge. Das Grundgesetz, das wissen Juristen, sagt, der Kern der Freiheit definiert sich auch über die jeweiligen Einschränkungen bzw. über die Grenzen. Die Grenze ist dort, wo die Freiheit eines anderen beeinträchtigt wird. So projizieren wir das auf Corona. Corona ist keine persönliche Sache, Corona ist ansteckend. Es gibt kein Freiheitsrecht, Corona zu haben, und noch viel weniger, jemanden anders damit anzustecken.

Natürlich schränkt der Staat ein, aber das tut er übrigens ständig, und zwar im Kleinen. Der Freistaat schränkt ein. Der Finanzminister beispielsweise schränkt Eigentum fundamental ein, indem er Steuern verlangt. Der Innenminister schränkt die Freiheit des Fahrens ein. Ich erinnere mich an Sätze wie "Freie Fahrt für freie Bürger", weil es Geschwindigkeitskontrolle gibt; und die größte Einschränkung, die in Bayern jemand macht, das ist der Bildungsminister; denn er schränkt die persönliche Bewegungsfreiheit ein, indem er eine Schulpflicht, eine Anwesenheit verlangt.

Nicht falsch verstehen: Die Eingriffe, die wir derzeit haben, sind schwer. Sie belasten die Menschen auch seelisch-psychisch; sie belasten das normale Leben. Aber das Schutzgut, das dem gegenübersteht, ist die Gesundheit und das Leben einiger, und dieses Schutzgut rechtfertigt es nach meiner Ansicht, Maßnahmen zu treffen und diese auch als verhältnismäßig zu sehen. Schauen Sie sich an, wie derzeit die Gerichtsverfahren waren – es gibt Menschen, die behaupten, wir hätten reihenweise verloren und hätten überhaupt keine Möglichkeit gehabt, vor den Gerichten zu bestehen –: Von über 470 Verfahren bei allen Gerichten in Bayern hat der Freistaat 14 verloren. Das sind etwas unter 3 %, und zwar nicht nur vor Verwaltungsgerichten, sondern auch vor dem Verwaltungsgerichtshof, vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof und auch vor dem Bundesverfassungsgericht. Deshalb sage ich eines: Ja, es sind Einschränkungen da, aber diese werden auch von den obersten Justizinstanzen weit überwiegend als verhältnismäßig eingestuft. Wir müssen sie ständig überprüfen, wir

müssen ständig reflektieren, aber die Einschränkungen derzeit dienen dem Schutz von uns allen. Deshalb denke ich, dass sie verhältnismäßig und, da sie nicht für ewig sind, an dieser Stelle auch angemessen sind, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ist unser Parlament so wenig informiert? Hat sich das Parlament selbst möglicherweise aus der Diskussion genommen, oder wird sogar vonseiten der Regierung in Deutschland das Parlament bewusst missachtet? – Ich finde, Sie sollten Ihre Leistungen in der Öffentlichkeit nicht selbst schlechterreden, als sie es sind. Wir haben uns das einmal angesehen: In den vergangenen sieben Monaten hatten wir unzählige – und zwar hochwertige – parlamentarische Beratungen und Beteiligungen, mit heute drei Regierungserklärungen, die Beratungen über das Infektionsschutzgesetz, das Haushaltsgesetz, 300 Anträge im Plenum und in Ausschüssen, 34 Tagesordnungspunkte allein in Plenarsitzungen, fast 20 Berichte von Ministern und Ministerinnen in Ausschüssen, fünf Aktuelle Stunden und 500 Anfragen – 500 Anfragen! –, ob schriftlich oder zum Plenum. Ich sage es einmal so: Sie waren extrem fleißig; das war auch richtig so. Das ist schon eine Parlamentsbeteiligung. Vorbei am Parlament ist die Entwicklung ganz bestimmt nicht gegangen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich selbst – das nehme ich für mich in Anspruch – war und bin immer bereit, jede gute Idee aufzugreifen. Ich höre sehr genau zu, und zwar vor allem dann, wenn es sich um konstruktive Vorschläge, was man besser machen kann, handelt. Wir brauchen in der Pandemie keine Ratschläge, was einem nicht gefällt, sondern wir brauchen Kritik – Kritik macht besser und stärker – und vor allem konkrete Vorschläge, was besser zu machen ist.

Ich mache seitens der Staatsregierung ein Angebot: Wenn das Parlament es will – das entscheidet das Parlament –, würde ich vorschlagen, nur für die Pandemiezeit, nur für

Corona, das Instrument einer wöchentlichen Fragestunde, eine Befragung der Staatsregierung einzuführen, und zwar egal wie umfangreich die Tagesordnung ist. Eine Stunde lang kann dann immer gefragt werden, sodass neben den ganzen Anfragen eine zusätzliche Möglichkeit besteht, sich nur zu Corona zu informieren.

Außerdem – auch das kommt aus dem Parlament heraus; ich unterstütze das sehr und habe das die letzten Tage auch schon gesagt – brauchen wir eine Bundesratsinitiative, weil wir auf nationaler Ebene in der Tat noch einmal über die Rechte und die Bestimmtheit der Gesetzeslagen diskutieren wollen. Dafür bin ich sehr, ich unterstütze das. Das deutsche Infektionsschutzgesetz, das sich bei all den Verordnungen nur auf ein, zwei Paragraphen stützt, ist als Rechtsgrundlage für ein dauerhaftes Pandemiegeschehen – es wird Zeit brauchen, die Pandemie zu bewältigen – nicht ausreichend. Ich glaube, es wäre besser, wenn wir einheitliche Vorgaben und eine breitere Verankerung im Gesetz hätten. Eine breitere Legitimation würde zudem dazu führen, dass es vor den Verwaltungsgerichten wesentlich leichter wird. Ich unterstütze das daher, und wir werden das von Bayern aus mit Unterstützung des Parlaments auf Bundesebene einbringen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ein Hinweis sei mir noch gestattet: Bis das klappt, gelten natürlich die Verfassung und die verfassungsmäßige Ordnung. Das Parlament als Legislative erlässt Gesetze und, ich glaube, darüber sind wir uns einig, die Staats- bzw. Landesregierung als Exekutive setzt die Verordnungen um. Das ist übrigens nicht nur in Bayern so; denn alle Regierungen – egal ob schwarz, rot, grün oder gelb – müssen nach dem gleichen Prinzip handeln. Deswegen: Ja zu Verbesserungen, aber keine Scheindebatten.

Ich bin seit 1994 Parlamentarier und schätze das Parlament sehr. Ich freue mich über jede Beteiligung und stelle mich jeder Diskussion. Übrigens habe ich mich auch genau deswegen, weil wir hier diskutieren und entscheiden müssen, heute völlig außerplanmäßig zu dieser Regierungserklärung entschlossen.

Was ist bei Corona die Entwicklung unserer Philosophie? – Man kann sagen, wir Bayern hatten seit Beginn die klare Linie "Vorsicht und Umsicht" statt "Leichtsinn und Sorglosigkeit". Ich nehme für uns als Staatsregierung in Anspruch, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir eigentlich vor jedem Risiko entsprechend gewarnt haben. Die gesamte Staatsregierung – das sage ich ausdrücklich – hat in den letzten Monaten hervorragend zusammengearbeitet, und wir haben uns in jeder Krisensituation als handlungsfähig erwiesen. Dabei ist das gar nicht einfach, und es ist auch nicht perfekt.

Es gibt auch immer wieder Fehler; denn es gab weder eine Blaupause für die erste Welle, noch gibt es ein Drehbuch für die zweite Welle. Nach neuen Erkenntnissen mussten wir unser Handeln immer wieder anpassen, und wir mussten auf neue Herausforderungen reagieren. Zum Beispiel ist der Spagat zwischen dem Wunsch der Bürger nach einer regionalen Lösung und dem Wunsch nach einer klaren, verständlichen und für alle gleichen Lösung im Land nicht leicht zu schaffen.

Dennoch bin ich sehr dankbar dafür – das möchte ich ausdrücklich sagen –, wie sehr der überwiegende Teil der Bevölkerung die Maßnahmen unterstützt. Bei allen kritischen Stimmen, die es gibt: Lassen Sie uns den Menschen danken, die unabhängig von Vorgaben und Regeln mitmachen und sich freiwillig einbringen – und das ist die große Mehrheit unserer Bevölkerung. Ohne diese starke Unterstützung unserer bayerischen Bevölkerung und ohne die starke Unterstützung und Disziplin unserer Bundesbürgerinnen und Bundesbürger wären wir nicht so gut durch diese erste Welle gekommen, und darauf müssen wir auch in den kommenden Wochen und Monate aufbauen. Dafür ein herzliches Dankeschön!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Unsere bayerische Linie ist übrigens nicht etwas, das nur in Bayern gilt, vielleicht ist sie auf nationaler Ebene bereits zu einer einheitlichen Meinung geworden. Die Ministerpräsidentenkonferenz war deshalb ein richtiger Schritt.

Man darf nicht vergessen – auch, wenn es manche Kritik gab, aber es ist wichtig –: Alle sind sich einig im Prinzip, einzudämmen statt zu durchseuchen. Alle sind sich einig im Prinzip: Vorsicht und Umsicht. Alle sind sich einig, dass ein Ampelprinzip mit den entsprechenden Stufen gilt. Alle sind sich über die Instrumente einig, nämlich mehr Maske, weniger Alkohol und Einschränkungen bei privaten Feiern.

Die Wissenschaftsgremien Leopoldina und Helmholtz begrüßen diesen Katalog. Gleichwohl sind sie sich angesichts der steigenden Zahl nicht sicher, ob das ausreichend ist. Diese Skepsis teile ich ein wenig, wenn ich die letzten Tage verfolge.

Unsere Priorität in dieser Pandemie ist deutschland- und bayernweit ganz klar definiert: Wir wollen keinen flächendeckenden Lockdown wie im Frühjahr, bei dem fast alle Geschäfte geschlossen werden und alles zum Erliegen kommt. Insbesondere ist es uns wichtig, die Wirtschaft, die Schulen und die Kitas so lange wie möglich offenzuhalten und den Unterricht zu ermöglichen. Welche Mittel haben wir dazu? – Zunächst haben wir die einfachsten Mittel: Abstand halten, Lüften und Desinfektion.

Dazu kommt die Maske. Ich sage ganz deutlich – und so wird es auch von der Leopoldina und anderen empfohlen –: Die Maske ist unter all den Maßnahmen, die weiterhelfen, das mildeste Mittel, das aus unserer Sicht auch verhältnismäßig ist. Die Maske ist ein echtes Präventionsmittel.

Mehr Maske erlaubt mehr Normalität, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich tue mich deshalb, ehrlich gesagt, auch mit den Glaubenskriegen schwer, die derzeit um die Maskenpflicht geführt werden. Mich erinnert das ein wenig an die Frühzeit der Gurt- oder Helmpflicht. Mein Vater konnte damals die Gurtpflicht im Auto nur sehr schwer akzeptieren; er fühlte sich auch bedrängt und gesundheitlich herausgefordert. Hinsichtlich der Helmpflicht beim Motorrad wird heute ebenfalls keiner bestreiten, dass das etwas Sinnvolles ist und Schutz vermitteln kann.

Deshalb haben wir nach der Empfehlung der Leopoldina eine allgemeine Maskenpflicht ab einem Inzidenzwert von 35 eingeführt. Unter dem Wert von 35 galt sie übri-

gens schon lange für den ÖPNV, für den Einzelhandel und für die Gastronomie. Das hat auch gut geholfen, und viele Infektionen sind deswegen dort eben nicht passiert.

Jetzt soll die Maskenpflicht ab einem Wert von 35 für alle Bereiche gelten: Für die Schule und den Unterricht war das bereits klar. Nun soll sie noch für frequentierte Plätze und Passagen kommen – Berlin beschließt das jetzt übrigens auch und zieht nach, was wir sehr richtig finden und wofür wir ausdrücklich Danke sagen –, für öffentliche Gebäude und am Arbeitsplatz dort, wo kein Abstand möglich ist, und insbesondere auf Begegnungs- und Verkehrsflächen wie in Eingangsbereichen, Fluren und in Fahrstühlen.

Das ist auch nicht schlimm, und wenn ich zudem noch sehe, wie gut das in den Schulen klappt und wie die Schüler das umsetzen, kann ich ehrlich nur sagen: Viele, viele Schüler könnten für viele andere ein echtes Vorbild sein, denn sie machen das toll und wenden die Maske ganz hervorragend an.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Maskenpflicht ist eine kleine Maßnahme mit einer großen Wirkung.

Noch ein kurzer Satz zu den Masken, wenn der Wert über 50 oder sogar über 100 gehen wird, sowie zum Tragen der Masken in den Grundschulen: Bei einer Inzidenz von über 50 lautet die klare Empfehlung, auch in den Grundschulen im Unterricht die Maske zu tragen, so schwer das auf den ersten Blick auch erscheinen mag. Warum? – Zwar gibt es Möglichkeiten, in Ausnahmefällen davon abzuweichen, zum Beispiel wenn das Infektionsgeschehen klar nachweist, dass da noch nichts ist, aber – das sei ein klarer Hinweis – mehr Maske erlaubt mehr und einen längeren Präsenzunterricht. Weniger Maske führt hingegen schneller zu Distanzunterricht oder einer Schulschließung. Meine Damen und Herren, wenn wir dieses Ziel setzen wollen, so lange wie möglich Präsenzunterricht zu machen, finde ich, dass die Maske auch ein geeignetes Mittel ist; denn, ehrlich gesagt, tun komplette Schulschließungen auf Dauer keinem gut. Das wollen wir in Bayern auch nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wer die Maskenpflicht draußen verletzt, muss mit Sanktionen rechnen. Es gibt jedoch manche Kommentatoren, die sagen: Ach, nee, das ist zu viel. – Ich habe letztens einen solchen Kommentar gelesen. Die Bürger selbst werden es schon verstehen und machen. Setzen wir allein auf die Vernunft der Bürger.

Es stimmt schon: Die überwiegende Zahl der Menschen macht das gut. Es gibt aber auch einen kleinen Teil der Bevölkerung, der das nicht umsetzt. Dieser feiert auch Partys, die im Moment eigentlich nicht angebracht sind. Deswegen können dort wiederum leichter Infektionen entstehen.

Wir haben das übrigens überall, dass wir Regeln haben und diese Regeln eingehalten werden müssen und sanktionsbewehrt sind. Ich sage hier sehr deutlich: Wir müssen die Vernünftigen vor den Unvernünftigen schützen. Wir müssen diejenigen, die mitgehen, auch unterstützen, dass sie mitgehen. Es führt zu nichts, wenn jeder weiß, dass er es handhaben kann, wie er will, sodass sich dann auch diejenigen, die gutwillig sind, fragen, warum sie sich daran halten sollen. Deswegen bin ich auch dankbar, dass die Polizei konsequent Verstöße ahndet. Ich glaube, dass es notwendig ist, bei der Maskenpflicht mit entsprechenden Bußgeldern zu arbeiten. Noch einmal: Das ist ein Mittel des Schutzes und nicht zur Drangsalierung der Menschen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das Gleiche gilt für Alkohol und Partys. Sperrstunden werden auf 23 Uhr bei einer Inzidenz von 35 und auf 22 Uhr ab 50 vorverlegt. Bei privaten Partys schränken wir sehr stark ein. Auch das ist eine allgemeine Auffassung, die wir derzeit in Deutschland haben. Die privaten Feiern sind leider eine Hauptverbreitungsquelle. Dabei ist das kein Vorwurf; denn natürlich freut man sich, einander auf Hochzeiten, bei Geburtstagen und entsprechenden Feiern wiederzusehen, und natürlich umarmt man sich, wenn die Familie – vielleicht sogar eine große Familie – beieinander ist, auch schnell-

ler und leichter. Deswegen habe ich dafür Verständnis. Aber wir müssen an der Stelle agieren. Ob das reicht, da bin ich mir übrigens nicht sicher.

Wir müssen auch einmal schauen, wie sich die Lage in den nächsten Tagen entwickelt. Wir haben jetzt die ganzen Maßnahmen beschlossen, die zum Wochenende wirksam werden. Es dauert acht bis zehn Tage, bis wir sehen können – so war es auch bei der ersten Welle –, wie die Auswirkungen auf das Infektionsgeschehen sind.

In einigen Fällen steigen die Zahlen aber deutlich an. Letzte Woche – ich habe es vorhin erwähnt – war kaum einer über der Inzidenz 50, heute ist kaum einer unter 35. Die Zahl roter Gebiete wächst. Wir haben jetzt schon einige über 100, und zwar sehr stark steigend. Die Ampel von Grün, Gelb und Rot müssen wir dann im Grunde genommen um Dunkelrot ergänzen für alle Geschehen mit einer Inzidenz über 100. Auch da gilt der Grundsatz: Unser Ziel ist, auch dort, wo die Werte jetzt wirklich sehr stark ansteigen, Schule, Kita und Arbeit aufrechtzuerhalten und so lange wie möglich geöffnet zu lassen. Darüber sind wir uns einig. Was müssen wir dann dafür tun?

Meine Damen und Herren, auch wenn private Feiern der wahrscheinlichste Ort sind, so sind sie nicht der einzige; denn auch bei jeder privaten Feier muss es einen "Patienten null" geben. Jemand muss infiziert sein und hinkommen. Das heißt, wir müssen generell Kontakte reduzieren, insbesondere dann, wenn wir ein diffuses, also ein schwer kontrollierbares Geschehen haben. Daher werden wir jetzt den Vorschlag unterbreiten, dass es nicht nur bei privaten Feiern, sondern bei Inzidenzen über 100 auch für andere Veranstaltungen ein maximales Limit von 50 Personen gibt. Die zuständigen Oberbürgermeister im Lande haben mich übrigens ausdrücklich dazu befragt und zum Teil auch darum gebeten.

Die meisten Verantwortlichen haben schon reagiert. Ich weiß, wie schwer es fällt, einen Landesjägertag oder die Consumenta abzusagen. Das sind alles schwere Entscheidungen. Aber wir müssen einfach Kontakte reduzieren, um die Welle zu brechen und wieder auf ein normales Maß der Nachverfolgbarkeit zu kommen. Das heißt, wo

die Inzidenz auf über 100 steigt und die Ampel auf Dunkelrot steht, müssen wir für Veranstaltungen aller Art entsprechende Begrenzungen haben. Ausnahmen sind von verfassungsmäßigen Fragen betroffene Versammlungen wie in den Kirchen oder auch Demonstrationen. Da gibt es einen Verfassungsgrundsatz. Auch die Sperrstunde muss noch einmal, und zwar auf 21 Uhr angepasst werden.

Wir haben gemerkt, dass es an einigen Stellen fast nicht mehr reicht. Im Berchtesgadener Land hat man jetzt gut reagiert bei einer Inzidenz von über 200. Sie sehen: Wenn es anders nicht geht, kann das wieder zu Lockdowns führen. Übrigens ist es nicht der gleiche Lockdown wie im Frühjahr, weil bestimmte Bereiche offengehalten werden. Aber Sie können es nachvollziehen, dass ein Großteil ähnlich ist. Der Lockdown ist nicht gewollt, aber er kann die Ultima Ratio sein. Deswegen sage ich Ihnen eines voraus: Besser früher weniger als später mehr und alles. Das sollte ein verhältnismäßig kluger Grundsatz für uns in Bayern sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Neue Einschränkungen bei steigenden Zahlen führen natürlich in einigen Branchen zu neuen Sorgen. Beispielsweise ist in den Regionen, in denen wir schon einen milderen Lockdown haben, die Wirtschaft wieder sehr stark betroffen – also Gastronomie, Hotels und Ähnliches mehr. Wir wollen dafür sehr schnell Soforthilfen zur Verfügung stellen und in kürzester Zeit helfen können, damit dort entsprechend agiert werden kann.

Das gilt aber nicht nur für unsere klassischen Branchen. Im Berchtesgadener Land sind jetzt die Gastronomie, die Schausteller und vor allem die Hoteliers sehr stark betroffen. Ich finde, wir sollten uns noch einmal besonders der Kultur widmen. Ich hatte gestern eine sehr große Runde der bayerischen Kulturschaffenden, die mich – wenn ich das sagen darf – sehr beeindruckt hat. Ich unterstütze das dort Besprochene. Auch etliche Kabinettsmitglieder waren dabei.

Warum ist Kultur wichtig? – Kultur ist in diesen Zeiten nicht irgendein Wirtschaftszweig. Bayern ist ein Kulturstaat. Künstlerinnen und Künstler geben uns mit ihrer

Kunst mehr als nur eine Dienstleistung. Sie geben uns oft auch Hoffnung und Freude, was vielleicht in den nächsten Wochen und Monaten ganz besonders wichtig ist. Sie zeigen uns, dass es mehr und anderes gibt als Corona.

Ich finde, deswegen sollten wir sie besonders unterstützen. Unser bisheriges Programm für Künstlerinnen und Künstler hat bislang nicht seine Wirkung erzielt. Es wurde zu wenig angenommen. Etwas nicht Funktionierendes muss man verbessern. Das tun wir. Daher machen wir einen Neustart, den wir mit der Kunstszene besprochen und vereinbart haben. Der Bund überlegt ja jetzt, auch einen fiktiven Unternehmerlohn einzuführen – dies übrigens neben seinen Überbrückungshilfen im wirtschaftlichen Bereich, die er neu aufstellt, sodass die alten vereinfacht werden. Bis das passiert, gehen wir auf jeden Fall voraus.

Wir werden ein Solo-Selbstständigen-Programm für Künstler aufstellen, ähnlich wie Baden-Württemberg. Ich sage es deutlich: Bis die Pandemie vorbei ist, ergänzen wir dies mit dem Ausbau eines Spielstättenprogramms. Für junge Künstler, die noch kein Engagement haben, die aber an der Schwelle zum Beruf stehen, werden wir mit einem Stipendienprogramm einen Einstieg in die Arbeit arrangieren können.

Meine Damen und Herren, Kunst ist uns wichtig, und wir glauben, dass es gerade in diesen Zeiten einer echten Perspektive bedarf. Bayern hat ein hohes Kunstlevel. Ich möchte nicht, dass am Ende durch diese Pandemie die gesamte Kunst- und Kulturszene in Bayern zerstört ist. Dagegen werden wir uns wehren, und dagegen steuern wir an.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Von der Kunst komme ich zum Gesundheitssystem. Die Gesundheitsministerin und wir alle haben daran gearbeitet, dieses besser aufzustellen als im Frühjahr. Die Intensivbetten sind um fast 50 % mehr geworden. Das Pandemie-Materiallager, das am Anfang ein großes Thema im Hinblick auf Masken, Schutzkittel und Ähnliches mehr war – Sie erinnern sich –, ist auf sechs Monate angelegt worden.

Auch die Gesundheitsämter haben wir deutlich verstärkt, mehr als viele andere und jetzt noch einmal bewusst um 2.000 Kräfte zusätzlich. 1.000 Kräfte kommen von der Bereitschaftspolizei, und ebenso helfen die Anwärter aus der Finanzverwaltung mit. Dafür gilt mein ganz persönliches Dankeschön den Ministern, die mithelfen. Der Dank geht auch an den Bund und die Bundeswehr, die jetzt bei vielen Stellen beim Contact Tracing dabei ist.

Die Verstärkung der Zahl ist das eine. Wir müssen aber auch die Leistung honorieren, die in den Gesundheitsämtern erbracht wird. Nicht überall arbeiten Hunderte von Menschen in den Gesundheitsämtern. Die Gesundheitsämter sind seit Monaten be- und überlastet. Manchmal war es auch so, dass in bestimmten Regionen über Nacht – gerade in der Sommerzeit – Fälle aufgetaucht sind, und dann fiel der Urlaub aus.

Deswegen wollen wir die Gesundheitsämter stärken. Ähnlich wie wir es bei der Pflege gemacht haben, werden wir für die Mitarbeiter des Gesundheitsdienstes einen Corona-Bonus von 500 Euro ausloben. Ich finde, die Arbeit in den Gesundheitsämtern ist nicht nur wichtig. Dort haben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gesamten öffentlichen Sektor, ob kommunal oder staatlich, bislang bis an die Grenzen ihrer Belastungsfähigkeit gearbeitet. Ich finde, sie haben Dank und Anerkennung verdient, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Unsere vielfach angezweifelte Teststrategie hat sich, glaube ich, bewährt. Die Kapazität ist gut und höher als andernorts. Seit Beginn der Pandemie haben wir über fünf Millionen Tests in Bayern durchgeführt – nur damit man das mal als Zahl hört. Wir haben eine tägliche maximale Kapazität von rund 80.000 und eine durchschnittliche Nutzung von bislang 30.000 Tests. Also gibt es schon noch Luft.

Wir haben noch nie sinnlose Massentests gemacht, wie manchmal behauptet wird, sondern wir haben immer Prioritäten gesetzt – nach Symptomen, für medizinische Berufe, Alten- und Pflegeheime, Krankenhäuser und nach dem jeweiligen regionalen Be-

darf, für Gemeinschaftsunterkünfte, Erntehelfer, Schlachthöfe und zuletzt die Schulen. Ich glaube, es hat ganz gut funktioniert. Das konnten wir sehen.

Wir geben aber auch jedermann – und jeder Frau – die Chance. Ich glaube, dass es in Zeiten eines diffusen Geschehens sehr wichtig ist, den Menschen ein schnelles Angebot zum Testen zu machen, das – ich bleibe dabei – kostenlos ist. Das kostet Geld. Aber ist es nicht angemessen, dass der Staat, wenn er Rechte einschränkt und den Menschen Pflichten auferlegt, das Einzige, das er leisten kann, nämlich zu testen, dann wenigstens frei zur Verfügung stellt?

Wo testen wir? – Richtig, wir haben an der Grenze getestet. Da gab es anfangs Probleme, die uns alle sehr geärgert haben. Das wurde auch oft diskutiert und in ganz Deutschland bewertet. Aber es war richtig. Wir haben es als Erste gemacht, und wir haben vieles verhindert.

Wo testen wir jetzt? – Wir testen vor Ort. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die 87 lokalen Testzentren sind ein wichtiger Anlauf- und Stützpunkt für Sicherheit und schnelle Ergebnisse. Das ist wichtig, weil es neben den Arztpraxen eine zusätzliche Stelle braucht, in der schnell getestet werden kann. Ich glaube auch, dass die Arztpraxen sonst völlig überfordert und überlastet wären. So macht es Sinn. Wenn sich die Impfstrategie des Bundes weiterentwickeln sollte, werden wir sicherlich dort an den Testzentren auch Impfstellen einrichten können und müssen.

Wenn wir über die lokalen Stellen reden, möchte ich ein Wort zu den Stellen in den Grenzregionen sagen: Sie melden derzeit stärkere Anstiege und höhere Positivraten. Nur nebenbei bemerkt: Mehr Testen bedeutet nicht automatisch mehr Infektionen; die Positivrate ist entscheidend. Diese steigt auch bei höheren Testzahlen deutlich an. Man kann es genau erkennen. Die Positivrate ist in Grenzregionen besonders hoch. Das gilt insbesondere hin zu Tschechien, aber auch zu Österreich. In den dortigen Regionen ist die Sorge besonders groß. Man kann nie genau ermitteln, wie der Eintrag ist. Ich lese in den Medien immer wieder Spekulationen darüber, ob es diese Party

oder jenes Ereignis gewesen sei. Es gibt da mehr Wahrscheinlichkeiten. Keiner kann das notariell garantieren. Aber man kann Infektionsgeschehen ungefähr erkennen.

In den Grenzregionen ist die Sorge jetzt groß. Unser Ziel ist es, dass die Grenzen offen bleiben. Das sage ich ausdrücklich: Grenzen sollen offen bleiben. Wer aber Grenzen offen halten will, der muss auch da mehr Stabilität und Sicherheit vermitteln. Deswegen werden wir, was die Einreise-Quarantäneverordnung betrifft, das Modell, das im Landkreis Cham sehr erfolgreich praktiziert wird, anwenden. Das heißt, jeder kann dann kommen, also auch Berufspendler. Zwar nicht der kleine Grenzverkehr, aber Berufspendler sollen einmal die Woche einen Test ablegen. Ich glaube, das gibt auch in der Region ein Zeichen von Sicherheit für die Ausübung des Berufs. Wer Grenzen offen halten will, der muss für mehr Sicherheit sorgen. Meine Damen und Herren, wir tun das auf jeden Fall.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ein letzter Punkt: Schule und Kita. Schule und Kita sind wichtiger denn je. Bei Schule und Kita geht es übrigens auch darum, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu erhalten. Schließen Schulen und Kitas, können die Eltern nicht zur Arbeit gehen, bei allen Möglichkeiten des Homeoffice. Faszinierend ist, dass Schule noch nie so anerkannt war wie heute. Kein Schüler singt heute mehr die alten Songs von Falco "Nie mehr Schule" oder von Extrabreit "Hurra, hurra, die Schule brennt". – Niemand. Alle wollen Schule. Alle wollen Schule offen halten. Deswegen hat das auch für die Staatsregierung eine absolute Toppriorität bei ihrer Arbeit.

Ich finde bei aller Kritik im Detail: Der Schulstart war besser als gedacht, und die Schule läuft besser als gedacht. Schule ist nie perfekt. Schule kann nie alle Wünsche abdecken. Aber es läuft nicht schlecht – übrigens in ganz Deutschland. Nach heutigem Stand sind ungefähr 0,61 % der Schulen geschlossen. Rund 1,3 % der Klassen sind im Distanzunterricht und jeweils 1,5 % der Schüler und Lehrer in Quarantäne. Das wirkt zwar wenig; im Einzelfall kann das aber regional sehr viel sein.

Ich glaube nicht, dass die Zahl so niedrig bleiben wird. Die Sensibilitäten sind in der Schule mit Abstand am höchsten, die Ansichten der Eltern sind höchst unterschiedlich, nicht nur zu Masken, sondern auch zur generellen Frage, wie Schule stattfinden muss, schon lange vor Corona. Lassen wir uns da bitte nichts vormachen, sondern seien wir ehrlich. Das wird noch eine deutliche Belastungsprobe geben, eine der stärksten psychischen Belastungen für viele Familien; denn es wird Distanzunterricht geben.

Ich habe mich zusammen mit dem Kultusminister dieses Themas angenommen und selber zwei große Runden gemacht mit Eltern, mit Schülern, mit Lehrern und mit Direktoren in den Kommunen. Ich habe – so habe ich das wirklich empfunden – kein Gemjammer wahrgenommen, sondern im Gegenteil unglaublich viel Engagement und Empathie gespürt.

Am beeindruckendsten waren – das sei mir nachgesehen – die Schüler. Die Schülerinnen- und Schülervertreter waren wirklich beeindruckend. Deswegen will ich ihnen das Versprechen geben – gerade ihnen gegenüber ist das am Wichtigsten –, dass sie einen guten Start ins Leben bekommen. Viele fragen mich über alle möglichen sozialen Medien: Wie wird es werden, wenn es länger dauert? Schaffen wir dann nächstes Jahr das Abi oder die mittlere Reife? Wie schaut es in einem Jahr aus, wenn jetzt so viel ausfällt? – Eines müssen wir klarmachen: Wir wollen weder weiße Jahrgänge noch Jahrgänge, die sagen müssen, sie haben ein Corona-Abitur. Wir wollen Abschlüsse auf gleichem Niveau.

Aber eines muss schon klar sein: Wenn denn mehr Distanzunterricht ist, wenn mal Unterricht ausfallen muss, dann müssen die Lehrpläne und Prüfungen ein Stück weit angepasst werden. Ich wünsche mir, dann diese Dinge in der Schulbürokratie ähnlich flexibel umzusetzen, wie Schülerinnen und Schüler und Eltern das sind, meine Damen und Herren. Corona bedeutet Anpassung für alle, selbst bei diesen Fragen, auf die unsere Töchter und Söhne und Schülerinnen und Schüler eine Antwort echt verdient haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Neben den Aufgaben der Digitalisierung der Schule und des Lüftens, wo sehr viel Geld investiert wird, möchte ich noch etwas zu Lehrerinnen und Lehrern und Direktoren sagen. An ihnen gibt es viel Kritik. Ich möchte die Lehrerinnen und Lehrer des Landes in Schutz nehmen. Ich sage es ausdrücklich. Sie sind eh sehr belastet, weil sie zu wenige sind. Wir hatten schon vor Corona Lehrermangel, übrigens nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland. Dies ist weder die Schuld der Lehrer noch des Landtages oder der Staatsregierung; denn die Stellen sind zur Verfügung gestellt. Es fehlen aber die Personen, die das machen können.

(Unruhe)

– Wir werben darum, und wir haben Stellen zur Verfügung gestellt. – Weil uns der Einsatz der Pädagoginnen und Pädagogen wichtig ist, werden wir jetzt – gerade in der Corona-Zeit brauchen wir besonderes Engagement – Leistungsprämien für Direktoren erhöhen, weil sie nämlich die Schulmanager sind. Ich sage ausdrücklich: Diejenigen Lehrerinnen und Lehrer, die sich besonders engagieren beim Digitalunterricht, die besondere Formate vorlegen, sollen entsprechende Leistungsunterstützung bekommen; denn ich finde: Leistung muss sich lohnen, gerade in der Schule, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ein Wort noch zu den Kitas: Auch sie sind besonders wichtig für viele Familien. Hier ist das Ansteckungsrisiko jedenfalls bislang zum Glück sehr gering. Nach heutigem Stand sind nur rund 2,24 % der Kitas geschlossen, und ein großer Anteil davon ist durch die Situation im Berchtesgadener Land bedingt. Ich möchte an dieser Stelle, auch wenn es die kommunale Familie ist, nicht der Freistaat Bayern, die Erzieherinnen und Erzieher mal besonders würdigen. Ein großer Dank; denn seit Beginn der Pandemie haben sie ohne Murren mit viel Liebe und Gefühl unsere Kinder betreut. Ich will mich nicht in Tarifverhandlungen einmischen, aber ich finde, sie haben ganz beson-

ders ein höheres Gehalt verdient, meine sehr verehrten Damen und Herren, für die Leistung, die sie erbracht haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir könnten noch viele Details ansprechen, einzelne Gruppen, die viel leisten. Aber an dieser Stelle sei noch mal gefragt – das umfasst ungefähr die Strategie und Philosophie –: Hilft das? Reicht es für die nächsten Monate, und zwar so, dass wir uns nicht mehr Gedanken machen müssen? – Ich bin mir nicht sicher. Dabei bleibe ich: Verordnungen und Geld allein reichen nicht. Jeder Einzelne muss mitmachen. Ohne die breite Akzeptanz der Bevölkerung gelingt die Bekämpfung der Pandemie nicht. Denn Corona ist eben nicht nur eine medizinische Herausforderung, sondern auch eine geistig-mentale. Es ist so schwierig, weil Corona unsichtbar ist – nicht greifbar, aber nicht unschlagbar. Wir haben Corona schon einmal getrotzt. Das geht wieder; das ist kein Hexenwerk. Wir wissen, was nötig ist, und wir wissen auch, was wirkt: zum Beispiel Abstand halten, lüften, desinfizieren, Masken. Ich verstehe – das möchte ich ausdrücklich sagen –, dass viele müde sind, Angst haben, genervt sind und manche echt aggressiv sind. Wir würden alle gerne etwas anderes machen, als Woche für Woche über Corona zu reden. Glauben Sie mir das ganz persönlich. Deswegen ist es wichtig, den Menschen Mut zu machen, aber ihnen gleichzeitig die Wahrheit zu sagen und sie nicht in die Irre zu führen. Es gilt, mitzunehmen und zu motivieren, mitnehmen und motivieren, nicht unsere klassische parteipolitische Taktik anzuwenden.

Corona ist das übrigens völlig egal, was wir reden und sagen. Corona ist kein Feind, wie manche erklären, kein Dämon, sondern ein Virus. Und so müssen wir ihm auch begegnen. Manche rufen zum Krieg gegen Corona auf. Das ist kein Krieg. Das ist auch keine Glaubensfrage. Da ist eine medizinische Diagnose und Therapie notwendig. Deswegen helfen nur Vorsicht und Geduld. Corona ist eine echte Nervensache. Disziplin, Solidarität und Rücksichtnahme sind gefragt. Schon einmal hat die Welt gestaunt, wie Deutschland die erste Welle gemeistert hat. Ich finde, das können wir wieder, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das müssten wir doch hinbekommen.

Ich weiß, es ist mühsamer als beim ersten Mal. Vieles wird zerredet, und ganz viele wissen es jeden Tag besser. Drei Tage später werden sie dann immer eingeholt. Ich glaube nach wie vor, dass wir das gut überstehen können. Es gibt ja ein Licht am Horizont: Wenn der Impfstoff kommt, im Frühjahr nächsten Jahres, ist die Situation sicher eine ganz andere. Nächstes Jahr um diese Zeit werden wir über Corona – so glaube ich – nicht mehr reden. Das kann ich mir nicht vorstellen. Das heißt: Es gibt ein Morgen nach Corona.

Gestern sagte mir ein Kabarettist in der Runde – das hat mich sehr beeindruckt –, er überlegt sich jetzt schon mal, wen er nach Corona als Erstes umarmen will. Das fand ich eine sehr schöne Vorstellung. Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, halten wir es genauso. Machen wir mit! Bringen wir uns ein! Versuchen wir nicht, etwas zu verhindern, sondern seien wir konstruktiv dabei. Es ist jetzt die Zeit, dass jeder sein Bestes gibt, um das Beste für uns alle zu erreichen. Die Welt geht von Corona nicht unter. Wir müssen uns Corona nur stellen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Je mehr wir mitmachen, desto leichter wird es. Je länger wir zögern, umso schwieriger wird es. So einfach ist es. Sind Sie alle bereit für die nächste Etappe? – Ich persönlich bin es. Deswegen lassen Sie uns den Weg gemeinsam angehen. – Bleiben Sie gesund, und Gott schütze Bayern weiter so gut wie bisher.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 181 Minuten. Als Erste hat die Kollegin Katharina Schulze für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal wache ich am Morgen auf und denke im Halbschlaf: Vielleicht ist diese Pandemie nur ein böser Traum. Dann checke ich meine Corona-Warn-App und die Zahlen des RKI und merke: Verdammt, wir sind mitten in der Pandemie.

An manchen Tagen nervt mich Corona tierisch; an anderen bin ich stolz, wie gut wir doch eigentlich bisher durch diese Pandemie gesteuert sind. Wie viele andere Menschen leide ich darunter, viele Freundinnen und Freunde nicht mehr so oft zu sehen. Ich mache mir Sorgen, wie ein Besuch an Weihnachten bei meinen Eltern aussehen soll. Und es ärgert mich, wenn Jugendliche ohne klare Belege pauschal als Corona-Superspreeder bezeichnet werden. Richtig wütend macht mich aber, wenn Menschen das tödliche Virus leugnen oder verharmlosen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber es gibt auch schöne Momente. Ich freue mich darüber, wie viele Akteure ihre Veranstaltungen online gelegt haben und dass man sich auch irgendwie virtuell nah sein kann.

Kolleginnen und Kollegen, niemand hat sich diese Pandemie ausgesucht. Hätte uns jemand vor einem Jahr gesagt, dass wir 2020 gespannter auf die Infektionszahlen der Corona-Pandemie als auf Handball-Bundesligatabellen schauen, dann hätten wir diese Person wahrscheinlich belächelt. Aber die Corona-Pandemie ist kein Netflix-Film; sie ist unsere Realität.

Corona ist da. Corona wütet, und Corona hat schon zu sehr viel Leid und Elend geführt. Ich frage Sie: Ist das der Moment, den Kopf in den Sand zu stecken? Ist das der Moment, in Panik zu verfallen? – Ich sage: Nein. Jetzt ist der Moment, Mut zu geben, statt Angst zu machen. Jetzt ist der Moment, um die Ärmel hochzukrempeln, solidarisch zu sein und Verantwortung füreinander zu übernehmen.

Wissen Sie, was mich optimistisch stimmt? – Mich stimmt es optimistisch, dass wir es als Gesellschaft schon einmal geschafft haben. Wir haben im Frühjahr die Infektionskurve abgeflacht. Warum? – Weil Firmen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wenn möglich ins Homeoffice geschickt haben. Weil wir gemeinsam Kontakte reduziert haben. Weil wir Hände gewaschen, Maske getragen und Abstand gehalten haben. Weil wir unglaublich tolle Forscherinnen und Forscher haben, die seitdem jeden Tag

an einem Erkenntnisgewinn über dieses Virus arbeiten. Weil die Menschen in den Gesundheitsämtern die Infektionsketten nachverfolgen und weil unser Pflege- und Gesundheitspersonal Übermenschliches leistet, um den Kranken zu helfen. Dafür vielen, vielen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin überzeugt, dass wir es wieder schaffen werden, wenn wir zusammenhalten, solidarisch sind und die Politik die passenden Rahmenbedingungen schafft.

Herr Söder, diese Pandemie ist natürlich ein "Charaktertest für unser Land". Das haben Sie im März gesagt. Dieses Zitat gilt aber auch für Sie selbst. Wer sich permanent als Krisenmanager inszeniert und ständig selbst auf die Schulter klopft, ist auch in der Verantwortung, sicherzustellen, dass alles funktioniert. Für das Vertrauen in die staatlichen Institutionen ist es gerade in der Krise unabdingbar, dass auf Ankündigungen auch konkrete Handlungen folgen. Bei Ihnen, Herr Söder, habe ich leider immer noch das Gefühl, dass Sie in Ihrem alten System verhaftet sind.

Politik bedeutet für Sie, gegen andere zu arbeiten. Politik bedeutet für Sie, sich gegenüber anderen zu profilieren und eine Sache immer nach vorne zu stellen, nämlich sich selbst. Meines Erachtens ist das aber nicht der Sinn von Politik. Gute Politikerinnen und Politiker arbeiten zusammen. Gute Politikerinnen und Politiker holen die Meinung von Expertinnen und Experten ein. Gute Politikerinnen und Politiker wissen, dass Bürgerinnen und Bürger selbstbestimmt sind und nehmen diese mit. Bei guten Politikerinnen und Politikern steht die Frage, wer als Krisenmanager besser, schneller, härter ist, hinter der Frage an, wie wir gemeinsam am besten durch die Pandemie kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Durchsetzungsfähigkeit auf der einen und Warmherzigkeit auf der anderen Seite gehen zusammen, wenn man nur will. – Ja, Herr Söder, der Umgang mit der Pande-

mie ist eine Frage des Charakters. Aber er ist auch eine Frage des politischen Stils. Das sollten Sie nicht vergessen.

Erinnern Sie sich zum Beispiel: Als die Inzidenzwerte in München hochgingen, hat man von Ihnen wenig gehört. Als aber die Zahlen in Berlin in die Höhe geschossen sind, waren Sie der Erste, der davon geredet hat, Berlin sei am Rande der Nicht-mehr-Kontrollierbarkeit. Sagen Sie das jetzt auch mit Blick auf die Infektionszahlen im Berchtesgadener Land?

(Zuruf)

Ich an Ihrer Stelle wäre mit solchen Aussagen vorsichtig. "Governing by fear" hat keine lange Halbwertszeit; notwendig ist politische Vernunft.

Ich ganz persönlich finde es dreist, dass Sie sich so viele Monate nach Ausbruch der Pandemie immer noch breitbeinig hinstellen und meinen, anderen Bundesländern ständig Ratschläge geben zu müssen, obwohl wir in Bayern die zweithöchste Zahl Infizierter und leider die höchste Zahl Corona-Toter haben. An Ihrer Stelle wäre ich etwas leise. Man muss sich die Frage stellen, ob es Ihnen wirklich um die Pandemiebekämpfung oder um Profilierung geht.

(Zuruf)

Ich erwarte von einem Ministerpräsidenten oder einer Ministerpräsidentin Solidarität mit anderen Bundesländern und deren Bürgerinnen und Bürgern. Bei Corona müssen wir alle Teamplayer sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erinnern Sie sich, Herr Söder: Sie haben im August nicht auf die Ehrenamtlichen der Blaulichtorganisationen gehört, als diese darauf hingewiesen haben, dass es schwierig sei, über Nacht Corona-Teststationen an den Grenzen zu installieren und sie gerne statt Papier und Bleistift eine gute digitale Ausrüstung hätten.

(Zuruf)

Sie wollten Ihre Corona-Teststationen an der Grenze über Nacht haben. Es folgte ein Corona-Test-Debakel. Ein Ministerpräsident sollte auf die Rückmeldungen derer, die die Maßnahmen ausführen, hören und das passende Material bereitstellen.

Lieber Herr Söder, diese Fehler wären Ihnen nicht passiert, wenn Sie sich an ein paar einfache Regeln gehalten hätten:

Erstens. Die oder der andere kann auch Recht haben. Zweitens. Um komplexe Herausforderungen zu meistern, hilft es, den Rat von Expertinnen und Experten einzuholen. Drittens. Es ist ziemlich rüpelhaft, immer nur auf andere zu zeigen, anstatt seine eigenen Hausaufgaben zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe)

Kolleginnen und Kollegen, eine Sache hat uns die Pandemie besonders gezeigt: Niemand kann Corona alleine bekämpfen. Wir brauchen einander. Wir müssen das Wissen und die Fähigkeiten der jeweils anderen anerkennen, um gemeinsam gut durchzusteuern zu können. Die Politik hat die Aufgabe, nachvollziehbare und klare Vorgaben zu machen.

Herr Söder, bei Ihnen entdecke ich das immer nur teilweise. Ich möchte Ihnen ein Beispiel geben, bei dem ich mich frage, ob Sie selber Ihre eigene Widersprüchlichkeit erkennen: Am Anfang der Pandemie waren Sie Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz und konnten es nicht abwarten, mit eigenen bayerischen Regeln voranzupreschen. Dann hatten wir rund um Pfingsten die Lockerungen. Da sind Sie dann wieder vorangegangen. Gestern habe ich gehört, dass Sie der Meinung seien, der Föderalismus sei jetzt doch nicht so gut, wir bräuchten bundesweit einheitliche Regelungen. Und jetzt stellen Sie sich hierher und wollen einen neuen Corona-Grenzwert von 100 einführen. Merken Sie nicht auch, dass Sie bei diesem Thema ziemlich widersprüchlich sind? – Für uns GRÜNE ist die Sache klar: Wir brauchen bundesweite

Standards und eine gemeinsame Strategie, nach denen sich dann die regionalen Maßnahmen richten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alles komplett zu zentralisieren ist genauso Quatsch, wie alles der Region alleine zu überlassen. Das müsste doch eigentlich ein Learning aus der ersten Welle sein. Apropos Learning aus der ersten Welle: Ich erinnere mich noch, dass gerade Sie, Herr Söder, besonders erzürnt waren, als sich die ganzen Urlauber aus Ischgl, nachdem es dort den Lockdown gab, wieder über Europa verteilt haben. An dieser Stelle möchte ich kurz daran erinnern: Wir haben gerade im Berchtesgadener Land eine ähnliche Situation. 2.500 Urlauberinnen und Urlauber machen sich gerade auf den Weg nach Hause. Wo ist denn da Ihre Fähigkeit als Krisenmanager, dafür zu sorgen, dass sich diese Leute erst einmal vor Ort testen lassen, damit sie das Virus nicht weitertragen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, bis wir einen Impfstoff oder wirksame Medikamente gegen Corona haben, müssen wir mit dieser Pandemie leben. Deswegen ist es die Aufgabe des Staates, immer den Gleichklang zwischen den verschiedenen Bedürfnissen bestmöglich auszubuchstabieren. Damit die Akzeptanz für die Maßnahmen bestehen bleibt, müssen die Regeln transparent und nachvollziehbar sein. Ihr Beherbergungsverbot zählt eindeutig nicht dazu. Für uns GRÜNE ist es klar, dass wir alles daransetzen müssen, dass es keinen kompletten Stillstand des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens in Bayern gibt. Das wäre für die soziale Gerechtigkeit und unseren Wirtschaftsstandort fatal. Es braucht also klare und nachvollziehbare Regeln, eine kluge Teststrategie und sowohl personell als auch ressourcenmäßig gut ausgestattete Gesundheitsämter, damit wir den Infektionsherden nachspüren können.

Lieber Herr Söder, das Personal in den Gesundheitsämtern ist nicht erst seit den letzten sechs Monaten überlastet. Weil Ihre Regierung die Gesundheitsämter seit Jahren kaputtgespart hat, haben wir dort überhaupt einen solchen Mangel. Hätten Sie diese

Ämter richtig ausgestattet, dann müsste die Bundeswehr jetzt nicht bei der Nachverfolgung helfen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind der Meinung, Kinder, Jugendliche, Familien und Frauen müssen jetzt bei dieser zweiten Welle nach vorne gestellt werden. Es darf nicht sein, dass sie wieder die Leidtragenden in dieser Pandemie sind. Wir müssen alles dafür tun, dass Schulen und Kitas offen bleiben. Ich freue mich, dass Sie dieses Thema auch so vehement nach vorne schieben. Dafür brauchen wir aber Schnelltests für die Schulfamilie, wir brauchen Verstärkerbusse für den Schulweg, und wir brauchen mobile Entlüftungsanlagen für drinnen. All diese Forderungen haben wir GRÜNE schon seit Monaten in diesem Hohen Haus aufgestellt. Sie brauchen einfach zu lange, um diese Forderungen umzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sollte digitaler Unterricht erforderlich sein, weil es in einem Gebiet kurzzeitige Schulschließungen gibt, dann muss natürlich eine Notbetreuung für die Familien organisiert werden, bei denen ein Homeschooling nicht möglich ist.

Außerdem brauchen wir endlich die passende digitale Ausstattung. Ich bin mittlerweile etwas genervt; denn immer, wenn wir über dieses Thema reden, kommt die Aussage: Ja, ja, digitale Ausstattung ist super und superwichtig. Dann kommt irgendeine Pressemitteilung der Staatsregierung, mit der Sie sich feiern, dass 95 % der Schulen eine 30-Mbit/s-Verbindung haben. Ich weiß nicht, mit 30 Mbit/s eine Videokonferenz zu machen, während die Tochter daheim Netflix guckt, funktioniert auch nicht. Wir brauchen also Glasfaser an jeder Schule, WLAN in jedem Klassenzimmer und Rechner für Schülerinnen und Schüler sowie für die Lehrerinnen und Lehrer. Und: Wir brauchen natürlich genug Personal an den Schulen und in den Betreuungseinrichtungen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe)

Ich sehe gerade die Aufregung bei der Regierungsfraktion. Deshalb noch ein kleiner Hinweis: Die Aussage, wir hätten nicht genug Lehrerinnen und Lehrer, ist auch nicht ganz richtig. Setzen Sie doch ein Sonderprogramm auf, damit die Lehrerinnen und Lehrer nicht auf der Warteliste verhungern, sondern in den Klassenzimmern stehen! Das wäre doch etwas Sinnvolles.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erinnern Sie sich noch: Im März wurde von den bayerischen Balkonen um 19:00 Uhr fleißig für das Pflegepersonal geklatscht. Das Klatschen war kurz, und was ist geblieben? – Eine einmalige Zahlung von 500 Euro – kleine Randnotiz: wobei 33.000 Anträge noch gar nicht bearbeitet worden sind – und eine kostenlose Brotzeit. Das ist ein nettes Dankeschön, aus unserer Sicht muss das aber verstetigt werden. Wir brauchen bessere Rahmenbedingungen, mehr Personal und eine bessere Bezahlung. Jetzt, beim Tarifstreit des öffentlichen Dienstes, wäre es doch an der Zeit, an die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zu appellieren und sich klar auf die Seite der Pflegefachkräfte und nicht nur auf die Seite der Erzieherinnen und Erzieher zu stellen. All diese Berufe haben eine bessere Bezahlung und bessere Rahmenbedingungen verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gehen wir weiter zu den Gruppen, die in der Wirtschaft arbeiten und die die Regierung lange nicht gesehen haben. Das sind die Gästeführerin, der Bergführer, das Reisebüro, die Künstlerinnen und Künstler, die Kreativwirtschaft und die vielen Selbstständigen in unserem Bayern, die für eine prosperierende Wirtschaft sorgen. All diese Menschen hatten bis zur Corona-Pandemie ein funktionierendes Geschäftsmodell und konnten von ihrer Arbeit leben. Ich freue mich, dass Sie nach acht Monaten auf unser Drängen hin endlich auf den fiktiven Unternehmerlohn umgeschwenkt sind, wie er in Baden-Württemberg besteht. Diese Forderung haben wir wie eine Monstranz vor uns hergetragen. Wir werden ganz genau beobachten, ob die Hilfe bei diesen Leuten an-

kommt. Das muss für alle Selbstständigen und für die Kulturermöglichereinnen und Kulturermöglichere gelten. Vor allem muss diese Regelung rückwirkend greifen, damit diese wichtigen Berufsgruppen überleben können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, zum Leben mit der Pandemie gehört für uns auch das Leben in Würde im Alter. Für uns ist es entscheidend, die Maßnahmen in den Alten- und Pflegeheimen zu verändern, damit das Virus am besten erst gar nicht ins Heim gelangt. Das bedeutet für uns aber nicht, dass die Grundrechte der Bewohnerinnen und Bewohner und deren Angehöriger beschnitten werden und dass auf einmal keine Besuche mehr möglich sind. Wir müssen vielmehr auf einen regelmäßigen Test für die Bewohnerinnen und Bewohner, das Personal und die Besucherinnen und Besucher setzen. Wir brauchen eine bessere Schutzausrüstung für das Personal und für die Besucher. Natürlich müssen auch die sogenannten AHA-Regeln eingehalten werden.

(Zuruf)

– Ich war erst vor Kurzem bei meiner Oma; insofern brauchen Sie mir diese Nachhilfe nicht zu geben. – Für uns ist es wichtig, dass bei uns niemand mehr einsam sterben muss. Wir halten es für entscheidend, dass immer noch die Gelegenheit für einen Abschied in Würde mit und von seinen Liebsten besteht. Der einsame Tod im Altenheim, das war eine der schlimmsten Fehlleistungen vieler Regierungen zu Beginn der Pandemie, auch hierzulande. Wir GRÜNE finden, dass sich das nicht wiederholen darf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, all das, was ich gerade exemplarisch ausgeführt habe, muss in diesem Parlament diskutiert, abgewogen und entschieden werden. Herr Söder, das darf aber nicht nur passieren, wenn Sie hier einmal eine Regierungserklärung abgeben. Ich finde es nett, dass Sie hier Informationsbefragungen machen wollen. Das freut uns sehr. Ich glaube aber, das Problem von uns Abgeordneten besteht

nicht darin, dass wir wegen Ihres großen Sendungsbewusstseins einmal nicht mitbekommen, was Sie alles vorhaben, sondern uns geht es darum, dass wir hier entscheiden, wie die Regeln und Maßnahmen aussehen. Wir wollen keine reine Informationsveranstaltung. Die Legislative ist für das Entscheiden und die Kontrolle der Regierung da. Das muss hier endlich wieder geschehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, die Corona-Pandemie wird uns noch jahrelang begleiten. Die Maßnahmen werden von der Bevölkerung nur dann akzeptiert, wenn sie von einer breiten parlamentarischen Mehrheit getragen und gut kommuniziert werden. Jetzt ist die Stunde des Parlaments. Deswegen rufe ich den Kolleginnen und Kollegen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN zu: Hören Sie mit Ihrer eigenen Selbstverzweigung auf! Sie lassen sich von dieser Staatsregierung am Nasenring durch die Manege ziehen, und das stört Sie nicht einmal! Noch viel schlimmer finde ich: Sie blocken seit Monaten alle unsere Vorschläge für mehr Transparenz und Kontrolle der Regierung ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich denke, das ist ein massives Problem; denn es ist unser Job als Legislative, in diesem Hohen Haus die Regierung zu kontrollieren, die Maßnahmen zu besprechen, abzuwägen und zu debattieren. In diesem Landtag müssen die großen Einschränkungen der Bayerinnen und Bayern diskutiert und auch beschlossen werden. Die Kontrolle der Regierung und das Verhandeln alternativer Vorschläge der Opposition, das gehört zum Wesenskern der Demokratie. Aushandlungen im Parlament machen harte Einschränkungen verträglicher, lassen bei Härtefällen mehr Abwägung zu und nehmen die Bürgerinnen und Bürger bei dem Entscheidungsweg mit.

Es ist wie in der Mathematik: Wir verstehen das Ergebnis besser, wenn wir den Weg der Rechnung kennen. Deswegen wiederhole ich mich: Wir brauchen eine Corona-Kommission, die wir nach § 40 unserer Geschäftsordnung ganz einfach hier in diesem

Landtag einsetzen könnten. In dieser Corona-Kommission beraten wir mit Expertinnen und Experten über die Maßnahmen der Regierung, entwickeln eigene Vorschläge und stellen sie zur Abstimmung, können Expertinnen und Experten herbeiziehen, Ortstermine durchführen und uns Akten anschauen.

Wir brauchen darüber hinaus ein Corona-Transparenzgesetz; denn es ist ein Ärgernis, dass Bayern immer noch keine Informationsfreiheit hat. Wir wollen, dass alle Daten, Statistiken und Modelle, auf deren Grundlage die Regierung ihre Verordnungen schafft, dargestellt und öffentlich gemacht werden. Dazu gehören auch die Informationen darüber, von welchen Expertinnen und Experten sich die Regierung beraten lässt. Das ist das Entscheidende: Es geht nicht nur um Information, es geht auch darum, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Wir GRÜNE haben, damit wir legislative Begleitung und Kontrolle mit schnellem Regierungshandeln bei der Pandemiebekämpfung zusammenbringen, unser Corona-Maßnahmengesetz vorgelegt. Wir geben den Corona-Maßnahmen damit einen gesetzlichen Rahmen und der Regierung gleichzeitig auch genug Spielraum, mit Verordnungen schnell reagieren zu können.

Kolleginnen und Kollegen, diese parlamentarische Legitimation ist in unseren Augen dringend nötig. Ich kann Sie nur noch einmal dazu aufrufen, unserem Corona-Maßnahmengesetz bei der Zweiten Lesung zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe)

Ich möchte nämlich, dass die wichtigen Infektionsschutzmaßnahmen von allen Menschen in Bayern verstanden und akzeptiert werden. Politisches Handeln muss deshalb an wissenschaftlichen Kriterien ausgerichtet, sorgfältig abgewogen, nachvollziehbar begründet und parlamentarisch legitimiert sein. So motivieren wir nicht nur die Bürgerinnen und Bürger zum Mitmachen, sondern wir beugen gleichzeitig auch der Mythenbildung in der Gesellschaft vor.

Ich persönlich betrachte mit sehr großer Sorge die Radikalisierung der Corona-Leugner. Hört man sich deren Chatverläufe und Reden an, mag man ja manchmal versucht sein zu lachen: Nein, Karl-Heinz, Bill Gates will dich nicht chippen! Nein, Peter, wir leben nicht in einer Diktatur, denn offensichtlich konntest du gerade in der Öffentlichkeit deine Meinung sagen! Nein, Karen, es ist noch kein Kind durch das Tragen einer Maske gestorben! – Es ist aber nicht lustig, was dort verzapft wird; es ist gefährlich. Es ist gefährlich, welche Hochkonjunktur diese Mythen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Das Problem ist, dass Verschwörungsideologen und extreme Rechte versuchen, genau das auszunutzen. Wir hören und lesen jetzt vieles von dem, was neurechte Bewegungen in den vergangenen Jahren schon lange propagiert haben, von der "Lügenpresse" über Impfgegner bis hin zu den vermeintlichen Verboten, seine Meinung offen zu äußern. Solche keineswegs neuen Vorstellungen werden durch die mit der Corona-Krise verbundenen Verunsicherungen in der Gesellschaft anschlussfähig. Antisemitische und rassistische Stereotype nehmen weiter zu. Herr Söder, das hatten Sie ja auch benannt.

Kolleginnen und Kollegen, das ist ein enormes Problem für unsere Demokratie. Wir brauchen einen solidarischen Umgang mit den Folgen der Pandemie. Wir alle – jeder Demokrat und jede Demokratin – müssen uns deshalb gegen Verschwörungsmythen engagieren und solchen entschieden entgegenreten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich, bevor ich nachher wieder viele wütende E-Mails bekomme, auch gleich sagen: Natürlich sind nicht alle Menschen, die sich beispielsweise für demokratische Rechte und Freiheiten in der Corona-Pandemie aussprechen, Verschwörungsideologen oder Rechtsextreme. In einer Demokratie sind Proteste gegen die Einschränkung demokratischer Rechte und Freiheiten legitim. Sie dürfen jedoch nicht als Plattform zur Verbreitung rechter Verschwörungsideologien missbraucht werden. Ich

erwarte von jedem Demokraten und jeder Demokratin, dass sie und er genau wissen, mit wem sie sich da gemein machen. Ich glaube, wir müssen die Brandmauer gegen Rechtsextremisten, Rassisten und Antisemiten als Gesellschaft wieder gemeinsam hochfahren. Das ist unsere Aufgabe auch in dieser Pandemie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht: Ich schwanke bei dem Thema immer. Auf der einen Seite will ich diesen Gruppen nicht zu viel Aufmerksamkeit geben. Auf der anderen Seite muss man das Thema auch klar ansprechen. Ich möchte darum den Rest meiner Redezeit darauf verwenden, mal all diejenigen nach vorne zu rücken, die für ihren Einsatz in unseren Augen bisher zu wenig Aufmerksamkeit und Wertschätzung erfahren haben.

Das sind zum Beispiel die chronisch kranken Menschen, die seit Monaten kaum die Wohnung verlassen. Es ist unsere Aufgabe, uns für sie an die Corona-Maßnahmen und -Regeln zu halten. Das sind zum Beispiel die Enkel, die ihrer Oma im Pflegeheim nur unten von der Straße aus zuwinken, anstatt sie zu umarmen, weil sie Sorge haben, die Oma anzustecken. Das sind die Schülerinnen und Schüler, die beispielsweise ihren Traum von einem Austauschjahr begraben mussten. Das sind Teenager, deren Jugendeinrichtungen lange geschlossen waren und die nun nicht nur ihre Freundinnen und Freunde, sondern auch ihren Raum, in dem sie sich treffen können, schmerzlich vermissen. Das ist die Musikerin, die jetzt Online-Konzerte gibt und die Bühne so schmerzlich vermisst. Das sind die Eltern, die mit Homeoffice und Homeschooling jonglieren mussten und jetzt mit bangem Blick auf den Herbst schauen. Das sind die Erzeugerinnen und Erzeuger von regionalen Lebensmitteln, die wir in diesen Zeiten noch mehr zu schätzen wissen. Das sind Führungskräfte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die, da wo es geht, ins Homeoffice wechseln und mittlerweile Expertinnen und Experten in großen Zoom-Meetings sind. Das sind Freundeskreise, die sich anstatt zur Dinner-Party zum Spaziergehen treffen. Das sind die Menschen in der Gastronomie und in der Hotellerie, die die Hygienevorgaben, damit wir einigermaßen

sicher ein Stück Normalität genießen können, super umsetzen. Das sind all die Menschen, die den Nahverkehr am Laufen halten. Das sind die Einsatzkräfte von Polizei und Ordnungsamt, die diese komplizierten neuen Regeln aufrechterhalten und für unsere Gesellschaft da sind. Das ist natürlich das Gesundheits- und Pflegepersonal. Dank Ihnen allen für Ihren Einsatz! Wir brauchen jeden und jede von Ihnen an Ihrem Platz, um diese Pandemie zu bekämpfen. Sie alle brauchen stringente und verständliche politische Rahmenbedingungen. Dafür ist dieser Bayerische Landtag zuständig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, es ist an der Zeit, dass wir denen, die bisher nicht viel gehört wurden, Gehör verschaffen und deren Perspektiven sichtbar machen. Ich meine damit zum Beispiel Kinder, Jugendliche, Frauen, Seniorinnen und Senioren, das Pflegepersonal und Selbstständige. Es ist an der Zeit, dass wir die Maßnahmen endlich im Parlament – dort, wo Gesetze gemacht werden – diskutieren und beschließen. Corona-Kommission, Corona-Transparenzgesetz, Corona-Maßnahmengesetz – das sind die Dinge, die wir hier in diesem Landtag brauchen!

Es ist an der Zeit, dass wir uns alle gemeinsam weiter an die Regeln halten. Denn seien wir doch mal ehrlich: Für das Steigen der Infektionszahlen ist keine höhere Gewalt verantwortlich, sondern wir. Wir alle sind auch Teil der zweiten Welle, denn Corona überlebt nur, wenn es immer wieder einen neuen Wirt findet. Wir Bürgerinnen und Bürger sind Wirte für Corona. Wollen wir also Corona abwenden und die Kurve abflachen, dann müssen wir uns alle weiter an die Maßnahmen zur Eindämmung halten.

Ich weiß, das fällt schwer, und man hat irgendwie auch keine Lust; das nervt, und es dauert einfach schon so lange. Wir müssen da jetzt aber gemeinsam durch. Die positive Seite der Sache ist doch, dass da niemand alleine durch muss. Wir machen das als Gesellschaft zusammen. Halten wir also weiter Abstand! Bleiben wir weiter anständig, und ziehen Sie doch bitte Ihre Maske an! – Das kann doch nicht so schwer sein.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Thomas Kreuzer für die CSU-Fraktion das Wort.

Thomas Kreuzer (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Lage ist kritisch, sie ist sogar sehr kritisch. Corona hat uns – wahrscheinlich mehr denn je – wieder im Griff. Durch Corona sind bereits mehr als eine Million Menschen gestorben, davon 200.000 in Europa. Weltweit verzeichnen wir den größten Rückgang der Wirtschaftsleistung in der Nachkriegsgeschichte. Die langfristigen Folgen für unsere Gesellschaft und die Weltgemeinschaft sind heute gar nicht absehbar.

Man muss auch klar erkennen, dass wir in einem Konkurrenzkampf der Gesellschaftssysteme stehen. Zum Beispiel steht unser freiheitlich-demokratisches System mit Systemen wie in China, die mit der Problematik völlig anders umgehen, in Konkurrenzkampf. Meine Damen und Herren, wir müssen die Herausforderung allein deswegen bestehen. Dies ist wichtig.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen deshalb einen klaren Kopf bewahren. Weder Panikmache noch Verharmlosung bringen uns in der derzeitigen Situation einen Schritt weiter.

Liebe Frau Kollegin Schulze, das war insgesamt eine sehr peinliche Vorstellung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das Ganze gipfelt darin, dass Sie alle und vor allem den Ministerpräsidenten auffordern, als Teamspieler zu agieren. Sie nutzten Ihre Redezeit praktisch im vollen Umfang, um ein Bashing gegen den Ministerpräsidenten zu betreiben, ein Bashing gegen die Staatsregierung. In Ihrem Team möchte ich nicht spielen, meine liebe Frau Kollegin Schulze!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich verstehe natürlich, dass Ihnen das Krisenmanagement von Markus Söder nicht gefällt. Da geht es um politisches Ansehen, da geht es um Umfrageergebnisse. Aber den Eindruck zu erwecken, die Staatsregierung und der Ministerpräsident hätten die ganzen Maßnahmen im stillen Kämmerlein beschlossen, geschieht wider besseres Wissen. Sie wissen doch, dass wir ständig in Kontakt mit Experten gewesen sind, mit Virologen und anderen, und zwar bei allen Maßnahmen, die besprochen worden sind. Sie wissen doch, dass wir natürlich nicht nur mit Verstand, sondern auch mit Gefühl die Dinge gemacht und begründet haben. Uns war doch klar, welche Schwierigkeiten auf den einen oder anderen insgesamt zukommen. In meiner langen politischen Tätigkeit habe ich noch nie einen Ministerpräsidenten erlebt, der so viel mit den Bürgerinnen und Bürgern kommuniziert hat, der so viel selbst erklärt hat, um den Menschen nahezubringen, warum man das eine macht und das andere nicht macht, wie Markus Söder in dieser Zeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dies als Profilierungssucht darzustellen und gleichzeitig zu sagen, man kommuniziere nicht genug mit den Menschen, das ist reiner politischer Populismus, Frau Kollegin Schulze.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie kommen immer wieder mit dem Vorwurf, die Kontrollen an den Grenzen hätten nicht sofort vollständig funktioniert. Sie wissen ganz genau, wie es damals gewesen ist. Der Bund hat den Weg freigemacht, und wir haben die Angelegenheit vollziehen müssen. Es gibt dann zwei Möglichkeiten: Entweder man startet sofort mit diesen Grenzkontrollen im Wissen, dass das nicht sofort perfekt funktioniert, und versucht dann, es zu perfektionieren, oder man kontrolliert überhaupt nicht. Das ist die Alternative. In den anderen Ländern ist überhaupt nicht kontrolliert worden. In Baden-Württemberg gab es viel später eine Grenzkontrollstelle. Was aber hat unser Handeln bewirkt, meine Damen und Herren? – Wir haben insgesamt 6.000 positive Fälle an

diesen Grenzen aufgedeckt, die sonst alle unerkannt ins Land gefahren wären. Hätten wir so gehandelt wie Sie, hätten wir nichts erkannt, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb ist es ein starkes Stück, wenn die Nichtstuer denen die Verantwortung zuweisen, die frühzeitig handeln. Das ist die Wahrheit, und ich will gar nicht wissen, wie viele Menschen über die französische Grenze oder von anderen Seiten völlig unerkannt nach Deutschland gekommen sind. Wir haben auf jeden Fall den Anstieg der Corona-Zahlen gerade nach den Ferien erleben müssen. Deshalb war unsere Handlungsweise richtig.

Wenn Sie von Berlin reden: Natürlich war es beunruhigend, wie die Zahlen in einer so großen Stadt massiv gestiegen sind. Die sind jetzt über 90 und gehen auf die 100 zu bei 3,5 Millionen Einwohnern. Wir haben mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass trotz dieser kritischen Situation eine grüne Bürgermeisterin, Frau Herrmann, sich weigert, die Bundeswehr zu Hilfe zu holen, und zwar aus ideologischen Gründen. Meine Damen und Herren, so stellen wir uns die Bekämpfung von Pandemien nicht vor. So etwas ist unverantwortlich, liebe Freunde!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Im Übrigen habe ich von Ihnen jegliche neuen Ideen vermisst. Nur zu sagen, wir bräuchten noch mehr Personal dort, wir bräuchten noch mehr Personal da, wir könnten da noch mehr Geld ausgeben, die Lüfter könnten schneller kommen, liebe Frau Schulze, ist nicht von Ideenreichtum geprägt. Ich sage Ihnen deshalb ganz offen: Wir brauchen keine Parlamentsdebatte, damit das, was ohnehin gemacht wird, hier von Ihnen wiederholt wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf)

An dieser Stelle möchte ich ganz besonders eine Lanze für unsere jungen Menschen brechen. Es gibt in allen Altersgruppen Menschen, die meinen, die Corona-Solidarität

gälte nur für die anderen, aber nicht für sie selbst. Wir sollten deshalb nicht mit dem Finger auf eine Altersgruppe zeigen. Wir müssen aber durchaus diejenigen benennen und stellen, die meinen, sie wären besonders schlau und müssten sich nicht an die Regeln halten.

An dieser Stelle möchte ich auch denen danken, die aufgrund der jüngsten Entwicklungen wieder besonders gefordert sind, weil sie in den Gesundheitsämtern die Infektionsketten nachverfolgen, weil sie sich in den Kliniken wieder vermehrt um Corona-Patienten kümmern oder weil sie in den Alten- und Pflegeheimen alles dafür tun, damit die Heimbewohner vor Corona geschützt werden. Ich danke unserer Polizei, die die Einhaltung der Corona-Regeln kontrolliert. Auch das muss konsequent gemacht werden, sonst steht immer zu befürchten, dass weite Teile diese nicht befolgen.

Mein Dank gilt nicht zuletzt unserem Bayerischen Ministerpräsidenten und der Staatsregierung. Sie machen in dieser schwierigen Zeit, seit Ausbruch der Pandemie, eine hervorragende Arbeit. Durch ihre Umsicht sind wir im Vergleich zu unseren Nachbarländern deutlich besser über die letzten Wochen und Monate gekommen. Dafür ein ganz herzliches "Vergelts Gott" an alle Mitglieder der Staatsregierung.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In Bayern waren wir den ganzen Sommer über in Alarmbereitschaft. Wir haben als Erste eine umfassende Teststrategie auf den Weg gebracht; denn uns war immer klar: Wenn der Ernst der Lage an den Belegungszahlen auf den Intensivstationen oder an den Sterbetafeln abzulesen ist, dann ist es zu spät. Meine Damen und Herren, Sie müssen wissen, die Infektionen von heute sind die schweren Fälle in den Krankenhäusern in drei Wochen und die Toten in vier Wochen. Wer also auf die schweren Fälle wartet, der hinkt vier Wochen hinterher und kann praktisch nicht mehr vernünftig eingreifen. Schauen wir doch nach Frankreich, schauen wir nach Österreich, in die Schweiz, schauen wir nach Tschechien, Holland oder Großbritannien. Österreich hat heute den Höchststand mit 1.747 Infektionen erreicht. Das sind zweimal so viele wie

Deutschland im Verhältnis zur Größe des Landes erreicht hat. Polen hat heute, an einem Tag, 10.040 Neuinfektionen hinnehmen müssen, meine Damen und Herren. Polen ist ein flächenmäßig großes Land, von der Einwohnerzahl her aber deutlich kleiner als Deutschland. Um uns herum sind die Entwicklungen besorgniserregend und zum Teil verheerend. Dort nehmen auch rasch die Hospitalisierungen zu, und die Zahl der Todesfälle steigt.

Aber auch Bayern ist vor einer solchen Extremsituation nicht gefeit. 34 Landkreise und kreisfreie Städte haben bei der 7-Tage-Inzidenz die Fünzigermarke gerissen und auf der Corona-Ampel die Stufe Rot erreicht. Im Landkreis Berchtesgadener Land ist der Ernstfall bereits eingetreten. Ein konsequentes Einschreiten, für das ich den Verantwortlichen hier herzlich danke, war unausweichlich. Wenn die Infektionszahlen so hoch werden, dass eine konsequente Nachverfolgung der Kontakte nicht mehr möglich ist, dann breitet sich Corona ungebremst aus. Dann wird das Virus früher oder später in die Betriebe, in die Schulen, in die Seniorenheime und die Krankenhäuser eingeschleppt mit den allseits bekannten Folgen. Gott sei Dank sind wir noch nicht an dem Punkt, dass Kliniken ihr Limit erreicht haben. Aber, der Ministerpräsident hat es erwähnt, aus dem Ausland wird berichtet, dass dieser Fall eingetreten ist. Unsere europäischen Nachbarn bitten bereits um medizinische Unterstützung bei Intensivbetten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind wieder, Gott sei Dank, ein paar Wochen, vielleicht zwei Wochen, hinter diesen Ländern zurück. Das bedeutet für uns aber, dass wir den Stand von dort nur dann vermeiden können, wenn wir wieder genauso konsequent vorgehen, wie wir das im Frühjahr getan haben, als wir die Zeit genutzt haben, damit es bei uns nicht zu so extremen Verhältnissen gekommen ist.

Niemand sollte an der Gefährlichkeit von Corona zweifeln. Ich sage das so deutlich. Das hat nichts mit Panikmache zu tun. Hier gilt es, nichts zu verharmlosen. Heute wissen wir deutlich mehr über Corona als im Frühjahr und können auch gezielter reagieren. Auch die Behandlung ist dadurch besser geworden. Im Vergleich zum Frühjahr

haben wir deutlich mehr Intensivpflegeplätze. Wir haben ein Pandemiezentrallager aufgebaut mit genügend Material, Masken und Desinfektionsmitteln. Nicht zuletzt haben wir eine umfassende Teststrategie eingeführt. Wir sind deshalb gut und viel besser aufgestellt, als wir dies noch im Frühjahr gewesen sind.

Tatsache ist aber auch: In Deutschland hat die Zahl der täglichen Neuinfektionen schon jetzt ein Niveau erreicht, das höher liegt als im Frühjahr. Es wurde aber auch mehr getestet. Trotzdem ist das Niveau besorgniserregend. Bei den Meldungen des RKI folgt ein neuer Höchstwert nach dem anderen. Es geht Schlag auf Schlag.

Deshalb müssen wir jetzt in einer großen Gemeinschaftsleistung – als Team, Frau Kollegin Schulze, aber dies dann auch leben, nicht nur davon sprechen – die Ausbreitung von Corona verlangsamen und stoppen. Jeder ist gefordert, der in diesem Land Verantwortung trägt, sei es als Mitglied der Staatsregierung, als Mitglied des Landtags oder als Kommunalpolitiker. Nicht nur die Politiker, auch jede Bürgerin und jeder Bürger hat die Möglichkeit und die Pflicht, daran mitzuwirken, die Ausbreitung von Corona zu verhindern.

Das Virus verhält sich leider nicht so, wie es die Damen und Herren der Opposition gerne hätten. Wir hätten auch gerne mehr Planungssicherheit und mehr Zeit für ausführliche Diskussionen. Wir hätten die Pandemie im Sommer auch gerne hinter uns gelassen, als die Zahlen viel besser geworden sind. Corona ist aber unberechenbar. In dieser Notsituation müssen wir in erster Linie ein zielführendes, schnelles und wirksames Krisenmanagement betreiben. Darauf kommt es an. Wir müssen auf Sicht fahren und gleichzeitig das langfristige Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger im Auge haben.

Es ist richtig, dass die Staatsregierung sich dabei auf den Rat der Menschen verlässt, die entsprechende Expertise mitbringen. Leider gibt es etliche, die offenbar meinen, sie könnten die Expertise und den Rat der Experten in den Wind schlagen. Corona, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist aber kein Schnupfen. Corona kann im

schlimmsten Fall zum Tod führen. Das können wir aus den Statistiken leider wieder stärker steigend ablesen. Das sagen uns die Menschen, deren tägliches Brot es ist, Viren zu erforschen und Corona-Patienten zu behandeln. Ihrem Rat nicht zu folgen heißt, Menschenleben aufs Spiel zu setzen. Das wäre in höchstem Maße unverantwortlich.

Die Menschen in unserem Land sind da übrigens sehr entschieden: Nicht die lautstarke Verschwörungstheoretiker sind die Mehrheit, sondern die vernünftigen und besonnenen Bürgerinnen und Bürger. Wir spüren großen Rückhalt für den bayerischen Corona-Kurs. Der jüngste BayernTrend hat dies auch wieder gezeigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit der Sommerpause hat die Opposition die Rechtslage beim Infektionsschutz als Spielball für sich entdeckt. Klar ist: Für Infektionsschutzmaßnahmen ist in Deutschland der Bund zuständig. Das Infektionsschutzgesetz des Bundes stellt die Ermächtigungsgrundlage für das Handeln der Länder dar. Auf dieser Grundlage kann die Bayerische Staatsregierung aktiv werden und Rechtsverordnungen oder Allgemeinverfügungen erlassen. Wir gehen heute schon viel weiter: Das macht im Einzelfall nicht mehr die Regierung. Die Allgemeinverfügungen werden vor Ort von den Landräten und Oberbürgermeistern erlassen. In diesem rechtlichen Rahmen haben wir Bayern meines Erachtens bisher gut durch die Krise gesteuert. Schnelle Handlungsfähigkeit der Exekutive, die dadurch gewährleistet wird, war im Frühjahr dringend geboten, und sie ist auch jetzt in dieser Lage dringend geboten.

Im Übrigen machen das nicht nur wir in Bayern so, Frau Schulze, die grün geführte Landesregierung in Baden-Württemberg macht dies genauso wie Bayern, keinen Deut anders.

(Zurufe der GRÜNEN)

Das heißt aber nicht, dass die Staatsregierung nicht für gute Vorschläge offen wäre. Heute ist hier in dieser Aussprache wieder einmal eine gute Gelegenheit, konkrete

Vorschläge einzubringen, die uns wirklich weiterführen. Ich hoffe, dass die weitere Debatte im Gegensatz zum ersten Oppositionsbeitrag hierfür genutzt wird, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ein bayerisches Corona-Maßnahmengesetz, wie es die GRÜNEN unlängst vorgelegt haben, hilft uns bei der Bewältigung von Corona jedenfalls keinen Schritt weiter, meine Damen und Herren. Das ist ein völlig untauglicher Versuch.

Für den Bayerischen Landtag gibt es viele Möglichkeiten, sich am Diskurs über den richtigen Weg zur Bewältigung der Corona-Krise zu beteiligen: Anfragen, Anträge, Dringlichkeitsanträge, Expertenanhörungen, Debattenbeiträge im Plenum und vieles mehr. Wer also eine gute Idee, Vorschläge oder auch Kritik hat, kann diese äußern. Meine Damen und Herren, ich habe es in über dreißig Jahren Parlamentsgeschichte noch nie erlebt, dass dies nicht passiert. Was der Bayerische Landtag mehrheitlich beschließt, das bindet natürlich die Staatsregierung und findet statt. Minderheiten konnten die Staatsregierung noch nie binden – nicht in der Pandemie, aber auch nicht im normalen Parlamentsbetrieb. Ihre Rezepte lauten, wir bräuchten ständige Anhörungen, ein Maßnahmengesetz und ein Transparenzgesetz. Meine Damen und Herren, glaube ich nicht, dass die Menschen auf Ihre Gesetzesvorhaben warten wollen, bevor es möglich ist, der Krise und der Pandemie entgegenzutreten. Ein reines Diskutieren ohne Entscheidungen, die zeitnah gefällt werden müssen, hilft uns in dieser Situation nicht weiter. Dies lehnen wir ab, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir brauchen eine schlagkräftige Exekutive, die rasch, entschlossen und konsequent handeln kann, wie es die Situation gebietet. Wir haben dies jetzt im Berchtesgadener Land wieder hautnah erlebt. Leider verläuft diese Pandemie so, dass eine um eine Woche zu späte Reaktion gleich viel zu spät ist, meine Damen und Herren, weil sich die Situation dann drastisch verschlechtern kann und sich die Infektionszahlen in solchen Verläufen oft verdoppeln. Hier kann man nicht ewig Einzelmaßnahmen diskutieren. Deswegen sind auch parlamentarische Beteiligungsprozesse bei Einzelmaßnahmen einfach nicht anwendbar.

Corona wartet nicht, bis ein Gesetzgebungsverfahren zu Ende gebracht ist. Deswegen wäre das Handeln durch Landesgesetze bei Einzelmaßnahmen der Pandemiebekämpfung falsch. Dies wird auch nicht von allen gefordert, weil ein Gesetzgebungsverfahren viel zu schwerfällig ist, um auf aktuelle Herausforderungen zu reagieren. Das Erlassen eines Gesetzes steht dem Landesgesetzgeber aber frei. Wer dies will, muss einen tauglichen Gesetzgebungsvorschlag einbringen. Natürlich ist dies möglich. Ihr Gesetzgebungsvorschlag ist aber Blendwerk. Der Vorschlag bringt uns kein bisschen weiter. Auch danach würde die Exekutive über die einzelnen Maßnahmen entscheiden.

Wenn wir irgendwo ansetzen müssen, um einen konkreten und einheitlichen gesetzlichen Rahmen für Corona-Maßnahmen zu setzen, ist dies beim Infektionsschutzgesetz des Bundes. So hat es der Bayerische Verwaltungsgerichtshof klar festgestellt. Er hat klar ausgeführt – und diese Situation tritt ein –, dass es durchaus angebracht wäre, falls die Pandemiesituation längere Zeit anhält, als Bundesgesetzgeber einen genaueren Rahmen zu setzen, also genau zu definieren, welche Grundrechtseinschränkungen und welche Maßnahmen insgesamt möglich sind. Wir unterstützen dies. Wir haben als Regierungskoalition auch einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag eingebracht, damit Bayern diesbezüglich eine Bundesratsinitiative startet. Ich sage aber auch: Wir müssen darauf achten, meine Damen und Herren, dass der Gesetzentwurf so gestaltet wird, dass wir in unserer Handlungsfähigkeit in entsprechenden Not- und Pandemiesituationen nicht über Gebühr eingeschränkt werden. Danach muss zielgenaues Handeln ebenfalls in schneller Zeit möglich sein.

Wenn so mancher in diesem Hohen Haus den Rechtsstaat zugrunde gehen sieht oder über unverhältnismäßige Grundrechtseingriffe schwadroniert, kann ich nur sagen: Kehren Sie auf den Pfad der Ernsthaftigkeit zurück. Wir wollen diese Eingriffe nicht. Sie sind aber angemessen, und sie sind notwendig. Unsere Zielsetzung ist es, sobald die Situation, die Pandemielage es erlaubt, möglichst viele Beschränkungen, möglichst

viele Eingriffe aufzuheben. Meine Damen und Herren, so haben wir die ganze Pandemie über verfahren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Freiheit ist ein hohes Gut mit Verfassungsrang, aber eben auch die körperliche Unversehrtheit. Wir sind dazu aufgefordert, die richtige Balance zu finden, den Menschen also immer nur so viel zuzumuten, wie notwendig ist, um die gemeinsamen Ziele zu erreichen.

Zu einem intakten Rechtsstaat gehört auch eine funktionierende Kontrolle durch die Gerichte. Hier ist es einfach Fakt, dass die Gerichte den Kurs Bayerns und der Staatsregierung in den allermeisten Fällen bestätigt haben.

Es wäre fatal, wenn wir das, was wir im Frühjahr im Kampf gegen Corona für unser Land erreicht haben, im Herbst vollständig verspielen würden. Ein zweiter Lockdown hätte ohne Zweifel schwerwiegende Konsequenzen für die Wirtschaft, die sich gerade wieder auf Erholungskurs begeben hat, aber auch für unsere Gesellschaft insgesamt.

Corona einzudämmen bleibt eine Gemeinschaftsleistung, die von jeder und jedem eine große Portion Selbstdisziplin einfordert. Die Politik kann hierfür nur den Rahmen geben. Ich appelliere deshalb an alle: Lassen Sie uns aufeinander aufpassen, überlegen wir, wen wir wirklich treffen müssen, halten wir Abstand, und tragen wir unseren Teil dazu bei, dass wir alle gesund bleiben! Seien wir solidarisch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Gesundheitswesen! Tun wir alles dafür, um diese Menschen durch weniger Infektionen zu entlasten! Seien wir auch solidarisch mit den Alten und Kranken, mit denen, die akut erkrankt sind, ebenso wie mit denen, die eine chronische Erkrankung haben und ein höheres Risiko tragen! Seien wir solidarisch mit den Kindern in den Kindergärten und Tagesstätten, mit den Schülerinnen und Schülern und deren Eltern, und helfen wir alle mit, einen sehr teuren und wirtschaftlich desaströsen Lockdown zu verhindern!

Individuelle Freiheit und gesamtgesellschaftliche Verantwortung sind zwei Seiten einer Medaille, liebe Kolleginnen und Kollegen. Nehmen wir Rücksicht auf unsere Nächsten! Ohne Solidarität kann kein Gemeinwesen bestehen; das war nie so deutlich wie heute. Nehmen wir das ernst! Bleiben Sie alle gesund!

(Lebhafter Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Kollege Kreuzer. – Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Die erste ist vom Herrn Kollegen von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Kreuzer, eine Frage an Sie: Wir haben in der "FAZ" am Wochenende lesen können, dass Bayern den letzten Platz bei den Rückverfolgungen von Infektionsfällen hat. In 80 % der Fälle können die Gesundheitsämter in Bayern den Ursprung der Infektion nicht zurückverfolgen. Leider hat sich der Ministerpräsident dazu nicht besonders ausführlich geäußert. Vielleicht können Sie uns erklären, wie es zu diesem gefährlichen Defizit in Bayern kommen konnte.

Thomas Kreuzer (CSU): Diese Zahl kenne ich nicht genau. Aber ich kann Ihnen sagen, dass wir im Frühjahr am stärksten von der Pandemie betroffen gewesen sind, dass wir die höchsten Zahlen hatten und dass es uns inzwischen gelungen ist, diese Zahlen im Verhältnis zu anderen Ländern so zu drücken, dass wir im Mittelfeld des Infektionsgeschehens liegen. Wir wollen das noch weiter senken. Es ist uns gelungen, von den Spitzenplätzen bei den Infektionen pro 100.000 Einwohner weg ins Mittelfeld zu kommen. Wenn ich "Mittelfeld" sage, heißt das, das ist relativ gut. Wir wissen, dass wir unter diesen besonderen Umständen Sondersituationen im Osten, in den neuen Bundesländern haben, die insgesamt sehr niedrige Zahlen haben, allesamt beim Infektionsgeschehen ganz unten stehen, bis auf Berlin. Somit ist es ein ordentlicher Wert, ins Mittelfeld zu kommen. Wir werden alles tun, damit wir das halten können.

Ich mache niemandem einen Vorwurf, außer dann, wenn er nicht entsprechend handelt. Das muss man auch ganz klar sagen. Deswegen sind jetzt in Bremen und Berlin

spezielle Handlungen notwendig, sonst wird das im großstädtischen Bereich nicht zum Erfolg führen, und die Länder werden noch größere Schwierigkeiten bekommen.

Präsidentin Ilse Aigner: Wir haben eine zweite Zwischenbemerkung: vom Kollegen Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Kreuzer, Sie haben in Ihrer Rede die bayerische Corona-Teststrategie angesprochen. Meiner Meinung nach gehört zu einer echten Strategie auch der Aufbau einer repräsentativen Vergleichsgruppe, anhand derer man regelmäßig Antikörper- und Infektionstests durchführen und dann auf Basis der Ergebnisse entsprechende politische Maßnahmen ergreifen könnte, die dann zielgerichteter wirken würden.

Meine Frage konkret: Warum gibt es diese repräsentative Vergleichsgruppe nach wie vor nicht?

Thomas Kreuzer (CSU): Unter bayerischer Teststrategie verstehe ich die Corona-Tests. Ich halte es für absolut richtig und vorbildlich, dass wir praktisch in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt eine Teststation aufgebaut haben. Das wird vor allem dann noch viel wichtiger sein, wenn die Zahlen steigen. Dann wird ganz klar, dass es unsere Ärzte nicht mehr schaffen. Ich halte es auch für richtig, dass man sich freiwillig testen lassen kann und dafür nichts bezahlt.

Wir haben repräsentative Vergleichstests gemacht, zum Beispiel im Landkreis Tirschenreuth, wo man untersucht hat. Ich halte auch dies für richtig. Dies sind aber wissenschaftliche Untersuchungen, die der Freistaat Bayern natürlich auch begleitet. Die Wissenschaftler werden vom Staat unterstützt, um die Kenntnisse bezüglich der Krankheit weiter auszubauen. Da gebe ich Ihnen recht. Insgesamt eine wissenschaftliche Vergleichsstudie für ganz Bayern aufzubauen, ist schwierig. Wir müssen hier mit einzelnen Studien versuchen, unsere Erkenntnisse weiter zu vertiefen.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Kollege. – Weitere Zwischenbemerkungen liegen nicht vor. Als Nächste hat die Kollegin Katrin Ebner-Steiner für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Der bayerische Sonderweg ist krachend gescheitert. Bayern hat trotz aller Restriktionen mit die höchste Infektionsrate aller Bundesländer. Jetzt soll am Söder'schen Wesen ganz Deutschland genesen? Das teure und zugleich peinliche Huldigungsfest für die schlimmste Kanzlerin aller Zeiten auf Herrenchiemsee erweckt zumindest diesen Eindruck.

(Widerspruch)

Der Verfassungskonvent von Herrenchiemsee hat 1948 den Föderalismus als staatliches Organisationsprinzip für die Bundesrepublik Deutschland vorgegeben. Sie, Herr Söder, behaupten, der Föderalismus stoße an seine Grenzen. Ich sage Ihnen: Sie haben das föderale Prinzip nicht verstanden.

(Lachen – Unruhe)

Denn hier geht es nicht darum, dass die einen den anderen ihren Willen aufzwingen, sondern dass die Bundesländer in Kooperation zueinanderstehen.

(Zuruf)

Der Föderalismus bietet zudem Schutz vor diktatorischer Machtkonzentration, gleich ob sie in den Händen eines Söder oder einer Merkel liegt.

Kein Virus dieser Welt darf eine demokratische Rechtsordnung außer Kraft setzen.

(Beifall bei der AfD)

Auf die Herrschaft des Unrechts folgt nun die Herrschaft der Virologen. Seit über 210 Tagen wird in Bayern Corona-Politik ohne Beteiligung des Parlaments gemacht.

(Zuruf: Quatsch!)

Seit mehr als sieben Monaten herrscht eine selbsternannte Notstandsregierung auf Grundlage von Rechtsverordnungen. Diese wurden ohne Beteiligung des Landtags erlassen. Festzustellen ist: Die bayerische AfD-Fraktion hat diese Infektionsschutzmaßnahmenverordnungen zu keiner Zeit mitgetragen. Im Gegenteil: Wir klagen gegen die zum Teil irrsinnigen Verordnungen, stellvertretend für unsere bayerischen Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der AfD – Zuruf)

Einen Zustand wie den heutigen hat es seit der Gründung der Bundesrepublik nicht gegeben. Ich kann nur alle Demokraten hier auffordern, dieses undemokratische Notstandsregiment zu beenden, unverzüglich und endgültig. Mit einer wöchentlichen Fragestunde ist es leider nicht getan.

Die AfD ist der parlamentarische Arm des Grundgesetzes.

(Beifall bei der AfD – Lachen)

Wir sind die Partei der Freiheit und der Garant der Verhältnismäßigkeit.

(Unruhe)

Wir leben in einer Demokratie und nicht in einer Virokratie.

Herr Söder, Sie warnen uns ständig vor einem Kontrollverlust. Dabei sind Sie es doch, der vor lauter inszenierter Corona-Panik außer Kontrolle gerät. Das wissen Sie, und deswegen schlagen Sie jetzt auf all diejenigen ein,

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Mit Kontrollverlust kennen Sie sich aus, oder?)

die Sie kritisieren.

Tagtäglich ziehen Sie die Daumenschrauben enger. Ihre Folterinstrumente sind Kontaktverbote, Maskenpflicht, Sperrstunden, Alkoholverbote und zuletzt Lockdown wie in Berchtesgaden. Wenn Sie wie eben die Maskenpflicht mit der Helmpflicht vergleichen, zeigt das, wohin die Reise geht: nämlich zu einer Maskerade auf Lebenszeit.

(Zuruf: So ein Quatsch!)

Fakt ist doch: Sie haben das bayerische Testchaos zu verantworten. Sie haben erst zu spät reagiert und dann zu hart durchgegriffen.

Fakt ist auch: Sie sind dafür verantwortlich, dass jetzt Millionen Menschen in Kurzarbeit oder bereits arbeitslos sind, dass zahlreiche Existenzen bedroht sind, dass traditionsreiche bayerische Gaststätten und Geschäfte schließen müssen, die Wirtschaftskrisen und Weltkriege überdauert haben, dass Krebspatienten nur unzureichend versorgt werden und Depressionen überhandnehmen, dass viele bayerische Kinder und Jugendliche nicht in die Schule bzw. in die Kita gehen können, dass Familien nicht mehr wissen, wie sie diese Mehrbelastungen stemmen sollen.

Die Legitimation Ihrer Corona-Politik ziehen Sie ausschließlich aus positiven Testergebnissen – ohne Daten über Krankenfälle. Sie stützen sie nicht auf die klinische Erfahrung; denn die Zahl der Testergebnisse explodiert, aber die Zahl von Erkrankten und Toten passt nicht dazu.

Zusätzlich sind wir abergläubisch in Bezug auf die Testergebnisse, die uns tagtäglich präsentiert werden. Dabei können Ihre sogenannten PCR-Tests nach Ansicht unzähliger Mediziner nicht einmal eine Vireninfektion nachweisen, sie sind im Grunde untauglich.

(Beifall bei der AfD)

All das spaltet unsere Gesellschaft. Es demoliert die Wirtschaft, es vernichtet unseren Wohlstand und gefährdet die Zukunft unserer Kinder. Prof. John Ioannidis, einer der weltweit führenden Epidemiologen, hat erst vor Kurzem festgestellt – Zitat –:

Der Mangel an empirischen Belegen bei der politischen Entscheidungsfindung in der globalen Reaktion auf die COVID-19-Pandemie ist ein Evidenz-Fiasko, wie es in einem Jahrhundert nur einmal vorkommt.

(Zurufe)

Deswegen: Schützen wir die wirklich Kranken, unsere Risikopatienten und unsere Senioren, aber stoppen wir diejenigen, die uns vor Angst und Panik krank machen.

(Beifall bei der AfD)

Die AfD-Fraktion hat bereits im Frühjahr eine Enquete-Kommission

(Zuruf)

zur Aufarbeitung der Corona-Krise gefordert.

(Zuruf)

Leider wurde sie von den übrigen Fraktionen abgelehnt.

Wir haben wesentlich dafür gesorgt, dass das bayerische Pandemiegesetz entschärft wurde und die Kontrollfunktion des Parlaments gewahrt blieb. Doch die Pandemie im Sinne dieses Gesetzes ist nie eingetreten; der Gesundheitsnotstand wurde nie festgestellt.

Doch statt des Gesundheitsnotstands ist in diesem Lande ein Wirtschafts- und ein Freiheitsnotstand ausgebrochen. Ich Sorge mich um Bayern, um die Zukunft unserer Kinder und um die Lebensleistung von Generationen. Gott schütze Bayern!

(Beifall bei der AfD – Zurufe)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Ich darf den nächsten Redner aufrufen: Herrn Florian Streibl von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön, Herr Abgeordneter Streibl.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer wieder eine Herausforderung, nach der AfD zu reden; denn der Realitätsverlust auf dieser Seite des Hauses ist unbeschreiblich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie geben wenigstens zu, dass Ihr gesundheitlicher Zustand nicht der beste ist, wenn Sie sagen, wir machten Sie krank vor lauter Angst und Panik.

(Zuruf von der AfD)

Angst und Panik sind die schlechtesten Berater. Wenn Sie die haben, verstehe ich ganz vieles von dem, was auf Ihrer Seite passiert.

Der Beitrag war schlicht und ergreifend in keiner Weise hilfreich und zeigt wieder einmal, wie weltfremd Sie letztlich sind; denn, meine Damen und Herren, die Demokratie lebt. Gerade in unserem Haus hier in Bayern lebt sie besonders. Schauen wir, was eigentlich im letzten halben, Dreivierteljahr passiert ist: Es gab eine Einigkeit hier im Haus wie nie zuvor. Auch die AfD hat bei den einschneidenden Maßnahmen, die wir getroffen haben, mitgestimmt.

(Zurufe)

Wir haben zwei Nachtragshaushalte beschlossen, haben das Infektionsschutzgesetz beschlossen,

(Zurufe)

haben über 300 Anträge zur Pandemie behandelt, haben drei Regierungserklärungen des Ministerpräsidenten und eine des Wirtschaftsministers zu dem ganzen Thema gehört. Mehr beteiligen und hier diskutieren konnte man in dieser kurzen Zeit wirklich nicht. Wenn das nicht demokratisch ist, dann weiß ich nicht, was es sonst sein soll.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Frau Schulze, das ist auch so eine Sache: Sie wollen auch mehr Beteiligung der Legislative. Gut, die Legislative sind wir. Wer soll uns mehr beteiligen, als wir uns selbst beteiligen können? Wir müssen uns das Recht nehmen, uns mit Anträgen und Gesetzesinitiativen in die Diskussion einzubringen.

Ich bin besonders auf die Fraktion der FREIEN WÄHLER stolz, die auch während eines Lockdowns an Ideen und Lösungsvorschlägen gearbeitet hat, diese hier eingebracht und mit dem Koalitionspartner diskutiert hat. Diese haben zu Ergebnissen geführt und werden jetzt umgesetzt und gelebt, wie zum Beispiel die Corona-Ampel oder ein Runder Tisch zu Corona. So sieht demokratische Beteiligung aus.

(Zurufe)

Es ist aber auch ein Vorrecht der Regierungsfractionen, dass sie den kürzeren Draht zur Regierung haben. Der Opposition ist es aber nicht verwehrt zu denken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Während des Lockdowns im Frühjahr hat man herzlich wenig von der Opposition gehört. Monate später meldet man sich zu Wort und sagt: Jetzt wollen wir auch mal was sagen. Also bitte schön!

(Zuruf)

– Gut.

(Zuruf)

Sie von den GRÜNEN wollen ein Corona-Transparenzgesetz. Schön. Wir als die Regierungsfractionen wollen Corona besiegen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, im März dieses Jahres haben wir für weitreichende Maßnahmen gestimmt und hier den Kampf gegen Corona, gegen die Pandemie aufgenommen. Wir alle haben gehofft, dass wir ein halbes Jahr später nicht in einem Zustand – wie jetzt – mit stark angestiegenen Infektionszahlen sind. Leider muss ich mein Statement aus dem März wiederholen: Meine Damen und Herren, die Lage ist ernst, sie ist sehr ernst, sie ist todernst. – An diesen Worten hat sich bis heute nichts geändert, und das Virus hat von seiner Gefährlichkeit und seiner Heimtücke nichts verloren. Schauen Sie sich an, wie sich dieser Saal in der Zeit verändert hat und wie sich unsere Lebensgewohnheiten verändert haben, das spricht Bände.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns dieser Gefahr stellen, aber der Kampf gegen Corona ist nicht aussichtslos; denn wir können gewinnen, wenn wir uns alle an die Regeln halten. Wir können den Menschen auch Zuversicht geben, dass das Leben weitergeht. Wir können Hoffnung geben, wenn wir kluge Politik machen, und wenn wir uns alle an die Grundregeln – Abstand halten, Hygiene, Mund-Nasen-Schutz, aber auch Lüften – halten. Dann kommen wir weiter. Dann ist ein Silberstreif am Horizont, der uns den Weg zeigt, den wir gehen müssen. Ich bin froh, dass CSU und FREIE WÄHLER eine Staatsregierung bilden, die diesen Weg erkennt und auch gemeinsam beschreitet.

Man mag vielleicht über manche Geschwindigkeiten auf dem Weg unterschiedlicher Meinung sein. Aber wir kommen gemeinsam voran, und wir gehen in die richtige Richtung. Das ist das Wichtige.

Wenn manche hier im Haus eher nach links abbiegen wollen oder nach rechts abbiegen wollen, verlieren wir nicht unser Ziel aus den Augen, das Virus zu besiegen. Wir

haben das Ziel vor Augen, dieses Land aus der Krise zu führen und mit einer Stärke aus der Krise zu führen, die Bayerns würdig ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Da ist ganz besonders der Zusammenhalt in der Bevölkerung gefordert. Dass wir hier Solidarität miteinander üben, dass wir erkennen, dass wir die Schwachen und die Gefährdeten schützen müssen, dass wir erkennen, dass es beim Mund-Nasen-Schutz nicht nur darum geht, sich selbst zu schützen, sondern in erster Linie darum geht, seine Mitmenschen zu schützen, ist, glaube ich, ein sehr hohes Ziel. Das müssen wir auch wieder in das Bewusstsein der Menschen bringen; denn in den letzten Wochen hat man eine gewisse Corona-Müdigkeit bemerkt. Man ist etwas freizügiger geworden und hat manchmal die Abstandsregeln nicht mehr so genau eingehalten. Man muss sich nur einige Fotos aus der Lokalpresse von vor zwei, drei Wochen anschauen, um zu wissen, ob die Abstände eingehalten wurden.

Diese Unvorsichtigkeit – man hatte sich zu sehr daran gewöhnt – büßen wir jetzt. Dafür müssen wir jetzt zahlen. Deswegen ist mein dringender Appell an alle hier im Land: Halten Sie sich an die Regeln! Denn dort, wo Regelwerke und Hygienekonzepte eingehalten werden, sind die Infektionen nachweislich zurückgegangen oder fast ganz verschwunden. Es ist dort gefährlich, wo man meint, sich nicht an Regeln halten zu müssen. Denn: "Man kennt sich ja, man ist sich vertraut." Deswegen kennt einen das Virus scheinbar nicht. Gerade dort, im vertrauten Umfeld, im vertrauten Bereich, wo wir uns sicher fühlen, ist die Gefahr groß. Auch dort dürfen wir nicht unachtsam werden.

Hierfür müssen wir das Bewusstsein wieder schärfen. Wir müssen verdeutlichen, dass gerade in diesem Bereich aufgepasst werden muss. Wenn wir auch dort aufpassen, dann können wir uns mehr Freiheiten in unserer Arbeitswelt und in unserer Freizeit, wenn wir zum Beispiel in die Gastwirtschaft gehen, leisten. Voraussetzung ist, dass die Regeln eingehalten werden.

Für unsere Koalition ist es enorm wichtig, Schulen und Kitas offen zu halten. Es ist ein zentraler Punkt, dass sie offen bleiben und vor einem generellen zweiten Lockdown geschützt werden. Das, meine Damen und Herren, gelingt nur dann, wenn wir alle uns an die Regeln halten und auch im privaten Bereich Vorsicht walten lassen. Wir sollten stets schauen, welche Begegnung, welches Treffen unbedingt notwendig ist. Denn dort lauert die Gefahr. Wenn wir auch insoweit vorsichtig sind, dann können wir die Kitas und die Schulen offenhalten. Damit schützen wir unsere Kinder, und wir bringen ihre Bildung weiter voran. Wir halten auch das Arbeitsleben aufrecht, das heißt, wir stärken die Arbeitskraft der Menschen und erhalten die Wirtschaftskraft Bayerns.

Deswegen noch einmal der dringende Appell, meine Damen und Herren: Halten Sie sich daran! Wir sehen uns zwar möglicherweise einem langen und harten Winter gegenüber; aber wie lang und hart er tatsächlich wird, das hängt von uns ab. Von jedem Einzelnen hängt es ab, wie wir diesen Winter bestehen.

Wenn wir Solidarität und Gemeinschaftssinn üben, dann werden wir diesen Winter gut überstehen, und er wird vielleicht nicht als "Corona-Winter" in die Geschichte eingehen. Wir müssen den Beweis liefern, dass wir diese Herausforderung letztlich bestehen können – zum Wohle unseres Landes.

Ein Hinweis ist auch notwendig: Über die Zeit sind so viele Regelungen entstanden, dass man leicht den Überblick verlieren kann. Wir müssen das Ganze wieder festzurren und einfache, überschaubare Regeln schaffen, die jedermann einsichtig sind und an die sich jeder halten kann; denn es müssen Regeln sein, die uns die nächsten Monate, vielleicht sogar Jahre, durchtragen. Wir brauchen klare Linien. Diese Regeln müssen, wie gesagt, gegebenenfalls auch in zwei, drei, vier Monaten noch gelten – so lange, bis es einen Impfstoff oder eine entsprechende Therapie gibt.

Wenn uns das gelingt, meine Damen und Herren, dann – davon bin ich überzeugt – können wir auch unter dem Stigma von Corona ein normales Leben führen, ein Leben, das uns auch wieder Lebensglück vermittelt, ein Leben, in dem wir wieder unsere

Freuden haben können und nicht dauernd vor einer dunklen Wand namens Corona stehen. Deswegen müssen wir schauen, dass wir die Regeln so formulieren, dass jeder es schafft, sie einzuhalten bzw. umzusetzen.

Weiterhin ist es wichtig, diejenigen zu schützen, die besonders gefährdet sind: die ältere Bevölkerung, die Menschen mit Vorerkrankungen. Auch hierfür brauchen wir gegenseitige Rücksichtnahme. Wir müssen insbesondere schauen, wie wir in den Pflegeeinrichtungen mit der Herausforderung umgehen. Daher bin ich besonders dankbar, dass unser Gedanke, einen Pflegebonus für Pflegekräfte vorzusehen, aufgenommen worden ist. Sie haben es wirklich verdient, weil sie in einer besonders schwierigen Situation waren. Wenn man in verschiedene Pflegeheime geschaut hat, weiß man, wie das Ganze abgelaufen ist. Wir müssen für den sozialen Umgang der Menschen miteinander und die Offenheit der Einrichtungen sorgen und trotzdem Schutz und Sicherheit schaffen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Des Weiteren ist es wichtig, die Wirtschaft – und damit unseren Wohlstand und den Fortschritt Bayerns – zu schützen. Hier gilt mehr denn je: Infektionsschutz ist Wirtschaftsschutz. Wenn wir uns vor der Infektion schützen, schützen wir auch unsere Wirtschaft, unseren Wohlstand und den Fortschritt in Bayern. Damit schützen wir das Fortkommen von uns allen, von allen, die hier in Bayern arbeiten, leben und ihr Auskommen haben wollen. Diese Herausforderung müssen wir weiterhin annehmen.

Ich bin froh, dass von der Staatsregierung, durch die beiden Nachtragshaushalte des Parlaments gestärkt, das Geld sinnvoll verwendet bzw. eingesetzt wird. Bisher wurden bereits 6.400 Darlehen und Bürgschaften im Wert von rund 1,2 Milliarden Euro bewilligt. Der BayernFonds ist ein Instrument, mit dem wir gerade dem bayerischen Mittelstand helfen und ihn unterstützen.

Dieses Kapital hilft uns, durch die Krise zu kommen bzw. durch die Krise getragen zu werden. Nur, wir müssen es klug und vernünftig einsetzen; denn wir wissen nicht, wie lang die Krise noch dauern wird.

Erfreulich ist, dass die Arbeitslosenquote wieder unter 4 % gesunken ist. Im Automobilbereich liegt der Export nur noch um 2 % unter dem Vorjahreswert. Das heißt, unsere Wirtschaft erholt sich langsam. Diese Erholung dürfen wir nicht gefährden, nicht leichtsinnig aufs Spiel setzen; denn ein zweiter Lockdown in ganz Bayern wäre die Katastrophe. Das wäre sicherlich das einfachste Mittel, das vielleicht in manchen Staaten im Osten dieses Planeten, in China, angewandt wird. Ein zweiter Lockdown von vier Wochen, und dann ist das Virus wieder für eine gewisse Zeit ausgetrocknet.

Aber, meine Damen und Herren, wollen wir das? Wir sind ein Freistaat, eine Republik, eine Demokratie. Wir wollen und können Mittel, mit denen wir die Freiheit der Menschen wirklich dauerhaft, das heißt permanent beeinträchtigen, nicht gutheißen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir wollen an die Vernunft zu appellieren. Wir brauchen Umsicht und Vorsicht, aber auch Zuversicht; denn nur dort, wo Zuversicht ist, erkenne ich den Weg, den ich gehen kann und gehen muss.

Was für uns auch wichtig ist: Kunst und Kultur. Bayern ist ein Kulturstaat. Kunst und Kultur wollen wir unterstützen und am Leben halten. Gerade in diesen Zeiten ist es von enormer Wichtigkeit, dass es Kunst- und Kulturschaffende gibt, die unseren Blick wieder auf die wesentlichen Dinge des Lebens richten. Sie sorgen dafür, dass wir nicht immer nur Corona sehen, sondern auch die Dinge, die das Leben lebenswert machen – und halten uns manchmal auch den Spiegel vor.

Daher werden wir als Regierungsfraktion uns dafür einsetzen, dass das Hilfsprogramm des Freistaates für freischaffende Künstlerinnen und Künstler bis zum Ende des Jahres verlängert wird. Aufgrund der besonderen Betroffenheit der Künstlerszene

wollen wir deren Zugang zu diesen Hilfen flexibler gestalten und ihn auch dann ermöglichen, wenn sie bereits Soforthilfen erhalten haben.

Auch an den Bund haben wir natürlich Bitten. Wir wenden uns an ihn mit der Bitte, dass die Überbrückungshilfen verlängert werden. In Zukunft sollten die Lebenshaltungskosten der Solo-Selbstständigen in Form eines fiktiven Unternehmerlohns berücksichtigt werden. Eine Mehrwertsteuersenkung bis zum Ende des Jahres – das sieht man – ist nicht ausreichend. Sie muss so lange erfolgen, bis Corona besiegt ist; vorher hätte die Wiederanhebung keinen Sinn. Das wären Signale von der Bundesebene, die wir gut gebrauchen könnten.

Des Weiteren ist neben der Wirtschaft natürlich die Schule eine große Herausforderung. Hierbei geht mein Dank an alle Lehrerinnen und Lehrer, an die Eltern und Großeltern, aber auch an die Kinder. Ein besonderer Dank gilt unserem Kultusminister Michael Piazzolo, dass es möglich war, einen Neustart nach den Sommerferien hinzubekommen und wieder Präsenzunterricht durchzuführen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dieser muss so lange, wie es nur möglich ist, aufrechterhalten werden; denn unsere Kinder haben es verdient, und die Bildung in diesem Land hat es verdient. Man sieht: Wenn die Bildung zurückgeht, dann kommen wieder die Geister aus der Vergangenheit mit Aberglauben und Irrsinn.

Meine Damen und Herren, hier der besondere Dank. Wir sind auch der Meinung, die Schule ist ein sicherer Ort für unsere Kinder. Dort gibt es Hygienekonzepte, es gibt Regeln, die beachtet und eingehalten werden. Daher sind sicher viele unserer Kinder in der Schule sicherer vor Corona geschützt, als wenn wir sie auf die Straße oder in den Partykeller schicken. Dort lauert die wirkliche Gefahr. Daher können wir mit dem Offenhalten der Schulen zwei Dinge erreichen: Wir können die Bildung aufrechterhalten, und wir können einen guten Beitrag zum Schutz vor Corona, zum Schutz vor weiteren Ansteckungen leisten. Darüber hinaus bin ich auch der Meinung, dass es

schwer vermittelbar wäre, wenn man jetzt auch hier die Schulen generell schließen würde. Das darf nicht passieren. Dass einzelne Klassen oder Schulen in Quarantäne kommen, wird man nicht verhindern können; aber ein genereller Lockdown, so wie er war, muss verhindert werden, denn gerade die sozialen Verwerfungen in unserem Land würden dann zu groß werden.

Ein weiterer Aspekt, über den wir uns freuen und den wir mit dem Koalitionspartner und der Staatsregierung eingeleitet und umgesetzt haben, ist ein Runder Tisch Corona, den wir gerade nicht nur auf politischer Ebene haben wollen, sondern auf wissenschaftlicher Ebene, und bei dem gerade Mediziner, Staatsrechtler,

(Zurufe)

Gesellschaftswissenschaftler und Philosophen beteiligt werden, um genau den Weg zu begleiten, der jetzt eingeschlagen wurde. Wir werden eine Veränderung in der Gesellschaft haben, die wir auch wissenschaftlich begleiten müssen, und an der Expertise, die hier versammelt wird, soll und muss auch der Landtag teilhaben können.

(Zuruf: Wir brauchen eine Corona-Kommission im Landtag! – Weitere Zurufe)

– Das wäre dann ein politisches Thema.

(Zurufe: Was machen wir denn sonst hier?)

– Ja, eben; aber wenn wir die Wissenschaft haben wollen, dann muss die Wissenschaft ihre Erkenntnisse bringen können, und diese kann man dann politisch diskutieren. Diesen Weg wollen wir begehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zum Schluss noch ein Gedanke, ein weiterer Punkt, den wir als Freie Wähler ins Spiel gebracht und vorangebracht haben: die Corona-Ampel – eine sinnvolle Einrichtung. Wir haben jetzt diskutiert, was passiert, wenn die Ampel auf Dunkelrot steht. Dazu wurde die Inzidenzzahl 100 ins Spiel gebracht. Ich frage mich nur, was passiert, wenn

die Ampel auf Violett steht, denn ich weiß nicht, ob das Pandemiegeschehen irgendwo stehen bleibt.

(Zuruf)

Wir müssen diese Ampel noch einmal dynamisch stellen und sagen: Wie müssen wir Werte anpassen?

(Zurufe)

Darüber hinaus müssen wir schauen, inwieweit wir den Inzidenzwert flankieren können, zum Beispiel mit folgenden Werten: Wie viele Personen sind im Krankenhaus? Wie viele sind auf der Intensivstation? Hierbei müssen wir noch mehr Transparenz bekommen. Bei dieser Ampel müssen wir vielleicht noch etwas nachbessern.

Aber eines ist wichtig: Wir dürfen uns, egal wie düster die Lage ist, unsere Hoffnung, unsere Zuversicht, aber auch unseren Optimismus nicht nehmen lassen, wir müssen zuversichtlich sein; denn wie sagte angeblich Johann Wolfgang von Goethe: "Auch aus Steinen, die einem in den Weg gelegt werden, kann man Schönes bauen."

Nutzen wir deshalb die Situation und schaffen wir Gutes und Schönes für unser Land! Bei unserer Koalition und bei unserer Staatsregierung bin ich sehr zuversichtlich, dass wir gut und sicher durch die Krise kommen und einmal sagen können: Wir haben das geschafft, weil wir zusammengestanden haben und uns alle in Bayern an diese Regeln gehalten und dadurch das Land vorangebracht haben. – Meine Damen und Herren, in diesem Sinne wünsche ich Ihnen alles Gute. Bleiben Sie gesund, Gott schütze Sie!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Streibl. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Die erste stammt vom Kollegen Fischbach, FDP-Fraktion. Bitte sehr.

Matthias Fischbach (FDP): Lieber Kollege Streibl, ich möchte jetzt gar nicht Ihren offen zur Schau gestellten Koalitionsstreit um die Corona-Ampel kommentieren, sondern darauf eingehen, was Sie vorhin zu den Beiträgen der Opposition gesagt haben. Sie haben kritisiert, es kämen keine Beiträge seit dem Lockdown, etwas Sinnvolles zu tun.

Dazu möchte ich mich noch einmal zurückerinnern. Sie erinnern sich vielleicht auch noch, wenn ich Sie gleich an Ihre eigenen Worte erinnere. Als der Kollege Hagen eine Wiederöffnung der Geschäfte unter Mundschutzpflicht gefordert hat – was dann wenig später übernommen worden ist –, haben Sie sich mit den Worten zitieren lassen: "Der Vorschlag der FDP, mittels Mundschutzpflicht den Einzelhandel anzukurbeln, kommt nicht nur zur Unzeit, sondern ist brandgefährlich."

Wie können Sie sich nach solchen Worten eigentlich noch hier hinstellen und behaupten, aus der Opposition komme nichts? Sie haben die sinnvollen Vorschläge der Opposition blockiert und gebremst. Seien Sie doch bitte einmal etwas bescheidener.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Streibl, bitte schön.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege, ich glaube, etwas, das uns hier im Hause alle kennzeichnet, ist wohl nicht übermäßige Bescheidenheit, und mit Ihren Worten haben Sie das wieder belegt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Nun folgt die nächste Zwischenbemerkung, diese ist von Herrn Prof. Dr. Hahn von der AfD-Fraktion. Bitte schön.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Streibl, ich wollte eigentlich Ihren Minister Glauber heute etwas fragen, nämlich was er über die Söder'sche Regierungserklärung sagt: Passt sie heute, oder gibt es – frei nach Kubicki – neben Herrn Söder heute noch eine

zweite traurige Figur? Zumindest ist er nicht da. Auch Herr Aiwanger ist nicht da und darf am Wochenende noch nicht einmal seinen Jägerpräsidenten wählen lassen, obwohl der Ministerpräsident eigentlich immer macht, was er will. Ist es nicht so, dass die Freien Wähler vielmehr nur ein grüner Platzhalter und temporärer Erfüllungsgehilfe der Söder-CSU sind? So werden es zumindest die Historiker von morgen sehen, und sie werden recht damit haben.

Hier meine Frage: Ob und wann kehrt bei Ihnen denn die vernünftige Einsicht wieder ein, liebe Freie Wähler, lieber Herr Streibl? Wann werden Sie sich endlich wieder eine eigenständige, eine bodenständige Parteimeinung leisten und nicht jeden Wahnsinn mitmachen?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke. – Herr Streibl, Sie haben das Wort.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Ich finde es äußerst dreist, wenn uns die inkarnierte Unvernunft nach unserer Vernunft fragt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Was Minister Thorsten Glauber denkt, das müssen Sie ihn selbst fragen. Er ist aus genau diesen Gründen heute nicht hier: weil er uns möglicherweise vor Infektionen schützen möchte, da er erkrankt, erkältet ist.

(Zuruf)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Streibl. – Ich darf als Nächsten Herrn Abgeordneten Horst Arnold, Vorsitzender der SPD-Fraktion, aufrufen. Bitte schön.

Ich nutze auch heute die Gelegenheit, unseren Offiziantinnen und Offizianten ganz herzlich zu danken, weil sie sich ausgesprochen sorgfältig um die Hygiene hier im Haus bemühen. Vielen herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Horst Arnold (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Solidarität ist keine Einbahnstraße, und wir stellen fest, dass sich das Virus dem nicht fügt. Das Corona-Geschehen stellt die Menschen, die Gesellschaft, uns alle auf hartnäckige Geduldsproben. Ja, wir stehen vor schwierigen Monaten, aber, Herr Ministerpräsident, wir haben auch schwierige Wochen und Monate hinter uns. Man kann nicht einfach auf Reset drücken, sondern man muss aus Fehlern lernen und darf diese nicht kleinreden oder in Sphären schieben, in denen die Verantwortung möglicherweise woanders verankert ist. Herr Söder, wer ankündigt, muss auch umsetzen, und zwar nicht irgendwie, sondern aus unserer Sicht sozial gerecht und vor allen Dingen nachvollziehbar.

(Beifall bei der SPD)

Auf Sicht fahren heißt nicht "Blindflug". Ich möchte Sie daran erinnern: Wir haben am 30.03. die Situation der Künstler und Solo-Selbstständigen angesprochen. Am 20.04. haben Sie in Ihrer Pressekonferenz verkündet, dass ein Programm kommen würde. Zu Beginn Juli wurden dann Zahlungen in Gang gesetzt. Jetzt sagen Sie selbst, dass es nicht funktioniert habe. Sechs Monate später muss ich nun hören, dass Sie die Forderung aufgreifen: Jetzt kommt der fiktive Unternehmerlohn. – Nehmen Sie auch das Stipendienprogramm für diese Menschen mit auf, das wir bereits vorgeschlagen haben; denn die Problematik ist damals wie heute die gleiche, aber Ihre Handlungsweisen waren immer defizitär, was das anbelangt.

(Beifall bei der SPD)

Die allermeisten Menschen in diesem Land haben eindrucksvoll bewiesen, dass sie, wenn es darauf ankommt, zusammenhalten – dafür mein, unser allerherzlichster Dank.

Dennoch: In jüngster Zeit sind die relevanten Corona-Zahlen wieder enorm gestiegen. Es ist daher die Aufgabe einer verantwortungsvollen Politik, wieder verstärkt Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung zu treffen. Meine Kollegin Frau Ruth Waldmann, die

die gesundheitspolitische Sprecherin meiner Fraktion ist, wird hierauf später noch näher eingehen.

Wir sind davon überzeugt: Die Menschen sind bereit, diesen Weg der Geduld, der Solidarität und der gegenseitigen Rücksichtnahme weiter mitzugehen, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind. Erstens. Die Menschen müssen die Maßnahmen verstehen und nachvollziehen können. Zweitens. Die Menschen müssen sich dessen gewiss sein, dass Ihnen die Politik nicht nur Dinge abverlangt, sondern sie weiterhin – oder noch besser: verlässlich – unterstützt. Das gilt vor allem für Familien, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, den Mittelstand, besonders vulnerable Personengruppen wie pflegebedürftige Menschen oder Menschen mit Behinderung und für die sozial schwachen Menschen in diesem Land. Vor allem diese Bevölkerungsgruppen müssen wir in den kommenden Monaten verlässlich im Blick haben, und das müssen diese Menschen auch spüren, Herr Ministerpräsident. Ankündigungen: Ja, sie müssen aber auch umgesetzt werden. Das ist verlässlich und effizient.

(Beifall bei der SPD)

Zwischenmenschliche soziale Kontakte sind für den Erhalt der Solidarität unerlässlich. Dabei will die SPD bei den Kleinsten beginnen; denn gerade in den Kitas und Schulen wird hierfür Fundamentales und Wichtiges geleistet. Deswegen erkläre ich auch mit Anträgen ganz deutlich: Dieser Bereich darf nicht allgemeinen Schließungserwägungen untergeordnet werden, und dieses Signal muss bei den Gemeinden, Städten, Landkreisen sowie bei den Schulbehörden deutlich und verbindlich ankommen, Herr Ministerpräsident. Es nützt nichts, etwas anzukündigen und dort, wo entschieden werden muss, Chaos zu erzeugen.

(Beifall bei der SPD)

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Bis auf wenige epidemische Notlagen ist unabhängig von anderen Maßnahmen alles dafür zu tun, um den Kita- und den Schulbetrieb zum Wohle der Kinder und Jugendlichen, aber auch der Familien, die eine Pla-

nungssicherheit im Arbeits- bzw. Erwerbsleben brauchen, aufrechtzuerhalten. Dieses Beispiel zeigt deutlich, dass Nachvollziehbarkeit und eine verlässliche Unterstützung die Leitplanken der weiteren Corona-Politik sein müssen. Deswegen brauchen wir eine Transparenzoffensive und eine Solidaritätsoffensive.

(Beifall bei der SPD)

Meine Kolleginnen und Kollegen, Solidarität braucht Vertrauen; darüber sind wir uns einig. Das Handeln der Staatsregierung hat aber gerade in den letzten Wochen für größere Irritationen gesorgt und war – vorsichtig formuliert – nicht unbedingt vertrauensbildend.

Ich nenne dazu drei Beispiele alleine aus den letzten sieben Tagen: Zum einen ist das die doppelte Kehrtwende des Gesundheitsministeriums in Bezug auf Ihre Verordnung zur Corona-Sperrstunde. Eine Sperrstunde um 23 Uhr oder doch nur einen Ausschankschluss? – Dieses Hin und Her hat viele Gastronomen verunsichert.

Gegenüber der höchst irritierenden Aussage von Verkehrsministerin Kerstin Schreyer: "Maske ersetzt Abstand" – das ist wörtlich zitiert – habe ich von Ihnen heute etwas anderes gehört. Was ist da los? – Kann man da in irgendeiner Art und Weise einmal eine Formation gewinnen?

Des Weiteren warnt der stellvertretende Ministerpräsident Hubert Aiwanger beim Bayerischen Tourismustag am 19. Oktober 2020 eindringlich davor, über einen zweiten Lockdown zu diskutieren. Sie, Herr Ministerpräsident, machen indes genau das Gegenteil und sprechen zu Recht über die Gefahren, über das Problem. – Was ist das für eine Einheit? Wo kann man hier eine klare Sichtweise erkennen?

Vor diesem Hintergrund lautet mein wohlgemeinter Rat: Wenn Sie nach dem Bund rufen, ist das gut und schön; denn der Bund hat nicht zuletzt dank des beherzten Agierens des Bundesfinanzministers gezeigt, dass er es kann. Die Rufe nach dem Bund dürfen aber nicht von den kleinen und großen Problemen im Freistaat Bayern ablen-

ken. Der Freistaat ist zuständig für die Kultur und für die Sicherheit. Die Sperrstundenregelungen wurden bereits unter Stoiber abgeschafft und den Gemeinden überlassen; ein Dilemma, das wir nach wie vor noch immer bekämpfen.

Zeigen wir, was der Freistaat kann. Flüchten Sie nicht ins bundespolitische Gebüsch, wenn es eng wird, und stecken Sie sich keine fremden Verdienstfedern an den Hut!

(Beifall bei der SPD – Zuruf)

Herr Ministerpräsident, Sie waren bis vor Kurzem der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz und sind hier offenbar an Ihre Grenzen gekommen. Nun sind die Zahlen in Bayern aber leider akut, und der Kontrollverlust, den Sie vor einigen Tagen für das Land Berlin befürchtet hatten, hat jetzt leider beispielsweise auch Berchtesgaden mit einem diffusen Infektionsgeschehen erreicht.

Apropos Kontrolle: Der Wildwuchs an Ankündigungen und Maßnahmen, der Inhalt Ihres Bereichs aus dem Kabinett zeigt ganz deutlich, dass Krisenpolitik eine demokratische Kontrolle braucht. Herr Söder, ich erinnere daran, dass Sie zu Beginn der Corona-Pandemie einige Vorschläge von uns, auch von der SPD-Fraktion, aufgegriffen haben. Ich empfehle Ihnen: Tun Sie das weiterhin, und zwar jetzt erst recht, denn das kann der Qualität Ihres Regierungshandelns keinesfalls schaden.

(Beifall bei der SPD)

Vor diesem Hintergrund empfinde ich es als sehr irritierend, dass nicht nur Ihr Generalsekretär, sondern auch Sie selbst in den vergangenen Tagen verstärkt vor zu viel parlamentarischer Mitwirkung gewarnt haben. Das Signal,

(Zuruf)

das Sie senden, Herr Söder, ist diffus: Heute so, vorgestern ganz anders. – Da muss Klarheit hinein, damit das auch begriffen wird; denn sonst gefährden Sie das Vertrauen und die Akzeptanz der Bevölkerung, die Sie nach wie vor unterstützt; ich kenne

diese Geschichten. Sie müssen aber ebenso sehen: kleine Ursache, große Wirkung – und zwar auch exponentiell, wie Sie das insoweit verkündet haben.

Seitens der SPD-Landtagsfraktion haben wir substantielle Vorschläge für mehr Parlamentsbeteiligung vorgelegt. Ich nenne nur das Schlagwort "Parlamentsbeteiligungsverbesserungsgesetz". In Folge der Beratungen hierzu hat sich die Informationspolitik der Staatsregierung gegenüber dem Parlament tatsächlich erkennbar verbessert, und das erkennen wir auch an. Eine Information, wie zum Beispiel die jetzt angekündigte Fragestunde, ersetzt aber doch keine Mitwirkung. Auch Bundestagspräsident Schäuble hat jüngst deutlich gemacht, wie wichtig die Rolle des Parlaments in Krisenzeiten ist. Die öffentliche Debatte zeigt – ich zitiere – "dass der Bundestag seine Rolle als Gesetzgeber und öffentliches Forum deutlich machen muss, um den Eindruck zu vermeiden, Pandemiebekämpfung sei ausschließlich Sache von Exekutive und Judikative."

Gleiches gilt natürlich für den Landtag, und ich sage vor allen Dingen in Richtung der GRÜNEN und der FDP: Ja, das muss geschehen, aber bitte seriös und nachvollziehbar. Bei tiefen Grundrechtseinschnitten müssen für den Verordnungsgeber nachhaltige Leitplanken gesetzt werden. Das sollte jedoch praktikabel sein und auf dem Boden der Verfassung stattfinden. Seitens der SPD-Fraktion fordern wir deshalb: Rechtsverordnungen in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie bedürfen der Zustimmung und der Mitwirkung des Landtags.

(Beifall bei der SPD)

Des Weiteren ist der Sonderfonds Corona-Pandemie mitsamt seiner parlamentarischen Kontrolle 2021 fortzuführen und zu optimieren. Hierzu haben wir einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag vorgelegt.

Ihre vermeintliche Befürchtung, dass Regierungshandlungen durch derlei Maßnahmen gelähmt würden, kann ich persönlich nicht nachvollziehen; denn genau das Gegenteil ist der Fall. Herr Söder, machen Sie sich nicht selbst zum Getriebenen Ihrer eigenen

Ankündigungen, sondern nutzen Sie den demokratisch legitimierten Sachverstand des Parlaments.

Zudem brauchen wir neben einer Transparenzoffensive auch eine Solidaritätsoffensive. Dabei denke ich vor allem an diejenigen, die durch die Krise besonders gebeutelt und in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Ihnen müssen wir verlässlich zur Seite stehen; denn Durchhalteparolen alleine bringen die Menschen nicht durch die kommenden Monate. Seien wir uns bewusst: Der Winter steht bevor. Deshalb wäre es fatal, wenn wir nicht auch auf die soziale Gesundheit der Menschen und auf die ökonomische Gesundheit unseres Landes achten.

Was heißt das konkret? – Wir brauchen insbesondere für kleinere Betriebe weitere finanzielle Unterstützungsmaßnahmen und Liquiditätshilfen. Aber auch für Kultureinrichtungen, soziale Einrichtungen, für unsere Kommunen und alte Menschen, die ohnehin schon schwer über die Runden kommen, müssen wir diese Maßnahmen und Hilfen so bedarfsgerecht wie möglich und – jetzt sage ich es noch einmal – diesmal bitte auch praxistauglich ausgestalten.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage es Ihnen noch einmal: Wir müssen alles dafür tun, um den Präsenzbetrieb in Kitas und Schulen zu ermöglichen. Nur so verhindern wir weitere Bildungungerechtigkeiten. Herr Kreuzer, wir fordern deshalb in unserem heutigen Dringlichkeitsantrag für die Schulen, den Rahmenhygieneplan so zu ändern, dass eine Teilnahme am Präsenzunterricht spätestens nach dem zweiten negativen Testergebnis wieder möglich ist. Förderangebote müssen über das gesamte Schuljahr hinweg sichergestellt sein. Wir müssen insgesamt die Familien, Kinder und Jugendlichen noch stärker als bisher in den Blick nehmen und verlässlich unterstützen. Nochmals: Dies muss oberste Priorität haben. Ganz wichtig ist uns aber auch die seelische Gesundheit der Menschen, vor allem bezogen auf die sogenannten vulnerablen Personengruppen, also beispielsweise Menschen, die in Senioren- oder Pflegeeinrichtungen, in Einrichtungen für Men-

schen mit Behinderung leben oder die Geflüchtete sind. – Herr Söder, Sie haben am Montag vor einsamen Weihnachten gewarnt. Das müssen wir mit allen Mitteln verhindern.

Zuletzt noch ein dringender Appell: Vergessen wir nicht diejenigen, die im März, in den letzten Wochen und Monaten und auch jetzt wieder sprichwörtlich den Laden zusammengehalten haben. Im privaten wie im beruflichen Bereich waren es meist die Frauen. Das Spektrum des Systems der versorgungsrelevanten Berufe ist groß. Es umfasst die Kassiererin, die Pflegekraft, den Paketboten und die bereits erwähnten Erzieherinnen, Lehrerinnen und Lehrer, und, und und, übrigens auch die Polizei, die Verkehrsbetriebe, die Müllentsorgung, Transportunternehmen und viele mehr. Noch einmal: Wenn es nach der SPD-Fraktion ginge, würde seit dem 30.03.2020 auch der kulturelle Bereich dazugehören. Ich habe es Ihnen schon gesagt. Sie hätten schon längst umsetzen können, was Sie heute angekündigt haben. Sechs Monate sind ver-
tan. Leider Gottes haben diese Menschen ein Schicksal, das keiner mit dieser betroffenen Gruppe teilen möchte.

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD-Fraktion haben hierzu, jüngst erst zur Verbesserung der Situation von Beschäftigten im Einzelhandel, ganz konkrete Vorschläge erarbeitet. Für uns steht fest: Wir müssen hier an die strukturellen Rahmenbedingungen ran und insbesondere dafür sorgen, dass die Tarifbindung, die in vielen der genannten Betriebe wieder deutlich nach oben schnell, behandelt wird.

Herr Ministerpräsident, ich bitte Sie daher, all diese Punkte zu berücksichtigen und zügig aufzugreifen. Wir versprechen, das immer wieder hartnäckig anzumahnen; denn Ankündigen und Umsetzen bedarf auch einer Kontrolle. Bei so vielen Ankündigungen muss man diese Kontrolle verstärkt ausüben; denn das Signal, das am besten heute schon von uns allen hier im Landtag ausgehen muss, ist: Wir dürfen niemanden hängen lassen, und wir gestalten alle politischen Maßnahmen so nachvollziehbar wie

möglich. Bereits im März habe ich gesagt: Wir leben in einem starken Land. Sorgen wir deshalb dafür, dass die Menschen in diesem Land auch in den kommenden Monaten stark bleiben, damit wir die Herausforderungen gemeinsam meistern können; denn Solidarität ist keine Einbahnstraße.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Arnold, ich bedanke mich bei Ihnen. – Als nächstem Redner erteile ich dem Vizepräsidenten Dr. Wolfgang Heubisch für die FDP-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege. – Die Maske – bitte – wartet auf ihren Träger.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich natürlich, dass der Ministerpräsident nach geraumer Zeit heute wieder einmal den Weg ins Parlament gefunden hat.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Unruhe)

Das gibt mir natürlich die Möglichkeit, ihn auf den aktuellen Stand der Rolle des Parlaments und der parlamentarischen Opposition in einer Demokratie zu bringen.

Ich muss schon sagen, ich war mehr als erstaunt und persönlich auch sehr betroffen, dass die FPD in eine Ecke mit der AfD gestellt worden ist und wir als Freie Radikale verunglimpft wurden.

(Zuruf)

Dieses Wording aus der populistischen Mottenkiste schadet Ihnen als Partei am Ende mehr als uns.

(Beifall bei der FDP)

Verehrte Damen und Herren, wir haben damit auch eine klare Diagnose: Ja, die Nerven liegen in der CSU und in der Staatsregierung blank. Es läuft nicht so, wie man sich das vorgestellt hat.

(Zuruf des Ministerpräsidenten)

– Verehrter Herr Ministerpräsident, es freut mich, wenn Sie mich unterbrechen. Das bestärkt mich nur in meiner Überzeugung, dass ich richtigliege.

(Zuruf: Das sind nicht die Umfragewerte!)

Sie reden einfach unreflektiert. Sie geben Äußerungen von sich, die mich – ich muss schon sagen – sehr verwundert haben. Vielleicht sollten Sie insgesamt auch einmal Ihre Kommunikationsstrategie überarbeiten. Ich meine, deutlicher als mit der Rede vom Kollegen Streibl geht es doch nicht. Der hat doch Ihrem Vorschlag eines Inzidenzwertes von über 100, einer weiteren Ampelsignalschaltung, eine klare Absage erteilt. – Also Kommunikation geht anders! Ich stelle fest, Sie sind sich auch in der Regierung hier nicht einig.

Herr Ministerpräsident, ich kann mir schon vorstellen, dass Sie schon einigermaßen verzweifelt sind, nachdem Sie sich während des gesamten Sommers mehr oder weniger als Schutzheiliger in der Corona-Krise inszeniert haben und jetzt doch merken müssen, dass Ihr Corona-Krisenmanagement eben nicht so gut ist, wie Sie selbst ja immer wieder behaupten, im Gegenteil. Nach Ihrem Anspruch nämlich, immer der Beste zu sein, muss ich eigentlich feststellen: Das Krisenmanagement ist schlecht.

Nicht nur wir halten die Corona-Strategie nur zum Teil für richtig. Auch ausgewiesene Experten – und das wissen Sie genau – üben aus gesundheitswissenschaftlicher Sicht Kritik an Ihrem Kurs. Wir müssten auch das hier im Parlament gemeinsam diskutieren.

Ich erinnere Sie an Ihre Ankündigung: Ich weiß noch, mit welchem Aufwand, mit welchem Tamtam – ich war sogar begeistert – Sie damals eine Untersuchung mit Herrn Professor Hoelscher und Professorin Protzer hier vorgestellt haben. Dann hieß es: Im

August werden wir die Untersuchungsergebnisse vorstellen. Jetzt, fast Ende Oktober, ist immer noch nichts da. Verehrte Damen und Herren, ich mahne das an: Es wurde groß angekündigt, es muss endlich auch einmal umgesetzt werden.

(Beifall bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, ja, Fehler sind menschlich. Frau Huml macht Fehler. Herr Pia-zolo macht Fehler. Frau Schulze macht Fehler und Herr Arnold auch.

(Zurufe)

Fehler mache selbstverständlich auch ich. Wir alle machen Fehler. Das ist so im menschlichen Dasein. Die Frage ist nur, wie man mit Fehlern umgeht. Wir alle hinterfragen unser Verhalten und können Fehlritte auch zugeben. Herr Ministerpräsident, da haben Sie ein bisschen Schwierigkeiten: Einmal sind die Bürger schuld, weil sie die Sinnhaftigkeit der Maßnahmen hinterfragen, und morgen schieben Sie den Schwarzen Peter schon gern mal den Gerichten zu, weil sie es wagen, die Grundwerte weiter zu schützen.

Als Ministerpräsident kann man sich aber nicht aus der Verantwortung stehlen und alles den anderen in die Schuhe schieben. Ich erinnere an das Chaos mit den Corona-Tests. Der Ministerpräsident wollte damit nichts zu tun gehabt haben. Der Ministerpräsident war natürlich auch nicht verantwortlich für die digitalisierungstechnisch katastrophale Ausstattung der Schulen. Einem Ministerpräsidenten würde es in der Tat einmal gut zu Gesicht stehen, diese Schwächen einzugestehen.

Es ist höchste Zeit, sich der Verantwortung zu stellen und zuzugeben, dass Bayern eben nicht alles richtig gemacht hat. Sie sollten endlich die Hilfe der Oppositionsparteien annehmen und mit uns hier drin in diesem Plenarsaal darüber diskutieren.

Apropos Opposition: Genau diese Opposition hier, die gerade vor Ihnen sitzt, hat Ihnen einen immensen Vertrauensvorschuss gegeben hat, als Sie zu Beginn der Corona-Krise um dieses Vertrauen gebeten haben. Demgegenüber hagelt es nun Vor-

würfe, wir, die Opposition, würden uns nicht beteiligen und keine konstruktiven Vorschläge machen. Eine Auswahl dessen gefällig, was wir zum Beispiel eingebracht haben? – Wir als FDP-Fraktion waren die Ersten, die eine Maskenpflicht zum Einkaufen gefordert haben. Wir als FDP-Fraktion waren die Ersten mit einem Vorschlag zur Corona-Ampel. Wir als FDP-Fraktion waren die Ersten, die ein Maßnahmenpaket für die zweite Welle vorgelegt haben. Wir als FDP-Fraktion waren die Ersten, die ein Parlamentsbeteiligungsgesetz und damit

(Zuruf)

– doch, doch! – die Beendigung Ihrer Alleinherrschaft gefordert haben. Was war mit der Sonntagsöffnung? – Das haben wir immer wieder angesprochen und gefordert. Selbst die Prämie für die Lehrer, die Sie heute angesprochen haben, hat bereits der Kollege Fischbach hier eingebracht. Insgesamt haben die demokratischen Oppositionsparteien 197 Anträge eingebracht. Zum Vergleich: CSU und FREIE WÄHLER gemeinsam nur 44. Wenn der Ministerpräsident den Fraktionen vorwirft, keine Vorschläge in die Debatte einzubringen, kann er eigentlich nur die Regierungsfaktionen meinen.

(Beifall bei der FDP)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, handeln Sie lieber zum Wohle der Bevölkerung und machen Sie Ihre Hausaufgaben! Wo bleibt die Aufstockung der Tracing Teams? – Dringendst notwendig. Wo bleibt die Digitalisierung der Gesundheitsämter? – Wir kommen nicht voran. Wir haben bereits in unserem Zweite-Welle-Papier im Sommer die technische Stärkung der Gesundheitsämter angemahnt und eine einheitliche Softwarelösung gefordert. Was ist passiert? – Wenig bis nichts. Aufgrund unterschiedlicher Schnittstellen gibt es nach wie vor keinen reibungslosen Informationsaustausch zwischen den Gesundheitsämtern, den Laboren und dem RKI. Jedes Gesundheitsamt, verehrte Damen und Herren, arbeitet mit einer eigenen EDV. Das Gesundheitsamt Rosenheim kann mit dem Gesundheitsamt Traunstein nicht über eine Software kommuni-

zieren. Sie müssen sich gegenseitig Faxe zuschicken. Die Staatsregierung macht hier einfach nicht ihre Hausaufgaben. Wir brauchen dringend eine personelle und technische Stärkung dieser Gesundheitsämter. Oberstes Ziel muss es sein, Risikogruppen zu schützen und eine Überforderung des Gesundheitswesens damit zu verhindern.

Da Sie, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, schon hier sind und vielleicht dabei sind, über Fehler nachzudenken, hier noch weitere Anstöße: Ja, wir wissen, die Infektionszahlen steigen, und wir müssen Maßnahmen ergreifen, damit wir diese in den Griff bekommen. Das heißt aber noch lange nicht, dass Sie in der Bevölkerung Verunsicherung hervorrufen und mit den Gefühlen der Menschen spielen dürfen, indem Sie sagen, Weihnachten könnte sehr einsam werden. Herr Ministerpräsident, ich halte das nach den Erfahrungen im Frühjahr, als alte Menschen in den Alten- und Pflegezentren über Wochen und Monate hinweg allein waren, für nicht adäquat. Wir müssen positiv auf die alten Menschen zugehen und müssen allen Bayern ein gemeinsames Weihnachtsfest ermöglichen.

Verehrte Damen und Herren, die Digitalisierung – das hat Corona deutlich gezeigt – ist in diesen Zeiten notwendig wie nie. Wie war es bisher? – Man musste die Anträge immer analog einreichen. Das ist auch heute noch so. Ich frage mich: Wo ist eigentlich Frau Gerlach? Bis heute ist ihr Digitalisierungsministerium lediglich ein Feigenblatt. Es hat keine Kompetenzen; es hat keinen Einfluss; es hat überhaupt keine Bedeutung. Das Digitalisierungsministerium ist auf allen Ebenen außen vor, nicht nur, wie schon gehört, im Gesundheitswesen. Stattdessen ist das Finanzministerium mit seinem IT-Dienstleistungszentrum sozusagen allgegenwärtig. Unsinniger kann man Digitalkompetenzen in einem Kabinett nicht aufteilen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wie oft immer nur Ankündigungen! Ich habe das schon in der Wissenschaftspolitik oftmals kritisiert. Die Hilfsprogramme für die Bevölkerung sind nicht das, was man erwartet hat. Die durchschnittliche Dauer der Bearbeitungszeit wird übrigens bis heute von der Staatsregierung verheimlicht. Zahlreiche Anfragen von uns hierzu blieben bis heute unbeantwortet. Damit verstößt die

Staatsregierung gegen die Auskunftspflicht gegenüber den Abgeordneten. Das lässt für mich nur einen Schluss zu: Die Dauer der Bearbeitung muss so verheerend sein, dass die Staatsregierung, hier konkret das Wirtschaftsministerium, lieber gar keine Zahlen nennt.

Verehrte Damen und Herren, ja, ich spreche hier auch die Hilfe für Solo-Selbstständige und Künstler an. Ich bin froh, dass der Ministerpräsident heute wieder einmal eine Ankündigung gemacht hat. Ehrlich gesagt habe ich daran gezweifelt, ob Sie Bayern eigentlich wirklich als Kulturstaat erkannt haben, verehrter Herr Ministerpräsident. Kultur ist aber – das haben mehrere Vorredner betont – ein immens hohes Gut. Sie ist systemrelevant. Wenn man nachschaut, dann sieht man, dass das Kurzarbeitergeld im Bereich der Wirtschaft zwar schnell mal bis zum Ende des nächsten Jahres verlängert wurde; aber bei der Kultur schreibt man auf der Seite des Kunstministeriums lapidar: Die Förderung ist ausgelaufen – übrigens vor drei Wochen –, und wir bemühen uns um eine Verlängerung. – Daher fordern wir, endlich zu handeln. Sie haben es heute wieder einmal angekündigt.

Ich möchte ein paar Worte über die Qualität der Kultur sagen. Sie wurde hier noch nicht angesprochen: Die Kultur ist mit die größte Branche im Freistaat mit unzähligen Beschäftigten. 400.000 Menschen sind im Freistaat im kreativen Bereich erwerbstätig, im Übrigen ähnlich wie in der Automobilindustrie. Eine lebendige Kultur ist Garant und ein Bollwerk gegen rechts- und linksradikale Auswüchse in unserem Land. Die Kultur ist ein extrem wichtiger Bereich in unserer Bildung. Die Kultur, verehrte Damen und Herren, schützt unsere Demokratie. Die Kultur ist lebenswichtig. Das sollten wir alle verinnerlichen. Also: Ich warte, wie lange es dauert.

Bitte gehen Sie auch die Spielstätten an. Die Oper in München hat eine nahezu wissenschaftliche Untersuchung geliefert, wie weit man dieses Haus öffnen kann. Sie beruht nicht auf einem Gefühl, sondern hier wurde nahezu wissenschaftlich aufbereitet. Hier kann man weiter öffnen. Diesen Mut sollten wir auch in diesen Zeiten haben. Ich habe noch nie gehört, dass in einem Theater ein Corona-Ausbruch war.

Verehrte Damen und Herren, ich möchte anmahnen, auch den Studierenden, die 500 Euro im Monat bekommen, zu helfen: Was ist dann, wenn der Kontostand bei null ist? – Da müssen wir tätig werden, genauso bei Familien und Frauen, die oft zurückgeworfen sind. Und dass in der Schule nichts in Ordnung ist – Herr Ministerpräsident, wenn es nicht so traurig wäre, hätte ich fast über Ihre Aussage geschmunzelt, dass in der Schule alles in Ordnung sein soll. Da brauche ich mich weiter gar nicht zu äußern.

Verehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, es ist wichtiger denn je, die demokratische Opposition einzubeziehen und hier im Bayerischen Landtag gemeinsam den steinigen Weg zu einem coronafreien Bayern zu gehen. Wenn Sie allerdings darauf hoffen, dass die FDP jetzt still wird, dann haben Sie sich getäuscht. Wir werden unsere Stimme weiter erheben und weiter konstruktive Vorschläge einbringen. Seien Sie sicher, die FDP wird auch weiterhin rechtswidrige und unnütze Maßnahmen, wie das Beherbergungsverbot, kritisch hinterfragen. Wir nehmen unsere demokratischen Aufgaben und unsere demokratische Kontrolle sehr ernst. Wir werden die Grundrechte unserer Bürger schützen, so wie wir das seit Jahrzehnten immer gemacht haben. – Bleiben Sie alle gesund!

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Heubisch. – Als nächsten Redner darf ich Herrn Abgeordneten Bernhard Seidenath, den Vorsitzenden des Ausschusses für Gesundheit und Pflege, aufrufen.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werter Herr Ministerpräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Corona hält die Welt in Atem, auch Deutschland und Bayern. Es ist ein Langstreckenlauf, und wir sind erst am Beginn der zweiten Runde. Wir brauchen einen langen Atem und einen kühlen Kopf, bis ein Impfstoff oder ein potentes Medikament gefunden ist. Es gibt zwar einige vielversprechende Ansätze, aber noch ist unklar, wann der Durchbruch gelingt.

Das Virus verlangt uns allen viel ab. Nun sind Umsicht, gegenseitige Rücksichtnahme und die Beachtung der Regeln gefragt, damit wir den Trend umkehren und einen erneuten Lockdown als Ultima Ratio verhindern können. Wie wir heute gehört haben, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, haben wir den Instrumentenkasten um eine vierte Stufe unserer Corona-Ampel erweitert. Das ist gut. Eine Sperrstunde ab 21 Uhr und eine konsequente Maskenpflicht sind im Vergleich zu einem Lockdown mildere Mittel. Deshalb sind das sehr wichtige Maßnahmen.

Im Übrigen ist das Gesundheitssystem besser gerüstet als im Frühjahr, beim Ausbruch der Pandemie. Beispielsweise stehen mehr Intensivbetten zur Verfügung; aktuell sind es 4.800, von denen 3.200 die Möglichkeit zur invasiven Beatmung bieten. 1.600 weitere Intensivbetten stehen zur Verfügung. Die Krankenhäuser geben an, bei Bedarf weitere 1.400 Intensivbetten in Betrieb nehmen zu können, davon 1.100 mit invasiver Beatmungsmöglichkeit. Insgesamt könnten in Bayern also 4.300 schwer erkrankte Patientinnen und Patienten beatmet und versorgt werden.

Zum Vergleich: Mitte April mussten am Höhepunkt der Pandemie in bayerischen Krankenhäusern circa 770 Patienten invasiv beatmet werden. Wir haben also noch ein bisschen Puffer im System. Die aktuelle Auslastung der Intensivbetten ist noch erfreulich niedrig. Vorgestern, am 19. Oktober, waren in ganz Bayern 460 Betten mit COVID-19-Patienten belegt, davon 78 mit invasiver Beatmung.

Wir dürfen uns aber nichts vormachen: Diese Zahlen werden steigen; diese Zahlen haben einen gewissen Nachlauf zu den steigenden Infektionszahlen, sodass sie in den nächsten Tagen leider Gottes ansteigen werden. Wir hoffen, dass die Maskenpflicht dazu beigetragen hat, die Viruslast so gering zu halten, dass die einzelnen Infizierten die Erkrankung besser wegstecken. Wir wissen es aber nicht. Deswegen sind wir mit der Bereitstellung der Intensivbetten gut gerüstet.

Auch mit Blick auf das neue Pandemiezentrallager sind wir gut gerüstet. Der Ministerpräsident hat es angesprochen. Wir haben Vorräte an persönlicher Schutzausstattung

für die Leistungserbringer im Gesundheitswesen, an Verbandsmaterialien, an Laborausstattungen, an Desinfektionsmitteln, aber auch an lebenswichtigen Medikamenten für sechs Monate angelegt. Wir sind besser präpariert und gut aufgestellt. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht.

Das nützt aber alles nichts, wenn wir kein Personal haben, das damit umgehen kann, das die Intensivbetten betreibt und die persönliche Schutzausrüstung anzieht. Ich möchte an dieser Stelle ganz deutlich betonen: Wer in den Krankenhäusern und Arztpraxen als Heilmittelerbringer oder als Hebamme arbeitet, dem gehört unser großer Dank. Ein herzliches "Vergelts Gott" an Sie alle! Sie haben in der Pandemie Großartiges geleistet und leisten es weiterhin. Wir werden Sie wieder brauchen. Vergelts Gott dafür!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Bayern steht an der Seite aller Akteure im Gesundheitsbereich. Wie wir gerade gehört haben, betrifft das auch das Gesundheits- und Pflegepersonal. Wir sind froh, dass dieses vonseiten der Staatsregierung mit dem Corona-Pflegebonus als Dankeschön wertgeschätzt wird. Die Tarifvertragsparteien müssen das übernehmen und das Gehalt stetig aufstocken, damit nicht nur mit Dankesworten, ideeller Wertschätzung und einem Corona-Pflegebonus operiert wird, sondern auch mit einer dauerhaften Tarifsteigerung. Ich sage Danke an das Pflegepersonal, das auch bei der Ausbildung, den Arbeitsbedingungen, den Rahmenbedingungen und der Wertschätzung belohnt werden muss.

Wir müssen die Menschen in diesen Bereichen mitnehmen. Eine wichtige Herausforderung der nächsten Monate und Jahre wird sein, viele Menschen, die im Pflegebereich – in den Pflegeheimen, in den Krankenhäusern, aber auch in den Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen – arbeiten, mitzunehmen. Das wird eine wichtige Herausforderung der nächsten Monate, gerade wenn wir das Pflegesystem neu denken.

Neben dem Pflegepersonal gibt es auch den öffentlichen Gesundheitsdienst. Ich bin dem Ministerpräsidenten überaus dankbar, dass er diesen angesprochen hat. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gesundheitsämtern haben in den letzten Wochen und Monaten Übermenschliches geleistet. Ich bin dankbar, dass hier eine monetäre Anerkennung kommt; 500 Euro sind angekündigt. Vergelts Gott dafür! Dieses Dankeschön gilt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Gesundheitsministeriums und der Spitze des Hauses, allen voran Staatsministerin Melanie Huml und Staatssekretär Klaus Holetschek. Es ist keine einfache Zeit.

Nachdem die Liveübertragung beendet ist, muss Frau Schulze offenbar nicht mehr im Parlament bleiben.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Aber wäre Frau Schulze noch da, hätte ich sie gerne gefragt, woher sie die Information hat, dass der öffentliche Gesundheitsdienst in Bayern kaputtgespart worden sei. Damit kann sie nicht Bayern meinen oder hat nicht mit den Mitgliedern des Ausschusses für Gesundheit und Pflege ihrer Partei gesprochen. Es ist völliger Nonsens zu sagen, wir hätten den öffentlichen Gesundheitsdienst kaputtgespart.

Wir haben 3.000 zusätzliche Stellen geschaffen. Wir haben Contact Tracing Teams in alle Gesundheitsämter gesetzt. Wir haben eine Amtsarztquote eingeführt. Im nächsten Jahr sind erstmals 1 % der Medizinstudienplätze gezielt für Amtsärzte vorgesehen. Woher sie das hat, hätte ich gerne gewusst. Sie möge sich bitte einmal schlaumachen.

Bayern steht gut da und ist gut gerüstet, auch durch unsere Teststrategie. Wenn wir darauf achten, gerade vulnerable Personengruppen in den Alten- und Pflegeheimen, in den Einrichtungen für Menschen mit Behinderung und in den Krankenhäusern zu schützen, dann kommt es darauf an, Infizierte so schnell wie möglich zu identifizieren und die Infektionsketten zu unterbrechen. Deswegen: Schnelltestungen mit Schnelltests, PCR-Tests, wo immer das möglich ist, und Pooltestungen, damit mehrere Tests

auf einmal durchgeführt werden können. Wir haben heute gehört, dass eine Kapazität von 80.000 Tests pro Tag möglich ist. Im Schnitt erfolgen pro Tag 30.000 Tests. Das ist ein wirklicher Schutz vor Corona. Das gilt für die Menschen aus dem Berchtesgadener Land wie für die Menschen aus ganz Bayern. Das hätte ich Frau Kollegin Schulze gerne zugerufen. Sie hätte sich da gar nicht so aufmandeln müssen.

Das Entscheidende ist, dass wir die Menschen in den Altenheimen sowohl vor Corona als auch vor der Einsamkeit schützen. Im Grunde ist es nämlich egal, ob man an Corona oder an Einsamkeit stirbt. Mit der Strategie unserer Bayerischen Staatsregierung, unseres Ministerpräsidenten und unserer Gesundheitsministerin können wir beides unter einen Hut bringen. Diese Strategie ist richtig. Wir wollen ein neuerliches Besuchsverbot in den Heimen auf jeden Fall verhindern. Dafür sind die Testangebote, die allgemeine Testgarantie und die Testpflicht von entscheidender Bedeutung.

Meine Damen und Herren, heute wurde schon mehrfach von der Einbeziehung des Parlaments gesprochen. Als Vorsitzender des Gesundheitsausschusses kann ich nur darauf hinweisen, dass wir in jeder Sitzung Berichte zur aktuellen Corona-Situation bekommen. Dabei besteht die Möglichkeit einer Aussprache, die relativ viel Zeit in Anspruch nimmt. Das ist aber wichtig, damit wir als Parlamentarier aus erster Hand informiert werden.

Wir haben im Frühjahr intensiv über das Bayerische Infektionsschutzgesetz beraten. Ich habe heute nachgeschaut: Seit Beginn der Pandemie sind bei uns 405 Petitionen eingegangen, die wir in allen möglichen Ausschüssen, vor allem aber in meinem Ausschuss für Gesundheit und Pflege, beraten. Wir hatten eine Sondersitzung im August. Ich darf daran erinnern, dass wir gestern, bei der letzten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Pflege, einen Antrag behandelt haben, der für das heutige Thema enorm wichtig ist. Mit diesem Antrag sollen Langzeitschäden für COVID-19-Patienten möglichst vermieden werden. Wir wissen nämlich noch gar nicht, welche Folgen Corona hat. Wir wissen nur, dass es die Lunge angreift, dass der Herzmuskel und die Nieren betroffen sein können und dass es zu neurologischen Ausfällen kommen kann.

Wir wissen noch gar nicht, welche Spätfolgen auftreten können. Das Chronische Fatigue-Syndrom ist ebenfalls schon beobachtet worden.

Die Folgen von Corona sind weitgehend unbekannt. Für jüngere Menschen ist dies psychisch belastend. Wir wollen die Betroffenen in Bayern gut auffangen, indem wir eine eigene, auf diesen Kreis zugeschnittene Rehabilitation anbieten, eine Post-Corona-Rehabilitation. Deshalb haben wir gestern beschlossen, dass die Staatsregierung an die Akteure im Gesundheitswesen herantreten soll, um auf der Basis gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse über COVID 19 und dessen Spätfolgen die Auflage eines bayerischen Reha-Programms speziell zur Nachsorge von COVID-Patientinnen und -Patienten anzustoßen. Das ist der richtige Weg, den Bayern als Reha-Land Nummer eins gehen sollte. Mit 260 Reha-Einrichtungen und 50 hochprädiagnostizierten Kur- und Heilbädern sind wir für diesen Weg prädestiniert.

In dem gleichen Antrag, der gestern im Ausschuss beraten wurde, haben wir gesagt, dass wir die Pflege der Pflegenden erweitern müssen. Das betriebliche Gesundheitsmanagement für die Alten- und die Pflegeheime wollen wir weiter forcieren. Die Bediensteten haben diese Pflege verdient. Wenn weniger Pflegekräfte wegen Krankheit ausfallen, ist die Belastung für diejenigen, die im Beruf bleiben, geringer. Deshalb ist das genau der richtige Weg.

Meine Damen und Herren, ohne einen Zusammenhalt in der Gesellschaft geht es nicht. Rücksicht auf andere und Solidarität sind die Werte, die aktuell gefragt sind. Jeder Einzelne trägt Verantwortung im Umgang mit der Corona-Pandemie. Hier geht es um die Solidarität der Generationen, wie das der Herr Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung dargestellt hat. Wir sind kein Ego-Land. Wir sind gut gerüstet. Wir haben gelernt, mit der Pandemie umzugehen. Ich möchte hier ausdrücklich die Kinder loben. Für die allermeisten von ihnen ist es im sprichwörtlichen Sinn ein Kinderspiel, die Maske aufzusetzen. Sie machen das toll. Da können sich manche Erwachsene eine Scheibe abschneiden.

Das Virus lässt sich nicht bequatschen. Man kann mit ihm keine Pakte schließen. Es lässt auch keinen Raum für Perfektion. Wir müssen handeln, und wir müssen einmütig handeln. Das ist wie bei einem Fußballspiel, bei dem das Virus der Gegner ist: Zeigen wir uns als Team nicht einig, streiten wir über die Taktik oder macht der eine oder andere gar nicht mit, dann hat das Virus leichtes Spiel. Das gilt auch dann, wenn Miesepeter wie Wolfgang Heubisch dabei sind. Wolfgang, eines muss ich sagen. Ich weiß nicht, was du heute Mittag gegessen hast. Ich schätze dich sehr. Aber so habe ich dich noch nie erlebt. Statt Zwietracht zu säen, sollten wir hier eine große Gemeinschaftsleistung aufs Parkett legen. Nur dann haben wir eine Chance. Das habe ich vermisst.

(Zuruf)

Es ist wie bei der Prävention von Krankheiten: Wer bei der Prävention weniger tut, der muss nachher bei der Kuration mehr tun. Wer zur Vermeidung von Krankheiten wenig tut, muss nachher stärker leiden. Wir können gut durch diese Pandemie kommen, besser als andere, wenn alle mitmachen. Die Wahrscheinlichkeit, dass alles schwieriger wird, ist hoch. Der Winter kommt erst noch. Dann wird das Lüften in den geschlossenen Räumen immer schwieriger. Die Einschläge kommen näher. Wir haben ein sehr dynamisches Geschehen. Deswegen kann ich nur an alle appellieren: Lassen Sie sich nicht von Verschwörungstheorien und von Fake News ins Bockshorn jagen!

Übrigens Fake News: Darunter ordne ich auch die Rede der Noch-AfD-Fraktionsvorsitzenden ein. Das war eine peinliche und unsägliche Rede, die gespickt mit Fake News war. Ein Beispiel dazu: Im Netz kursiert gerade die Behauptung, wir hätten hier im Landtag schon im Jahr 2019 gewusst, dass Corona kommt und wir den Haushalt deshalb mit Milliarden aufgefüllt haben. Es gibt auch noch Menschen, die das glauben. Wir tagen hier öffentlich. Alles ist transparent. Jede Sitzung kann im Internet nachgesehen und nachgelesen werden. Trotzdem gibt es immer noch Menschen, die das glauben. Jeder kann nachvollziehen, wann welches Gesetz beschlossen wurde.

(Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

– Sie können sich gern zu Wort melden, dann können wir in einen Dialog eintreten, aber nicht auf diese Art und Weise. Ich war ganz sachlich.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Da Sie sich gerade so echauffieren: Ich denke, ich treffe keinen Falschen, wenn ich sage: Für Demonstranten wie die, die Ende August in Berlin aufgetreten sind, habe ich überhaupt kein Verständnis. Ich kann das nicht nachvollziehen. Ziel der Politik ist es, Leben und Gesundheit der Menschen in unserem Land so gut wie möglich zu schützen. Das haben wir heute eindrücklich vom Herrn Ministerpräsidenten gehört. Hier zum "Widerstand" aufzurufen, das schlägt dem Fass den Boden aus. Das ist Egoismus pur. Diese Demonstranten stellen ihre Persönlichkeitsrechte über die Grundrechte auf Leben und Gesundheit ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger! Dafür habe ich überhaupt kein Verständnis! Das geht so nicht!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns stattdessen zusammenhalten. Lassen Sie uns die Corona-Pandemie weiterhin mit gegenseitiger Rücksicht bestehen! Ich danke der Staatsregierung, Herrn Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder sowie allen Ministern und Staatssekretären, die ihre Politik genau daran ausrichten. Sie leisten hervorragende Arbeit. Wir können froh sein, dass wir hier in Bayern mit einer so zupackenden Exekutive leben können. Bleiben Sie gesund! – Ich danke Ihnen ganz herzlich fürs Zuhören.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Seidenath. Bleiben Sie bitte am Rednerpult stehen. – Sie haben noch eine Zwischenbemerkung vom Herrn Abgeordneten Ralf Stadler zu beantworten.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Seidenath, der Herr Ministerpräsident hat die Maskenpflicht mit der Helm- und Gurtpflicht verglichen. Müssen wir uns jetzt darauf einstellen, dass diese Regelung bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag gilt, oder wie schaut das aus?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Seidenath, Sie haben eine Frage zu beantworten.

Bernhard Seidenath (CSU): Mit ein bisschen gutem Willen und ein bisschen gesundem Menschenverstand hätte man das verstehen können. Der Vergleich war sehr treffend, dass die Maskenpflicht genauso wie die Gurt- und die Helmpflicht vor tödlichen Unfällen schützt. Wenn die Corona-Pandemie vorbei ist, brauchen Sie auch keine Maske mehr. Sie können sie natürlich aufbewahren, wenn Sie das wollen. Das ist Ihr Persönlichkeitsrecht. Da redet Ihnen keiner rein. Aber jeder andere wird sie wieder ablegen dürfen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Seidenath. – Als nächste Rednerin darf ich Frau Christine Haubrich von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN aufrufen. Bitte schön, Frau Abgeordnete Haubrich.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das ist die erste Ausgangsbeschränkung seit der Corona-Welle im Frühjahr im Berchtesgadener Land. Das ist hart für die Bevölkerung, aber notwendig, um die Lage wieder unter Kontrolle zu bringen; denn auch in vielen anderen Regionen steht die Ampel bereits auf dunkelrot. Berchtesgaden ist ein Warnzeichen für uns alle. Herr Ministerpräsident, mich würde schon interessieren, was denn für Vorsichtsmaßnahmen getroffen wurden, als etwa 2.500 Urlauber einfach nach Hause abgereist sind. Warum sind die nicht in Bayern getestet worden? Berchtesgaden muss doch kein zweites Ischgl werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Keiner will einen erneuten Lockdown, aber wir steuern sehenden Auges darauf zu. Ja, wir haben mit größter Anstrengung viel erreicht. Als Opposition haben wir aber auch miterleben müssen, wie vieles wieder verspielt wurde. Ja, da gehört es auch dazu, dass der Landtag wieder in die Entscheidungsprozesse und Diskussionen eingebunden wird. Wir leben schließlich in einer parlamentarischen Demokratie und brauchen keinen Wettbewerb der Ministerpräsidenten um die publicityträchtigsten Maßnahmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, dann brauchen Sie sich auf Ihren Pressekonferenzen auch nicht mehr darüber zu beklagen, dass es während der ersten Welle mehr Rückendeckung gegeben habe. Wir brauchen unsere ganze Kraft und den Schulterschluss aller politischen Kräfte, um jetzt noch das Ruder herumzureißen und das Schlimmste zu verhindern. Lassen Sie uns also im Dagegensteuern umgehend an einem Strang ziehen; denn das, was uns im Moment am meisten Sorge bereiten sollte, ist die schwindende Akzeptanz in der Bevölkerung für die Corona-Maßnahmen.

Die Polizeigewerkschaft berichtete vor einigen Tagen von immer aggressiver werdender Stimmung bei den Einsätzen im Zusammenhang mit den Corona-Regeln. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das darf nicht sein. Wir müssen die Bevölkerung mitnehmen und stärken. Wir müssen motivieren. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die wichtigsten Infektionsschutzmaßnahmen von allen Bürgerinnen und Bürgern verstanden und akzeptiert werden. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen und zu werben, dass Einschränkungen hingenommen werden.

Gleichzeitig müssen wir auch Lösungswege für diejenigen anbieten, die es besonders schwer trifft. Einschränkungen können nur akzeptiert werden, wenn man genau nachvollziehen kann, warum welche Maßnahme getroffen wird. Hier muss es in Zukunft entscheidend mehr Transparenz geben. Das erhöht in der Bevölkerung die Bereit-

schaft, den Weg mitzugehen und auch Verantwortung für das eigene Tun zu übernehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die meisten Bürgerinnen sind vernünftig und akzeptieren die notwendigen Entscheidungen. Doch viele sind auch müde; vor allem blicken sie bei diesem ganzen Wirrwarr von Maßnahmen nicht mehr durch. Das Maßnahmenwirrwarr der Staatsregierung sorgt für immer weniger Akzeptanz und Verständnis in der Bevölkerung. Das ist ein wahrer Nährboden für Corona-Leugner und für Personen, die versuchen, die Mund-Nasen-Bedeckung zu einer tödlichen Gefahr zu erklären.

Die größte Gefahr besteht jetzt darin, dass es in unserer Gesellschaft zu einer Spaltung kommt; denn so werden wir das Virus nicht in den Griff bekommen. Wir dürfen uns deshalb die Lage nicht schönreden. Wir alle stehen jetzt in der Verantwortung.

Die Aufgabe der Opposition ist es, zu diskutieren, zu kontrollieren und alternative Vorschläge zu machen. Wir haben schon jede Menge Vorschläge gemacht. Das hätte ich jetzt gerne Herrn Kreuzer gesagt, der aber leider nicht da ist. Wir haben schon im August Lüftungsgeräte für die Schulen vorgeschlagen. Das war aber nicht der einzige Vorschlag, wir haben noch viel mehr Vorschläge gemacht. Es wäre zum Beispiel im Moment wichtig, die Hygienemaßnahmen in den Betrieben weiter um einiges zu verstärken, damit unsere Arbeitnehmerinnen an ihren Arbeitsplätzen sicher arbeiten können.

Wir müssen die Gesundheitsämter noch konsequenter stärken. Die zusätzlichen 2.000 Mitarbeiter reichen nicht. Auch ein Bonus reicht da nicht. Die Gesundheitsämter haben vor der Krise ein Schattendasein geführt; es gab zu wenig Personal.

Eine weitere Maßnahme wäre, dort, wo man das tun kann, Antigen-Schnelltests einzusetzen. Dafür müssen diese Schnelltests aber leicht zugänglich sein. Wir müssen uns im Vorfeld bereits Gedanken darüber machen, welche Konsequenzen ein positives

Testergebnis haben soll; denn, ja, wir wissen auch, dass der Test noch gewisse Fehlerquoten hat. Schnelle Testergebnisse sind in der Pandemiebekämpfung im Moment überhaupt das A und O. Sie haben deshalb oberste Priorität. Lassen Sie uns hier auch die Universitätsklinik einbeziehen.

Wir haben auch neue, innovative Ideen eingebracht. Wir wollten zum Beispiel einen Testlauf für Gurgeltests, wie es im Moment einen in Österreich gibt. Damit wieder mehr Kinder schneller in die Schulen zurückkehren und dort anwesend sein können, ist uns ganz besonders wichtig, dass die Quarantänezeiten nach den neuesten Erkenntnissen der Wissenschaft verkürzt werden. Wir plädieren weiter schon lange für mobile Testteams, zum Beispiel um in den Schulen schneller agieren zu können und um Zeit zu sparen.

Die bayerische Polizei hat es, wie eingangs erwähnt, im Moment bei all diesen Corona-Einsätzen nicht leicht; auch hier wäre Unterstützung notwendig.

Erster Vizepräsident Karl Feller: Frau Kollegin, die Redezeit ist überschritten.

Christina Haubrich (GRÜNE): – Noch einen Satz. – Sie sehen, es fehlt uns nicht an Ideen. Wir können das Ruder noch herumreißen, wenn wir jetzt konsequent handeln. Packen wir es an!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Danke schön für Ihre Worte. – Ich darf als Nächsten Herrn Abgeordneten Magerl von der AfD-Fraktion aufrufen.

Roland Magerl (AfD): Wertes Präsidium, werter Ministerpräsident Markus Söder, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! "Man kann den Menschen nicht in einer Tour Angst machen." – Das stammt nicht von mir, das sagt der Präsident der Bundesärztekammer Klaus Reinhardt. Angst ist genau das, was Sie, Herr Söder, und Ihr Panikbeauftragter, Florian Herrmann, den Leuten machen.

(Zuruf)

Angst frisst Seele auf! Wir werden mit den Auswirkungen noch lange zu kämpfen haben. Herr Ministerpräsident, damit muss jetzt Schluss sein.

Man kann sich hervorragend hinter vielen Zahlen und Statistiken verstecken. 35 und 50 – das klingt für viele eher wie ein Tempolimit. In der Herbstzeit wurde jetzt zu viel gehustet, und die 50 wurden überschritten. Schon war das Kabinett böse und zieht die Zügel wieder an. Seien Sie froh, dass immer noch so viele Bürger den ganzen Schmarrn, der aus Ihren Ministerien ausdampft, schlucken. Hinzu kommt die Tatsache, dass Sie seit Monaten per Verordnung regieren, das Parlament außen vor lassen oder sogar andere Oppositionsparteien – weil sie sagen, dass es reicht – mit der AfD vergleichen. Faktisch kann in diesem Hohen Haus wahre Oppositionsarbeit – nämlich die Kontrolle der Regierung – nicht mehr stattfinden.

Zum Faktum der 7-Tage-Inzidenz von 35 und 50 auf 100.000 Einwohner: "Inzidenz" ist vermutlich das neue Unwort des Jahres 2020. Die Werte sind dabei völlig willkürlich. Herr Söder, die Menschen verstehen das nicht.

Kleines Beispiel: Im Landkreis Regen waren in einer Woche 53 Personen positiv auf das Virus getestet worden. Das macht bei 77.000 Einwohnern eine Inzidenz von 68 pro 100.000. Die Medien stürzen sich darauf wie die Geier, fordern Lockdown und Einschränkungen; die Welt geht unter. – Werden dagegen in München 53 Personen in einer Woche positiv getestet, gäbe es eine Inzidenz von unter 4.

Sie lassen dabei zwei Dinge völlig außer Acht: Im Landkreis Regen laufen Sie erst einmal eine halbe Stunde um den Arber, bis Sie auf ein weiteres Lebewesen stoßen. In München sind Sie noch nicht einmal bei der Ostpforte draußen, bevor Sie von einem Isarpreißen mit einem E-Scooter überfahren werden. Zahlen hin oder her, die Kirche sollte immer noch im Dorf bleiben!

Es gibt mehr Faktoren zu beachten als nur den einen Wert. Viel wichtiger ist doch, dass jemand, nur weil er positiv getestet wurde, noch lange nicht erkrankt ist. Das ist doch eigentlich der springende Punkt.

(Zuruf)

Es gab von führenden Köpfen in Deutschland ohnehin schon viel Kritik. So sollten nicht alle und jeder, wie Sie, Herr Ministerpräsident, es gerne haben wollen, sondern nur die Menschen getestet werden, die auch Symptome haben.

(Beifall bei der AfD)

Sonst schlägt natürlich auch jeder in der Statistik auf, der gar keine Symptome hat. Dazu kommt noch, dass wir auch Patienten als infiziert ansehen, die beim PCR-Test einen Ct-Wert von über 35 haben. Auf gut Deutsch: Es bräuchte also 35 Durchläufe, bis das Virus im Test überhaupt nachweisbar ist. Führende Virologen sagen, dass die Viruslast dann so gering ist, dass diese Leute überhaupt niemanden mehr anstecken können. Das ist aber nichts für die Öffentlichkeit; denn das macht ja keine Angst.

Wissen Sie, wie viele Intensivbetten heute früh in Bayern mit COVID-19-Patienten belegt waren? – 94, davon waren 49 Patienten beatmet. Das sind 2,23 % aller bayerischen Intensivbetten. Wir hatten Grippewellen, die schlimmer waren, und haben weder die Leute weggesperrt noch Kinder traumatisiert oder das Parlament konsequent übergangen, ja, man möchte schon fast sagen: entmachtet. Was macht die Staatsregierung? – Die Polizei bekommt gerade Druck, weil die Zahl der Corona-Anzeigen zu niedrig ist. Das erzählen uns reihenweise Polizisten, die langsam selbst die Nase von dem Irrsinn voll haben. Am Freitag ist nun auch noch ein bayernweiter Corona-Kontrolltag angesetzt.

(Zuruf)

Ich habe ehrlich kein Verständnis für das ständige Lamentieren, dass wir vor einer Katastrophe stehen. Seit April warnen Sie vor der zweiten Welle. Jetzt, endlich, wo auch

die jährliche Grippesaison von Kalenderwoche 40 bis Kalenderwoche 15 da ist, steigen die Zahlen. Mit Maß und Ziel kommt man vor eine Lage, Sie aber schießen weit über jedes Ziel hinaus. Sie sind getrieben von Angst oder von Profilierungssucht oder vom Blick auf ein Kanzlerhäuschen in Berlin mit guter Aussicht.

(Beifall bei der AfD – Unruhe)

Dafür spielen Sie aber mit zurechtgebogenen Fakten und lassen jede Angemessenheit vermissen. Was wollen Sie damit erreichen, Herr Söder? – Die maximale Verwirrung und Angst, um vom eigenen Versagen abzulenken? Wollen Sie viel testen und kontrollieren, um schöne Zahlen zu präsentieren? Selbst anderen Bundesländern ist hier und da dieser Weg zu blöd. Was Sie schaffen, das ist nicht die Verhinderung einer möglichen zweiten Welle, sondern die nachhaltige Spaltung unserer Gesellschaft. Wir wollen das nicht.

(Beifall bei der AfD)

Sie brauchen nur zu sehen, wie mittlerweile mit den Menschen umgegangen wird, welche die Maßnahmen kritisch hinterfragen. Diese werden öffentlich als Covidioten, Aluhutträger, Verschwörungstheoretiker oder Nationalsozialisten angeprangert. Das erinnert schon fast ein bisschen an das Mittelalter. Selbst das Netzwerk "Evidenzbasierte Medizin" muss sich für das Hinterfragen der Maßnahmen rechtfertigen. Das geschieht in einem Land, das die freie Meinungsäußerung noch im Grundgesetz stehen hat.

Bevor nun wieder die Zwischenrufe kommen, wir wären alle Corona-Leugner: Nein, wir leugnen Corona nicht. Wir stellen lediglich die absolute Gefährlichkeit dieses Virus in Frage. Vor allem aber stellen wir die Verhältnismäßigkeit der sogenannten Corona-Schutzmaßnahmen in Frage. Als COVID-19 in Bayern ausbrach, war ich auch für schnelle Maßnahmen zur Eindämmung, so wie meine gesamte Fraktion. Es gelang, das Gesundheitssystem nicht zu überlasten.

(Zuruf)

Im Mai und im Juli war aber alles im Griff. "Flatten the Curve", diese Vorgabe wurde erreicht, dennoch griffen die Corona-Maßnahmen fast über den ganzen Zeitraum bis jetzt. Von den 9.500 Corona-Toten starben 9.000 bis Juni. Seitdem ist es eher ruhig. Wobei auch das wieder Zahlenspielereien sind. Sind die Leute an, oder sind sie mit Corona gestorben? Wäre mancher nicht sowieso gestorben? – Ich weiß, dass es auch schwerste Verläufe gibt, weil das Virus Zellmembranen schädigt. Ein Bekannter von mir, in jüngeren Jahren, hat ziemlich lange mit den Folgen einer Infizierung zu kämpfen gehabt. Von daher ist Covid-19 sicher nichts, was man auf die leichte Schulter nehmen darf, wenn man denn wirklich schwer erkrankt. Schwer erkrankt sind aber glücklicherweise wenige. Dafür müssen wir nicht alles aufs Spiel setzen. Das Leben birgt nun einmal Risiken. Alle einschränken und wegsperren für Promillezahlen und für schwere Verläufe? – Wirklich nicht.

(Beifall bei der AfD)

Wir wissen doch mittlerweile mit Risiken umzugehen. Nein, es braucht keinen erneuten Lockdown, Nein, es braucht keine halb erfrorenen Schüler, denen man beim Dauerlüften erzählt, ihre Oma stirbt, wenn sie neben dem Banknachbarn sitzen und keine Maske tragen, so wie Sie, Herr Söder, das im Radioprogramm "RT1" getan haben. Nein, es braucht kein Homeschooling und kein Herunterfahren der Wirtschaft mehr. Nein, in vielen Bereichen braucht es auch keine Maske, schon gar nicht im Freien. Dort schützt sie vielleicht vor Bußgeldern, aber ganz sicher nicht vor Viren.

(Beifall bei der AfD)

Unseren Kindern tun sie einfach nicht gut. Noch dazu sind die Kinder keine Super-spreader. Das sagen ebenfalls die Virologen, das sage nicht ich.

(Unruhe)

Selbst einer Ihrer Gesundheitsamtsleiter, der in Aichach-Friedberg, geht in Remonstration. Das sollte Ihnen doch zu denken geben. Dazu braucht es auch keinen Minister-

präsidenten, der ohne Sinn und Verstand handelt und nicht einmal die Grundlagen des Handelns ordentlich nachweisen kann. Die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen ist momentan absolut nicht gegeben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Sie haben in Ihrer Rede konstruktive Vorschläge gefordert, wir haben einen 20-Punkte-Plan erarbeitet, auf den ich jetzt zusammengefasst eingehen möchte.

Hören Sie sofort auf, das Parlament zu übergehen und die Grundrechte der Menschen mit Füßen zu treten. Wir haben die Pflicht, hier für die bayerischen Bürger zu arbeiten, auch wenn krampfhaft versucht wird, die Opposition daran zu hindern. Jetzt kommt sogar noch der Corona-Massentest im Landtag, vermutlich, damit Sie danach alles alleine machen können. Wir brauchen keinen Alleinherrscher in der Staatskanzlei und auch keine Stigmatisierung von Bürgern, die aus gesundheitlichen Gründen keine Maske tragen können.

(Beifall bei der AfD)

Lassen Sie unsere Kinder in Ruhe. Keine Maskenpflicht schon bei Grundschulkindern! Kein Zu-Tode-Lüften in Klassenzimmern, kein Homeschooling. Die Kinder sind keine Superspreader. Wir brauchen Regelbetrieb in den Schulen und auch an den Universitäten. Wer unsere Kinder mit dem ganzen Schmarren traumatisiert, traumatisiert unsere Zukunft.

Lassen Sie Unternehmer und Arbeitnehmer in Ruhe. Keine Einschränkungen der unternehmerischen Tätigkeiten und ein Recht auf mobiles Arbeiten. Wir fordern aber auch wieder die Insolvenzpflicht. Keiner soll bei einer wirtschaftlichen Leiche arbeiten müssen, die durch Zuwendungen noch ein wenig zuckt. Keine Einschränkungen mehr in der Gastronomie. Das heißt, die Verantwortung wird wieder den Wirten übergeben. Dazu auch keine Registrierungspflicht mehr. Ihr Innenminister hat gezeigt, dass man die Listen eher zur Strafverfolgung als zur Pandemiebekämpfung nutzt. Zudem sollen

die Leute wieder frei reisen können. Wir reden hier immerhin über denkende Wesen, nicht über Leibeigene.

Das Wichtigste aber: Ändern Sie sofort Ihr Schutzkonzept. Keine Quarantäne bei negativen Tests.

(Beifall bei der AfD)

Schutzmaßnahmen für Risikogruppen. Keine Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen mehr. Ausschlaggebend muss die Zahl der Erkrankten und nicht die Zahl der Infizierten sein, wenn Schutzmaßnahmen ergriffen werden. Die Messgröße darf nicht mehr die reine Inzidenz sein. Deshalb: Hören Sie jetzt bitte auf, die Menschen in Angst und Schrecken zu versetzen, wo es weder Angst noch Schrecken braucht, sondern nur Verstand und ein bisschen Fingerspitzengefühl.

(Anhaltender Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Magerl. – Als nächste Rednerin darf ich Frau Kollegin Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion aufrufen. Die SPD-Fraktion hat noch etwa 11 Minuten Redezeit.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Jetzt fahren wir besser erst einmal wieder alle herunter.

(Heiterkeit)

Herr Ministerpräsident Söder, Sie haben uns in diesen Tagen mit der Aussage überrascht, Sie sähen, dass der Föderalismus an seine Grenzen komme. Da reibt man sich richtig verwundert die Augen. So etwas hat man aus Bayern noch nicht gehört. Was wollen Sie uns damit eigentlich sagen? Ist da vielleicht auch ein wenig Selbstkritik dabei?

In schöner Regelmäßigkeit, nämlich immer kurz vor den Treffen auf Bundesebene – die Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin –, lassen Sie sich mit sehr staatstragenden

Worten hören: Es brauche ein gemeinsames Vorgehen, bundeseinheitliche Regeln, ein Verständnis von Solidarität und Miteinander. Das klingt vernünftig, und das kommt auf Bundesebene auch gut an und führt dazu, dass Sie diese weise Botschaft in allen Interviews wie beispielsweise bei "Tagesthemen" oder "heute" und auch sonst überall ins Land tragen können. Leider ist das aber nur politische Folklore. Meistens sind Sie am nächsten Tag der Erste, der von den gemeinsamen Regeln abweicht. Warum soll in Bayern eigentlich die Sperrstunde schon ab 22 Uhr gelten, wenn zwei Tage zuvor eine gemeinsame Regelung auf Bundesebene für 23 Uhr vereinbart wurde? Heute haben Sie alle mit einer neuen Sperrstunde überrumpelt. Warum eine Maskenpflicht in Betrieben ab Grenzwert 50, von der Sie auf Bundesebene kein Wort gesagt haben? Besser als immer neue Extras zu ersinnen wäre es, die Regelungen, die wir hier durchsetzen wollen, tatsächlich gerichtsfest zu machen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, es gibt sehr viel zu tun. Das haben Sie selbst gesagt. Wir müssen dabei die Menschen mitnehmen, und dazu gehört, dass wir uns auf weiter ansteigende Zahlen sorgfältig vorbereiten müssen. Viele werden zusammenwirken müssen, um schlimme Entwicklungen, wie wir sie leider in den Nachbarländern sehen, abzuwenden. Dazu passt es aber leider nicht, dass Sie ständig eher erratische Entscheidungen und einsame Verordnungen hervorbringen, mit denen Sie die Menschen überraschen, oft auch überrumpeln. Damit meine ich nicht nur die allgemeine Bevölkerung wie beispielsweise im Berchtesgadener Land. Dort werden jetzt die gleichen Methoden wie im März angewandt. Als ob wir in dem halben Jahr dazwischen nichts dazugelernt hätten! Jetzt werden wieder Ausgangsbeschränkungen statt Kontaktbeschränkungen verhängt. Dabei wissen wir doch inzwischen, dass das Verbot, das eigene Haus zu verlassen, sehr weit geht und es eigentlich darauf ankommt, die Zahl der Kontakte zu beschränken und diese nachzuverfolgen. Dazu braucht es aber vor allem gut ausgestattete Gesundheitsämter. Deren Situation ist in Bayern schlecht. Sie sind personell und finanziell völlig überlastet. Sie haben es heute sogar selbst erwähnt.

Sie erlassen auch ständig neue Verordnungen, die die Kommunen umsetzen müssen und deren Umsetzung sie dann auch bezahlen müssen. Beim Gesundheitsdienst war zwischen Bund und Ländern vereinbart, 5 Personen pro 20.000 Einwohner zur Kontaktverfolgung einzusetzen. Das wären für Bayern 650 Teams. In Bayern gibt es aber nur 288 solcher Teams. In Bayern bleiben somit rund 80 % der Ansteckungsursprünge unerkannt. Das ist im bundesweiten Vergleich ein schlechter Wert.

Letztlich ist es ein solcher Personalmangel, der wie jetzt in Berchtesgaden zu Lock-downs führen kann, weil Kontakte nicht mehr nachverfolgt werden können. Wir brauchen mehr Personal für die Gesundheits- und Ordnungsämter. Was wir nicht brauchen, ist eine weitere symbolische Bonus-Aktion. Wir brauchen finanzielle Hilfen für die Städte und Landkreise, um die Mehrkosten für die neu aufgestockten Gesundheitsämter tragen zu können.

Es gäbe auch andere Maßnahmen, wie wir die Gesundheitsämter entlasten könnten, nämlich zum Beispiel durch eine andere Strategie bei der Auswertung der Tests. Ich spreche von "gepoolter Auswertung", bei der nicht jedem Einzelkontakt nachtelefoniert wird, sondern konkret danach gesucht wird, wo sich eine infizierte Person in größeren Menschenansammlungen aufgehalten hat. Da gibt es Modelle, die nicht neu sind und die wir anwenden können. Diese Modelle machen unsere Nachverfolgungsstrategien effizienter, vor allem wenn es jetzt Schnelltests und mehr Tests gibt. Wir könnten auch ein japanisches Modell in der Nachverfolgung einführen. Das haben wir schon mehrfach vorgeschlagen. Nicht jeder Kontakt muss einzeln abtelefoniert werden.

Ihre Erlasse gehen aber auch an vielen anderen Akteuren vorbei, seien es die Betriebe, die sich kaum auf immer wieder überraschende Einschränkungen einstellen können, oder auch die Träger von Kliniken sowie von Wohn- und Pflegeheimen, die immer wieder mit massiven Herausforderungen überrumpelt werden. Da kommen Aufnahmestopps und Besuchsverbote, dann plötzlich und unvorbereitet Öffnungen und jetzt wieder Beschränkungen. Sie müssen diejenigen mitnehmen, die von Ihnen angeordneten Maßnahmen ergreifen sollen und die damit leben müssen.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehören auch Hilfsorganisationen wie das Rote Kreuz, das THW und nicht zuletzt auch die Pflegekräfte sowie die Ärztinnen und Ärzte. Sie sprechen umfangreiche Testversprechen aus. Erfüllen müssen Ihre Ankündigungen dann aber andere, die darauf erst einmal gar nicht vorbereitet sind. Auch vergeben Sie Aufträge, die man gar nicht erfüllen kann, wie zum Beispiel bei den Teststationen an Autobahnen. Da mussten Ehrenamtliche oder die Bundeswehr als "Feuerwehr" einspringen. Das ist keine gute Vorbereitung. Wir wollen nicht immer wieder in chaotische Situationen kommen. Also beziehen Sie bitte die, auf die es ankommt, die die Maßnahmen tragen müssen, mit ein, bereiten Sie sie vor, nehmen Sie ihre Erfahrungen auf, wenn Sie Ihre Entscheidungen treffen.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört selbstverständlich auch das Parlament. Dazu ist heute schon einiges gesagt worden. Wir müssen wegkommen von dieser Bonus- und Rabattbeschwichtigungs- und Symbolpolitik. Das merken die Leute auch.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt ein paar Boni zu verteilen, ist nicht die Lösung, die unsere Gesundheitsämter brauchen. Am Ende ist dies auch noch eine zusätzliche Verwaltungsaufgabe. Ja, wir haben konkrete Verbesserungsvorschläge, was die Digitalisierung angeht. Nehmen Sie dieses Geld mit in die Verhandlungen über die FAG-Mittel. Machen Sie ein besseres Angebot für die Kommunen, damit Sie die Gesundheitsämter entsprechend ausstatten können.

(Beifall bei der SPD)

Dafür können Sie dieses Geld verwenden.

Jetzt gibt es schon wieder die Ankündigung einer neuen Sperrstunde ab 21 Uhr. Das bedeutet für viele de facto eine Schließung. Herr Ministerpräsident, es bringt nichts, wenn Sie die Bevölkerung um 21 Uhr gleichsam "ins Bett stecken" wollen. Es geht um einen vernünftigen Umgang mit den Kontakten. Es bringt nichts, besonnene Menschen, die sich an Abstands- und Hygienemaßnahmen halten und Masken tragen, daheim einzusperrern.

(Beifall bei der SPD)

Die Neuinfektionen treten vor allem auf Privatfeiern und in Pflegeheimen auf, nicht aber in der Gastronomie, wo es klare Hygienekonzepte gibt. Die Gastronomie wird in diesem Zusammenhang vom RKI nicht problematisiert, noch nicht einmal erwähnt. Bei 23 Uhr kann man vielleicht noch damit argumentieren, dass nächtelange Partys unterbunden werden sollen. In Berlin wurden Sperrstundenregelungen auch schon wieder von Gerichten gekippt. Das wollen wir hier nicht erleben. Das wäre wirklich fatal. Die Entscheidungen müssen gerichtsfest und damit auch demokratisch legitimiert sein. Auch das wäre, glaube ich, ein wichtiger Faktor, um sie zu untermauern. Es geht doch gerade darum, dass wir noch lange – vielleicht Monate und Jahre – mit dem Virus leben müssen. Deswegen ist es wichtig, die Bevölkerung nicht mit solchen Ankündigungen zu verlieren, die Unverständnis hervorrufen. Bei notwendigen Beschränkungen bin ich gerne dabei. Wie gesagt, es spricht einiges für eine Sperrstunde um 23 Uhr. Aber wieso jetzt auf einmal 21 Uhr? – Ich glaube, das wird schwer nachvollziehbar sein.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Frau Abgeordnete. – Als nächste Rednerin darf ich Frau Julika Sandt von der FDP-Fraktion aufrufen. Circa vier Minuten stehen der Fraktion noch zur Verfügung.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Ministerpräsident hat in diesen

Tagen angekündigt, ein Ministerpräsident des "Teams Vorsicht" zu sein. Gewünscht hätte ich mir einen Ministerpräsidenten des "Teams sinnvoll". Ich appelliere jetzt an Sie, dass Sie der Bevölkerung nicht das Gefühl geben, ein Ministerpräsident des "Teams Willkür" zu sein.

(Zuruf)

Zu Beginn der Krise war das anders. Damals haben Sie das Hohe Haus und die Fraktionen um Vertrauen gebeten. Mit dem Gesundheitsnotstand und dem Corona-Sonderfonds in Höhe von 20 Milliarden Euro haben Sie einen großen Vertrauensvorschuss erhalten. Am Anfang haben Sie auch Vorschläge der Opposition aufgegriffen. Von uns kam der Vorschlag – Herr Kollege Fischbach hat es schon gesagt –, die Maskenpflicht im öffentlichen Nahverkehr und in Geschäften einzuführen. Wir haben auch Stufenpläne vorgeschlagen, die jetzt in Form von Ampeln mit etwas anderen Kriterien angewandt werden. Wir haben vor allem auch regionale Maßnahmen gefordert. Das ging in die richtige Richtung.

Letzte Woche aber haben Sie in der "Rundschau" im BR – und Herr Streibl von Ihrem kleinen Koalitionspartner hat es heute wiederholt – behauptet, die Opposition habe keine Vorschläge eingebracht. Hören Sie bitte auf mit diesen Lügen! Sie schaden damit dem Vertrauen in die Politik. Jeder Bürger hat die Möglichkeit, sich auf unseren Homepages zu informieren. Die demokratischen Oppositionsfraktionen haben tolle Vorschläge gemacht.

(Zuruf)

Wir haben zwei Gesetzentwürfe, sechs Positionspapiere und fünfzig Anträge eingebracht. Das kann jeder nachprüfen. Es stimmt nicht, dass von der Opposition nichts kam. Es kam sehr viel.

(Beifall bei der FDP)

Alle Maßnahmen sind jedoch nur sinnvoll, wenn die Menschen sie mittragen. Dafür müssen sie erklärbar sein. Meine Tochter ist gerade in die erste Klasse gekommen. Gestern hat sie mich gefragt, warum sie von morgens um 7:45 Uhr bis zum Ende der Mittagsbetreuung nachmittags um 16 Uhr Mundschutz tragen muss. Ich könnte ihr dies leichter erklären, wenn Sie dazu eine wissenschaftliche Grundlage lieferten, wie dies zum Beispiel Frau Giffey getan hat. Ich bin hier nicht parteipolitisch. Frau Giffey hat dies für die Kitas getan. Sie hat gezeigt, dass Kinder keine Infektionstreiber sind. Sie halten Kinder unter zehn Jahren offensichtlich für solche Infektionstreiber, dass sie in der Schule rund um die Uhr Masken tragen müssen. Auf der anderen Seite sitzen aber die Klassen 1a, 1b, 2a und 2b im Religionsunterricht zusammen in einem Raum, weil in Corona-Zeiten kein interkonfessioneller Religionsunterricht angeboten werden soll. Sie glauben, Kinder seien Infektionstreiber, und tun so etwas, nicht weil es die Schulen wollen, sondern weil es die Staatsregierung will. Ist das christlich, Herr Ministerpräsident?

Wie erkläre ich alten Menschen, die unter Vereinsamung leiden, dass es lange Zeit keine Schutzkleidung gab, um sie zu besuchen? Ich wusste letzte Woche nicht, wie ich irgendwem erklären sollte, dass es in Bayern ein Beherbergungsverbot gibt, das aber nicht für Bayern aus Hotspots gilt, sondern nur für Leute aus anderen Bundesländern. So stärkt man nicht das Vertrauen in die Politik! Die Sperrstunde wurde schon erwähnt. Auch hier ist fragwürdig, warum man eine Sperrstunde einführt. Die Leute gehen dann eben nicht in die Gaststätte mit Hygienekonzept, sondern zusammen nach Hause. Hält dies das Virus ab? – Fragwürdig.

(Zuruf)

Damit Maßnahmen wirken, müssen sie mitgetragen werden. Sie müssen erklärbar sein. Wir müssen sie erklären. Ilse Aigner hat heute gesagt, jede Debatte, die hier geführt wird, führt zu mehr Verständnis, mehr Bereitschaft und mehr Solidarität. Chapeau! Wenn Sie jetzt eine einstündige Regierungsbefragung anbieten, ersetzt dies keine Parlamentsbeteiligung. Das ist regelrecht zynisch, Herr Ministerpräsident.

Zur parlamentarischen Demokratie gehört natürlich auch, dass Ihnen die Opposition den Spiegel vorhält, wenn Sie Fehler machen. Das ist doch die Aufgabenbeschreibung der Opposition! Deswegen haben wir auf die Testpannen hingewiesen. Wir haben diese vorher schon bemängelt, aufgrund einer Anfrage, bei der sich herausstellte, dass Sie Saisonarbeiter nicht kontrollieren, dass die Gesundheitsämter schlecht ausgestattet sind usw.

Statt souverän zu reagieren, beschimpfen Sie die FDP in einer Art und Weise, die unseriös ist, nicht mit Fakten belegt. Ich habe hier Fakten geliefert. Was Sie gemacht haben, ist unseriös, das ist schlechter Stil, das ist ein Schlag unter die Gürtellinie, und das ist eines Landesvaters unwürdig, Herr Ministerpräsident.

(Zuruf)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Uhr zeigt Rot.

Julika Sandt (FDP): Sie schaden – –

(Zuruf)

– Wenn Herr Kubicki sich mal auf Ihr Niveau begeben hat, tut es mir leid. Aber ich finde dieses Niveau falsch. Das ist schlechter Stil.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Redezeit, Frau Kollegin, ist abgelaufen.

Julika Sandt (FDP): Sie haben vorgelegt, Herr Ministerpräsident. Stellen Sie das Vertrauen wieder her –

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Redezeit!

Julika Sandt (FDP): –, statt es zu verspielen! Wenn Sie Größe haben, entschuldigen Sie sich für die Entgleisungen der letzten Tage!

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Vielen Dank. – Ich darf als Nächsten den Herrn Abgeordneten Markus Blume aufrufen. Bei der CSU-Fraktion sind noch knapp 13 Minuten offen.

Markus Blume (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine lange Debatte neigt sich dem Ende entgegen. Erlauben Sie mir zwei Feststellungen zu Beginn.

Wir haben tagelang – das ist fast ein Treppenwitz – über Parlamentsbeteiligung geredet. Wenn ich mich während der Debatte umgeschaut habe, dann war manchmal nur die Hälfte der Anfangsbesetzung da. Da bitte ich jeden, dann auch die Ehrlichkeit im eigenen Verhalten und in der Beteiligung hier an den Tag zu legen, wie er es sonst in der Zeitung reklamiert.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Im Übrigen bin ich ganz froh, dass wir als Parlament die Aufgaben der Regierung nicht miterledigen müssen. Wenn wir aus diesem Konvolut völlig unterschiedlicher Meinungen tagesaktuelles Handeln ableiten müssten, wäre das ein Ding der Unmöglichkeit. Da hätten wir schon bei der ersten Welle versagt und wären auch nicht in der Lage gewesen, auf das Geschehen in Berchtesgaden und andere Dinge angemessen zu reagieren. Ich glaube, es hat schon alles so seine Richtigkeit, wie es ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Das Erste, zur Strategie: Es gibt verschiedene Wege zur Corona-Bekämpfung. Ich stelle aber fest, dass der Kurs unseres Ministerpräsidenten der Vorsicht und Umsicht heute mit keiner anderen Strategie herausgefordert wurde. Man könnte eindämmen, man könnte zusperren, oder man könnte durchseuchen. Ich habe hier – wenn ich mal von der AfD absehe – niemanden gehört, der am eingeschlagenen Kurs zweifelt. Es gibt auch keine verantwortbare Alternative. Wir wollen nicht durchseuchen, wir wollen

nicht Leben gegeneinander abwägen, und wir wollen auch nicht zusperren, wie es woanders passiert. Abwarten, liebe Kolleginnen und Kollegen, wäre übrigens auch kein Weg; denn wer abwartet, der verschlimmert am Ende nur.

Zweitens, zu unseren Werten: Ja – heute oftmals gesagt –, Corona ist ein Test für uns, für unsere Freiheit. Diese Freiheit ist aber in ganz anderer Form bedroht, als das gerade von den Vertretern der AfD und zum Teil auch von der FDP vorgebracht wurde. Wir leben in einer freiheitlichen und offenen Gesellschaft. Es ist notwendig, dass wir jeden Tag um diese Freiheit ringen. Dafür gibt es bei Corona aber nur ein Konzept, das uns dann auch gut zu Gesicht steht: das Konzept von Kontaktnachverfolgung und Testen. Wenn ich zur Kontaktnachverfolgung Nein sage oder wir ein solches Geschehen haben, dass der Staat im Grunde nicht mehr nachverfolgen kann, käme diese Strategie an ihr Ende. Ich sage Ihnen: Ich möchte nicht in einem Land leben, in dem am Ende der Beweis geführt wird, dass es ein autoritäres System am Ende doch besser macht. Ich bin auch froh, dass ich nicht in einem unserer europäischen Nachbarländer leben muss, wo, wie in Tschechien, schon längst die weiße Fahne gehisst wurde und, während wir hier debattieren, eine weitreichende Ausgangsbeschränkung über das ganze Land verhängt wurde. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns froh und dankbar sein, dass wir in Deutschland, dass wir in Bayern leben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wem diese Freiheit etwas wert ist, wer davon nicht nur redet, der hält sich verdammt noch mal an einfachste Regeln. Was ist daran so schwer, mal Maske zu tragen, meine Damen und Herren? Ich verstehe es nicht.

Drittens, was die Kommunikation angeht: Bei der Corona-Bekämpfung macht ganz offensichtlich auch der Ton die Musik. Schönreden oder Beschwichtigen wäre eine Möglichkeit. Herr Heubisch, Sie haben gesagt, man müsse das Ganze etwas positiver sehen. Ich sehe, ehrlich gesagt, im Moment nicht viele Ansatzpunkte dafür, etwas positiv zu sehen. Ich sage ganz deutlich: Wer heute verharmlost, der verschlimmert in

der Tendenz die Lage eher noch, weil die notwendigen Entscheidungen nicht getroffen werden.

Angst zu machen ist aber auch der falsche Weg. Im Übrigen sehe ich hier eigentlich niemanden, der hier Angst macht, sondern ich sehe ehrliche Zustandsbeschreibungen. "Governing by fear" hat die Kollegin Schulze gesagt. Ich weiß nicht genau, was Sie damit gemeint hat. Es hat so geklungen wie die Ankündigung des nächsten grünen Wahlprogramms. Governing by fear oder Regieren mit Angst oder Wahlkämpfe mit Angst – ich glaube, es ist in jedem Fall der falsche Weg; vielleicht sind wir uns da einig.

Was wir brauchen, ist Basierung auf Fakten und Werben um Einsicht. Ohne Einsicht wird ein Kurs der Vorsicht und Umsicht bei der Bevölkerung nicht ankommen. Deswegen darf ich uns alle bitten, in einer solchen Debatte bei den Fakten zu bleiben.

Ich habe oft zum Thema Parlamentarismus gehört – das ist der vierte Punkt –, dass diese Corona-Debatte hier im Parlament nicht stattfinden würde. Eigentlich hat Markus Söder schon alles dazu gesagt. Wir haben heute die dreizehnte Plenarsitzung seit der Sitzung am 19. März. Wir hatten vier Regierungserklärungen, drei von unserem Ministerpräsidenten; es fand keine Plenarsitzung statt, in der das Thema Corona nicht in irgendeiner Weise eine Rolle gespielt hätte. Ich sage ganz deutlich: Kritik wird auch nicht dadurch richtiger, indem man sie die ganze Zeit wiederholt.

Im Übrigen: Die Kollegen Arnold und Heubisch und die Kollegin Schulze haben einerseits gesagt, das Parlament sei nicht beteiligt, die Opposition würde nicht gehört; andererseits haben sie sich überboten, sich zu brüsten, welche all ihrer Vorschläge von der Regierung aufgenommen wurden, ohne dass man die Urheberschaft noch hätte erkennen können. Jetzt müssen Sie sich schon entscheiden, es kann nur eines richtig sein: Entweder hört man nicht auf die Opposition, oder man greift das auf, was sinnvoll ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, wahrscheinlich ist es so: Die Staatsregierung ist sehr offen für alle Vorschläge, soweit sie sinnvoll sind; diese Einschränkung muss man vielleicht mit bedenken.

Das Fünfte: Natürlich ist die Corona-Bekämpfung eine Gemeinschaftsaufgabe. Das ist heute bei vielen durchgeklungen. Es hat beim ersten Mal auch ganz gut geklappt. Gerade in Bayern haben wir die erste Welle, wo sie besonders heftig war, gemeinsam gebrochen. Ich erinnere mich noch daran, dass Kollegen von der Opposition, Markus Rinderspacher zum Beispiel, von einer "Sternstunde des Parlaments" gesprochen haben.

Ich habe das Gefühl, dass der eine oder andere nun versucht, auf der zweiten Welle zu surfen. Thomas Kreuzer hat sich schon mit verschiedenen Punkten auseinandergesetzt, die Frau Schulze gesagt hat. Ich fand ganz interessant, liebe Frau Kollegin, dass Sie sich damit auseinandergesetzt haben, was gute Politiker ausmacht. Gute Politiker würde ausmachen, dass sie nicht immer mit dem Finger auf andere zeigen. Da war ich irgendwie sehr überrascht, weil ich bei zwanzig Minuten Ihrer Rede den Eindruck hatte, dass Sie nur auf andere gezeigt haben. Wenn das Ihr Maßstab ist, dann sollten Sie vielleicht Ihre eigenen Aussagen überdenken.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der zweite Eindruck, den ich hatte: Anders als zu Beginn der Corona-Krise, als wir alle unsere Energie darauf verwendet haben, Corona zu bekämpfen, habe ich bei Ihrer Rede streckenweise den Eindruck gehabt, dass Sie inzwischen wieder mehr Energie darauf verwenden, Markus Söder und die CSU zu bekämpfen, als Corona zu bekämpfen. Ich glaube, es gibt hier ein größeres, ein wichtigeres Ziel, dem wir gemeinsam entgegenstreben sollten.

Was die SPD angeht: Da war ich auch irgendwie überrascht. Zu Beginn der Corona-Krise haben Markus Rinderspacher und andere gesagt: Toll, tolles Gemeinschaftswerk, tolles Vorgehen. – Seit einiger Zeit wird auch gerade von Ihrer Seite immer

wieder beklagt – so auch von Ihrem Generalsekretär Grötsch –, dass wir ein breites Signal der Politik bräuchten, dass die Demokratie wieder funktionieren müsse. Sie haben heute davon gesprochen, Herr Arnold: Flüchten Sie sich nicht ins bundespolitische Gebüsch, Krisenpolitik braucht demokratische Kontrolle. – Ich weiß nicht genau, was Sie damit gemeint haben. Sie sind im Grunde voll mit dabei, jedenfalls in Berlin. Eigentlich hätten Sie allen Grund, stolz darauf zu sein, was die SPD in der Bundesregierung gemeinsam mit der Union auf den Weg gebracht hat. Es ist eigentlich fast zum Verzweifeln mit der SPD – das ist nicht böse, aber einfach nur traurig –: Sie verstolpern immer die eigenen Erfolge. Stehen Sie doch einmal zu dem, was Sie gemeinsam mit uns in Berlin erreicht haben, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU)

Was die FDP angeht, Herr Heubisch, habe ich von Ihnen heute nicht viel gehört. Ich glaube, Sie sind von der falschen Grundannahme ausgegangen. Sie haben als Grundthese in den Raum gestellt, bei der CSU würde es nicht so laufen. Ich glaube, in Wahrheit gilt das für Ihre Seite; denn bei 3 % in den Umfragen kann man tatsächlich ein bisschen nervös werden. Ich verstehe, ehrlich gesagt, die ständige liberale Kritik am aktuellen Kurs nicht; denn eigentlich ist doch das, was wir gemeinsam versuchen, hier ins Werk zu setzen, ein zutiefst liberaler Ansatz, nämlich als liberaler Rechtsstaat die Mittel zu ergreifen, die mit den geringstmöglichen Eingriffen versehen sind.

(Zuruf: Genau!)

Christian Lindner oder Wolfgang Kubicki strafen die Kanzlerin dafür, dass sie an die Bevölkerung appelliert. Ja, was ist denn in einem liberalen Rechtsstaat, in einer liberalen Demokratie für ein geringeres Mittel denkbar, als an die Eigenverantwortung der Bürger zu appellieren? – Wenn Sie es mit der Eigenverantwortung, mit Ihrem zentralen liberalen Leitwert ernst meinen, dann kritisieren Sie doch nicht an den falschen Stellen, liebe Kollegen von den Liberalen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Mich ärgert wirklich ernsthaft, dass Sie inzwischen in der Wortwahl häufig ziemlich danebenliegen. Wolfgang Kubicki spricht von "Verzweiflungstaten" oder bezeichnet andere Personen als "traurige Figuren". Gut, als stellvertretender Vorsitzender der FDP ist man mitunter auch Experte für traurige Figuren. Da muss ich ganz ehrlich sagen: Dafür habe ich relativ wenig Verständnis.

Es überrascht mich aber völlig, wenn Sie ständig Worte wie "Willkür" oder "Wir wollen keine Untertanen sein" – so Volker Wissing – im Munde führen oder gar die Verantwortung für Tote woanders verteilen wollen. Wissen Sie, Herr Heubisch, wo das hier im Parlament sonst passiert? – Hier auf dieser Seite da drüben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn einzelne Ihrer Vertreter immer so reden wie die AfD, dann brauchen Sie sich nicht zu wundern, dass manche auf die Idee kommen, Sie mit Ihnen zu vergleichen.

Lassen Sie mich kurz tatsächlich noch zu dieser AfD kommen: Wir haben auch in der heutigen Debatte gemerkt, diese AfD ist ein Sammelbecken geworden. Sie war ein Sammelbecken für Extremisten und Nazis. Inzwischen sind auch Verschwörungstheoretiker und Aluhutträger dabei. Diese AfD ist keine Alternative; das war schon immer klar. Sie ist eine Schande für Deutschland, eine Schande für Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben das Parlament mit Gasmasken-Auftritten verächtlich gemacht.

(Zurufe)

Sie weigern sich hier, die Kolleginnen und Kollegen zu schützen, indem Sie Ihre Präsenz reduzieren. Sie haben gegen die Maskenpflicht im Landtag geklagt und verloren und plakatieren bei Ihren Fraktionsräumen im dritten Stock eine maskenfreie Zone.

Sie haben eine Fraktion, von der ich nicht mal mehr weiß, ob sie den Namen verdient. Sie kann sich nicht mal mehr auf eine Tagesordnung einigen und betreibt stattdessen

Fraktionskeilerei. Sie kriegen nichts, aber auch gar nichts auf die Reihe und wollen hier im Parlament klugscheißen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wer Corona verleugnet, wer das Parlament verächtlich macht, wer maskenfreie Zonen im Landtag einrichtet, der hat sich politisch längst diskreditiert und hat moralisch jedes Recht verwirkt, hier noch irgendwelche Hinweise zu geben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, Corona verlangt entschlossenes, schnelles und gemeinschaftliches Handeln. Machen wir uns nichts vor: Taktgeber in der Krise ist das Virus – nicht die Regierung und nicht das Parlament. Corona ist kein Verhandlungspartner. Corona ist eine Bedrohung, und der begegnet man nicht mit Fakten, sondern nur mit Entschlossenheit. Deswegen brauchen wir Haltung statt Spaltung und brauchen dieses Verständnis einer Gemeinschaftsaufgabe, an das verschiedentlich appelliert wurde.

Ich verstehe die Verzagtheit nicht. Ich verstehe die Verzagtheit, die sich in diesen Tagen bei uns im Land und mitunter auch hier im Parlament breitmacht, nicht. Laut BR-BayernTrend vom 7. Oktober unterstützen 82 % der Bayern die geltenden Maßnahmen oder wünschen sich sogar noch mehr. Ich kann Ihnen allen nur zurufen: Lassen Sie uns gemeinsam den Weg gehen, der uns erfolgreich durch die letzten sieben Monate geführt hat. Lassen Sie uns gemeinsam den eingeschlagenen Kurs weiterverfolgen. Wenn Sie schon nicht auf die Bevölkerung hören wollen, wenn Sie nicht den Umfragen vertrauen, dann hören Sie wenigstens auf die Virologen. Hören Sie auf die Virologen und nicht auf die Ideologen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende. Vielen Dank, Herr Kollege Blume. – Es liegen zwei Zwischenbemerkungen vor; die erste kommt vom Kollegen Sebastian Körber von der FDP-Fraktion.

Sebastian Körber (FDP): Das kam mir jetzt eher wie eine Rede auf einem CSU-Parteitag vor, bei der es darum ging, das, was noch nicht angesprochen worden ist, auszumerzen.

Aber wir sind hier in einem Parlament. Kommen wir mal zur Verantwortung: Sie haben von sinnvollen Anträgen und Umgang gesprochen, Herr Kollege Blume. Ich gebe Ihnen ein paar Beispiele: Es wurde mehrheitlich der Wunsch von der Opposition geäußert, den ÖPNV-Rettungsschirm von 90 auf 100 % aufzustocken. Das haben Sie abgelehnt. Diverse Verordnungen wurden von Gerichten wieder kassiert, zum Beispiel die 800-m²-Regel.

Wir als FDP-Fraktion haben als Erste die Maskenpflicht für den Einzelhandel eingefordert. Sie sind kläglich bei den ersten Tests, die stattgefunden haben, und dem entstandenen Chaos gescheitert. Es gab ein völlig unkoordiniertes Handeln in der Staatsregierung.

Vielleicht können Sie uns was sagen zu folgender Frage; leider war Ihr Fraktionsvorsitzender vorhin nicht sprechfähig dazu: Die "FAZ" hat heute berichtet, dass 80 % der Ansteckungsorte in Bayern bisher unbekannt sind. Vielleicht können Sie was Erhellendes dazu beitragen. Da wäre Ihre Partei mal in der Verantwortung, was dazu zu sagen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Körber. Ihre Redezeit ist zu Ende.

Sebastian Körber (FDP): Bei Contact Tracing Teams haben wir immer noch ein Desaster. Auch hier wären mal Antworten erforderlich.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Blume, bitte.

Markus Blume (CSU): Ich bin mir sicher, dass Sie wissen, dass Sie alle parlamentarischen Instrumente haben, um Ihre Fragen loszuwerden.

(Zuruf)

So, wie ich Sie kenne, werden Sie diese Fragen auch loswerden; die Möglichkeiten dazu haben Sie.

Allerdings werde ich nicht so stehen lassen, dass einmal mehr versucht wurde, den Eindruck zu erwecken, als ob die Maßnahmen, die in Bayern entwickelt und umgesetzt worden sind, quasi tutto completo von Gerichten kassiert worden wären. Es stimmt einfach nicht. Sie haben die Zahlen gehört. Ein Bruchteil der Maßnahmen hat vor Gericht keinen Bestand gehabt. Aber das Gegenteil ist richtig: Die überwältigende Anzahl der Maßnahmen war richtig und hat auch bisher jeder gerichtlichen Überprüfung standgehalten.

Ich finde, wir sollten diesen Streit hier nicht führen. Aber wenn Ihnen das hilft, sage ich: In einer solchen Pandemie, wie sie noch nie da war, sollte keiner den Anspruch haben, die Weisheit für sich gepachtet zu haben. Wir haben jeden Tag eine Situation, die es so noch nicht gab. Da muss man manche Wege gehen, bei denen es auch erlaubt ist, mal umzudrehen. Aber über alles gesehen würde ich sagen: Der Kurs, den wir in Bayern verfolgt haben, hat bis zum heutigen Tag Bestand, und er war auch erfolgreich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung macht Herr Abgeordneter Prof. Hahn von der AfD-Fraktion.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Blume, der Vorredner hat es gerade schon gesagt: Das war der sachlichen Thematik nicht zuträglich. Sie haben ein rein emotionales Plä-

doyer für Masken und für Ihre bald dunkelrote Ampel geliefert. Sie ignorieren auch komplett die negative Wirkung von Masken.

(Zuruf)

Sie ignorieren, dass Ihre Inzidenzampel völlig willkürlich aufgesetzt ist. Das muss man mal sagen. Ihnen geht es eben nicht um Plausibilität. Es geht Ihnen um Angst. Es wurde von allen hier gesagt: Sie brauchen die Angst, um die Menschen kontrollieren zu können.

Herr Seidenath hat vorhin gesagt, er ist froh, dass der Instrumentenkasten jetzt noch weiter gefasst ist. Ihr CSU-Landrat Kern spricht sogar davon, dass man jetzt die Dauerschrauben anziehen müsse. War das jetzt ein rhetorischer Ausrutscher, oder dürfen wir demnächst tatsächlich wieder mit Folter rechnen, lieber Herr Blume, liebe CSU,

(Zuruf: Unverschämt! – Weitere Zurufe)

oder sind Ihre Forderungen nicht schon Folter genug?

Markus Blume (CSU): Ich würde sagen: Quod erat demonstrandum. Ich habe vorhin von der AfD als Sammelbecken für Extremisten, Nazis und Verschwörungstheoretiker gesprochen. Sie haben sich jetzt mindestens bei Letzteren eingereiht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn sich jemand im Lichte dieser Debatte hier im Parlament hinstellt und behauptet, diese Maßnahmen würden ergriffen, damit wir die vollständige Kontrolle – Sie haben noch vergessen, hinzuzufügen: aufs Volk – bekämen, verbietet sich jede weitere Kommentierung, glaube ich.

Ich gebe Ihnen nur einen kleinen Tipp: Meine Kinder haben mir heute eine ganz tolle Sendung von der ARD geschickt: "Quarks". Ich weiß, das ist Systemfernsehen,

(Zurufe)

aber auf sehr einfachem Niveau. Darin wird der Nachweis geführt, dass die Sauerstoffsättigung im Blut nicht abnimmt, wenn Sie Maske tragen. Vielleicht beruhigt Sie das. Schauen Sie sich das an.

Im Übrigen kann ich Ihnen berichten, die Kinder haben in der Regel viel weniger Probleme mit Masken als Menschen wie Sie.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Blume. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Franz Bergmüller für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, lieber Herr Ministerpräsident! Sie haben vorhin gesagt: Eindämmen oder durchseuchen sei die Frage. – In der normalen Politik, wenn sie nicht zurzeit so extrem gehandhabt würde, wäre der Mittelweg das Vernünftige.

Zu Beginn wurde von unserer Landtagspräsidentin gesagt, wir seien die Vertreter der Basis. Die Vertreter der Basis! Ich kann Ihnen eines sagen: Ich habe von Anfang an der Corona-Krise an der Basis, in meinem Geschäft, alles erlebt. Ich habe auch persönlich alles erlebt; ich weiß, was sich abgespielt hat. Ich habe mich auch an Sie persönlich in einer persönlichen Situation gewandt: Mein Sohn hat trotz der Einschränkungen gerade noch seine mexikanische Freundin, jetzt Frau, heiraten können. Es ist keine soziale Komponente mehr feststellbar, die hier noch eine Rolle spielt.

Wir müssen im Moment Realitätssinn bewahren und die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen beachten. Das ist aus meiner Sicht das Wichtigste. Da ich heute über den Ticker lese, dass in der "Tiroler Tageszeitung" steht: "Berufspendler aus Tirol werden der Testpflicht unterworfen", warte ich darauf, dass alle Münchner, die zum Skifahren nach Tirol oder sonst irgendwohin fahren, auch der Testpflicht unterworfen werden. – Nein, die Tiroler machen das nicht, weil sie den Tourismus brauchen. Das ist interessant.

Interessant ist auch, dass Ihr politischer Freund von der SPD, OB Reiter, die Maskenpflicht für Grundschüler ausgesetzt hat. Er hat irgendetwas gefunden. Vielleicht beruft er sich auf das von Familienministerin Giffey in Auftrag gegebene Gutachten, dass die Infektionsgefahr für Kinder absolut minimal ist, und hat die Maskenpflicht deshalb ausgesetzt.

(Beifall bei der AfD)

Uns allen ist klar, dass in Bayern die Wirtschaft hart getroffen worden ist. IHK-Hauptgeschäftsführer Manfred Gößl sagte heute, die Erholung hänge an China. Welch makabre Situation! Der Staat, aus dem das Virus kommt, erholt sich am schnellsten, und unsere Exportwirtschaft ist auf China angewiesen. So weit ist es gekommen!

Wir sind in einer schwierigen Situation: 22 % Rückgang bei den Dienstleistern, bei kleinen Unternehmen bis zu 30 %. Wir haben in Bayern einen hohen Stand an Kurzarbeiterstellen; zurzeit – die letzte Meldung bezieht sich auf den September und stammt vom ifo-Institut – sind es 14 % der Beschäftigten. Schauen wir einmal, wie unsere gebeutelte Automobilindustrie und einige andere Branchen aus der Kurzarbeit herauskommen und wie viele Kurzarbeiter dann arbeitslos gemeldet werden.

In meinem Gewerbe, dem Gastgewerbe, hat der DEHOGA eine Umfrage in Deutschland gestartet. Auf Bayern heruntergebrochen: 59 % bangen um ihre Existenz. Das ist die größte Krise der Nachkriegszeit.

Heute in der Früh sprach Jürgen Schmude, Professor für Touristik an der Uni München, von 80 % Umsatzrückgang in städtischen Betrieben, weil diese von den ganzen Beschränkungen sehr stark betroffen sind. Ein Drittel erwartet er in der Insolvenz.

Sie haben das gestrige Gespräch mit den Künstlern zitiert. Ihnen ist gesagt worden – zumindest ist mir das vorhin mitgeteilt worden –, dass unser Flaggschiff, nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland, der umsatzträchtigste Gastbetrieb in Deutsch-

land, das Hofbräuhaus, nur noch 10 % Umsatz mache. Schauen wir einmal, ob wir im Frühjahr noch unter dem jetzigen Pächter im Hofbräuhaus gastieren können.

Wenn unsere Kanzlerin sagt, man solle nicht mehr reisen, dann ist das ein Sargnagel für den Tourismus. Reden Sie mit den Leuten draußen! Ich war am Freitag zufällig in Berchtesgaden. Das war sozusagen der letzte Moment, wo dort noch für Veranstaltungen offen war. Reden Sie mit den Leuten!

Die Stadtratsfraktion der FREIEN WÄHLER – dies an die Adresse der FREIEN WÄHLER hier – erwägt übrigens eine Klage wegen der Beschränkungen in Berchtesgaden. Das zu diesem Thema.

Wenn wir die Cluster Settings in der Kalenderwoche 41 betrachten, so sehen wir, in welchen Bereichen wie viele Fälle auftraten: Reisen 27, Freizeit 775, Arbeit 242, Haushalt 1.332, Gesundheit und Soziales 344. Und Hotel und Gastronomie? Lächerliche 57! Lächerliche 57 Fälle in der Gastronomie!

Sie fragen sicherlich, woher ich diese Zahlen habe. Ich habe sie aus Österreich. Bei uns in Bayern gibt es solche Zahlen nämlich nicht. Es ist das Allermakaberste, dass ich dazu im Moment eine Anfrage laufen habe. Sie haben heute zitiert, dass im Parlament von uns 500 Anfragen gestellt worden seien. Ich kann Ihnen sagen, dass das eine von meinen 100 Anfragen im Parlament zu Corona ist. Das zeigt, wer an der Basis, am Bürger dran ist.

Zur Verwirrung trug die "SZ" bei, als sie mich zitierte. Ich als Gastronom wurde in einem Interview gefragt, wie ich es mit der Sperrzeit am Samstag gehalten hätte. Ich habe die Gegenfrage gestellt: Worum geht es? Sperrzeit? – Darauf hieß es, der Pressesprecher des Gesundheitsministeriums habe verlauten lassen, dass es ein Ausschankverbot sei, nicht eine Sperrzeit. Kümmern Sie sich in Ihren Ministerien darum, dass die Sprecher, die alle neu sortiert worden sind, die richtige Auskunft geben! Es hieß tatsächlich, es gehe um eine Sperrzeit, und fast alle Wirte haben sich leider daran halten müssen.

Meine Kollegin Frau Waldmann hat heute das Richtige gesagt: Das Virus kennt keine Sperrzeit, egal, ob sie um 23 Uhr, 22 Uhr oder 21 Uhr beginnt.

Ein bekannter Münchner Gastronom, der einen Gourmetbetrieb betreibt, sagte zu mir: Wie soll ich das denn machen? Wer soll denn die Weinbegleitung verkaufen? – Glauben Sie, dass sich in diesem Gourmetbetrieb einer infiziert? Nein! Ich habe Ihnen vorhin die Zahlen für Österreich genannt; sie sind nahezu eins zu eins auf uns zu übertragen.

Sie von der Regierung sagen: Wir müssen das Weihnachtsgeschäft schützen. – Ich habe es Ihnen schon vorhin gesagt, wo es die hohen Infektionszahlen gibt. Das sagen auch viele meiner Kollegen, selbst solche auf höherer Funktionsebene, die Ihnen durchaus wohlgesonnen sind.

Das sind für mich falsche Anschuldigungen von Ihrer Seite. Es geht Ihnen nur noch um Zuckerbrot und Peitsche. Ihr vorübergehendes Beherbergungsverbot wurde auch durch gerichtliche Entscheidungen gekippt. Sie haben gesagt, bloß 14 Gerichtsverfahren seien erfolgreich gewesen. Das waren die wesentlichen! Leute – Unternehmer, Privatpersonen – haben das erstritten, was sie von Ihnen nicht zugebilligt bekommen haben.

Wenn wir betrachten, wie hoch die Infektionsrate ist, stellen wir fest: Am 9. Oktober 2020 um 00:30 Uhr gab es auf "Phoenix" die Information, dass 27 Tote zu beklagen seien.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Bergmüller, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Franz Bergmüller (AfD): Das sind 0,0002 % der Bevölkerung. Auch angesichts dessen muss man die Verhältnismäßigkeit wahren.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Bergmüller.

Franz Bergmüller (AfD): Der Wirtschaftsdezernent von Rosenheim hat dem Oberbürgermeister gesagt, dass die Inzidenzberechnung mit dem Faktor 1,6 für die Stadt Rosenheim in keinem Verhältnis mehr stehe. Das ist genau Ihr Parteikollege!

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Bergmüller!

Franz Bergmüller (AfD): Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. Die Redezeit ist beendet.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion ihr Vorsitzender Horst Arnold.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Drei Minuten und ein paar Zerquetschte bleiben, um noch ein paar Anmerkungen zu machen, insbesondere auf das zu replizieren, was Herr Blume als Generalsekretär der CSU hier in diesem Zusammenhang verkündet hat.

Ja, wir sind stolz auf unsere Beteiligung an der Bundesregierung. Wir haben Olaf Scholz als Bundesfinanzminister. Wir haben das Kurzarbeitergeld seinerzeit durchgesetzt, jüngst auch die Verlängerung. Gegen wen? Gegen die Union, weil dort aus unterschiedlichsten – –

(Widerspruch bei der CSU)

– Gegen die Union!

(Zuruf des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder)

– Moment! Keinen Größenwahnsinn, Herr Söder. Sie sind zwar Vorsitzender der CSU. Aber die Union als solche umfasst auch die CDU.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder)

– Ja, prima. Da sehen Sie es: Die Einigkeit lässt grüßen.

(Zurufe von der CSU)

Wir haben es durchgesetzt in diesem Zusammenhang. Sagen Sie doch, dass Sie sich beim Kurzarbeitergeld gegen die CDU mit uns durchgesetzt haben! Da habe ich noch nicht gehört. Sie wären bei Frau Merkel natürlich nicht mehr auf dem Schoß, wenn Sie so etwas sagen würden. Es ist vollkommen klar, dass wir diesen Erfolg stolz verkünden und auch vertreten.

Weiterhin: Uns sind Digitalisierungsmilliarden zur Verfügung gestellt worden. Damit sprechen wir ein Thema an, zu dem auch Sie etwas gesagt haben: Strategie, Nachverfolgung. – Liebe Leute, wie sieht es denn aus mit der Nachverfolgung? Das, was die Kollegen angesprochen haben, ist ein Problem der Technik, weil nämlich in diesem Bayernland die Digitalisierung, die einstmals unter dem Stichwort "Laptop und Lederhose" angestoßen worden ist, null Komma null bzw. nur ganz eingeschränkt funktioniert.

Wir haben hier Gesundheitsämter, die mit einem digitalen System arbeiten, das mit anderen Systemen nicht kompatibel ist. Wie will man denn in einem Flächenland bei diesem organisatorischen Wildwuchs die Nachverfolgung einigermaßen organisieren? Sie versuchen hier, Ihre hauseigenen, kontinuierlichen Defizite zu verschleiern. Für Sie ist es anscheinend einfach zu sagen: Jawohl, die FREIEN WÄHLER stellen jetzt den Kultusminister und müssen das regeln. – Diese Problematik ist doch schon während Ihrer Alleinherrschaft angelegt worden, also schon zur damaligen Zeit. Damit geben Sie sich zufrieden und schieben jetzt die Verantwortung auf die andere Seite.

Eine weitere Situation, die ich ansprechen möchte, betrifft das tagesaktuelle Handeln. Tagesaktuelles Handeln heißt: abstimmen und kommunizieren. Eine Sternstunde des Parlaments ist nicht, wenn man Ihnen zustimmt, sondern wenn man miteinander diszipliniert Argumente austauscht – in der gebotenen Härte, aber mit dem gebotenen Respekt. Ich denke, das war damit gemeint, als im März gesagt worden ist, "eine

Sternstunde des Parlaments", und dabei sollten wir uns auch nicht beirren lassen. Wir sind gemeinsam, jeder auf seiner Position, aber ziemlich offen demokratisch organisiert, entschlossen, diese Krise zu meistern und zu bewältigen – mit unterschiedlichen Festsetzungen. Aber wir bestreiten doch nicht, dass in diesem Zusammenhang die Beteiligung des Parlaments zwingend erforderlich ist; denn das, was bislang ohne das Parlament geschehen ist, ist teilweise von Gerichten gekippt worden. Das ist die größte Peinlichkeit, die sich ein Verordnungsgeber in diesem Zusammenhang gefallen lassen muss.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender Arnold. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.